



# Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 30 – 26. Juli 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Alles andere als herzlos**  
Mit dem Programm »Ungarn hilft« will Budapest Fluchtursachen bekämpfen **2**

### Deutschland

**Jeder fremdelt mit jedem**  
Vor der Sachsenwahl hält die CDU Ausschau nach Koalitionspartnern **3**

### Hintergrund

**Die Welt der Manager**  
Eigeninteressen der Unternehmenslenker stehen oft vor Konzerninteressen **4**

### Preußen / Berlin

**Attacken gegen Hohenzollern**  
Erben des Kaiserhauses fordern Rückgabe **5**

### Ausland

**Fulminanter Sieg der Jungen in der Ukraine**  
Selenskijs Wahltriumph **6**

### Kultur

**Literarisch erfolgreicher Bruchpilot**  
Antoine de Saint-Exupéry **9**

### Geschichte

**Stalins Verrat am polnischen Widerstand**  
Der Warschauer Aufstand **10**



Ich, ich, ich: Kramp-Karrenbauer, von der Leyen und Merkel im Schloss Bellevue

Bild: ddp images

## Triumph der Karrieristen

### Und ein Sieg Frankreichs: Was von der Leyen und »AKK« uns bringen

**Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin verbucht vor allem Paris als Erfolg. Was bedeutet das für Deutschland?**

Selbst die regierungsfreundlichen Medien, welche die öffentliche Debatte in Deutschland noch immer weithin beherrschen, mussten eine Weile suchen nach Argumenten, mit welchen sie die Karrieresprünge der CDU-Politikerinnen Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer loben konnten.

Im Falle der neuen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hoben sie immerhin deren Auslandsaufenthalte und Sprachkenntnisse hervor, zudem ihre außenpolitische Erfahrung als Verteidigungsministerin. Bei der nunmehrigen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer war hingegen auch mit allem Wohlwollen nichts

wirklich Verwertbares zu finden, das sie für ihren Kabinettsposten qualifizieren könnte.

Zu augenscheinlich spielt das Verteidigungsministerium nur die Rolle eines Sprungbretts, das die CDU-Chefin zur Kanzlerschaft nach Angela Merkel befördern soll. Nachfragen nach ihren wahren Motiven für diese Amtsübernahme weicht „AKK“ mit undurchsichtigen oder nichtssagen- den Antworten aus.

Allein mit ihrer Forderung nach einer (von Deutschland längst international zugesicherten) spürbaren Erhöhung des Wehretats versucht Kramp-Karrenbauer, im neuen Amt Profil zu gewinnen. Hier aber ist aus zweierlei Gründen Skepsis angebracht: Erstens

war der Eintritt ins Kabinett ebenso offensichtlich rein karriereorientiert, dass man ihr den sachorientierten Elan, den die Forderung demonstrieren soll, kaum abkaufen mag.

Zweitens müsste Kramp-Karrenbauer die finanzielle Aufstockung gegen den starken Widerstand der SPD durchsetzen. Dafür benötigt die Ministerin die Unterstützung der Kanzlerin. Merkel ist jedoch

stets damit aufgefallen, sich aus inhaltlichem Streit herauszuhalten, weil ihr ihre persönliche Machtposition wertvoller zu sein schien als jede inhaltliche Frage. Kaum denkbar, dass sie für die Bundeswehr einen Koalitionskrach riskiert, der ihre letzten beiden Jahre Kanzlerschaft gefährden könnte.

Dass Ursula von der Leyen vor allem auf Betreiben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron inthronisiert wurde, lässt aufhorchen. Macron baut mit zunehmend aufreizender Offenheit an einer von Frankreich geführten Achse der Mittelmeer-Anrainer, die eindeutig gegen deutsche Interessen gerichtet ist.

Vergemeinschaftung von Schulden, Arbeitslosenversicherung oder Sparererschutz, um Geld aus Deutschland und den nördlichen EU-Ländern in den Süden zu lenken, das sind einige von Macrons zentralen Zielen. Unter Führung der Niederlande regt sich dagegen zwar Widerstand, doch käme der ohne deutsche Unterstützung kaum gegen den Süden an. Paris kalkuliert offenbar damit, dass von der Leyen die ideale Besetzung ist, um diese deutsche Unterstützung zu neutralisieren. *Hans Heckel*

**Für »AKK« fanden selbst regierungsnahen Medien kaum Gutes**

## Hand an der Büchse der Pandora

### Nicht verbotene Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen, führt zur »gelenkten Demokratie«

Bundesrat, Bundestag, und Bundesregierung haben beim Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung beantragt. In dem 150-seitigen Schriftsatz führen sie über 300 Punkte auf, die ihrer Meinung nach belegen, dass die NPD „weiterhin planvoll das Ziel verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen“. Damit sind aus Sicht der Antragsteller die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Ausschluss der Partei von der staatlichen Parteienfinanzierung erfüllt. Durch einen solchen Ausschluss würden der NPD zugleich die den Parteien gewährten Steuerprivilegien aberkannt.

Aus ihren Ausführungen geht nach Überzeugung des Parlaments, der Länderkammer und der Regierung hervor, dass die NPD die parlamentarische Demokratie verachte und einem völkischen Denken verpflichtet sei, das dem Prinzip der Menschenwürde widerspreche. Zugleich gehen sie davon aus, dass die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für ein Gerichtsverfahren gewährleistet seien und legen dazu eine umfangreiche Dokumentation vor. Dazu gehört unter anderem, dass weiterhin keine Vertrauenspersonen der Sicherheitsbehörden auf der Führungsebene der NPD eingesetzt werden.

Die Antragsteller sehen Handlungsbedarf, weil das Bundesverfas-

sungsgericht Anfang 2017 ein Verbot der NPD abgelehnt, jedoch zugleich die Verfassungsfeindlichkeit der Ziele der NPD ausdrücklich festgestellt und darauf hingewiesen hatte, dass es dem „verfassungsändernden Gesetzgeber“ vorbehalten sei, Sanktionsmöglichkeiten für verfassungsfeindliche Parteien zu schaffen. Daraufhin hat der Bundestag im Juli 2017 durch die Ergänzung von Artikel 21 des Grundgesetzes um den neuen Absatz 3 die Möglichkeit zum Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung geschaffen. Daraufhin beschloss der Bundesrat im Februar 2018 einstimmig, ein Verfahren zum Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung einzulei-

ten. Dem folgte die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluss im April 2018, woraufhin der Bundestag wenige Tage später auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP ebenfalls beschloss, den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung zum Bundesverfassungsgericht zu beantragen.

Der Gedanke, einen den Mehrheitsparteien nicht genehmen politischen Gegner finanziell auszublenden und ihn handlungsunfähig zu machen, indem man ihn von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließt, ist nicht nur verfassungsrechtlich umstritten, sondern es gibt auch gewichtige politische Gründe, die gegen diese Maßnahme sprechen. So wird argumentiert,

dass der demokratische Staat sich auch dadurch auszeichne, dass er gegenüber den verschiedenen geistigen und gerade auch gegenüber politischen Strömungen weitgehend Neutralität zu wahren sucht. Darin spiegele sich die politische und verfassungsrechtliche Grundentscheidung für ein pluralistisch strukturiertes Gemeinwesen. Eine von deren Säulen sei die Parteiengleichheit. Daher verbiete es sich, eine nicht verbotene Partei ungleich zu behandeln, indem man sie von der Parteienfinanzierung ausschließt.

Kritisch eingewandt wird auch, dass die Antragsteller der Urteilskraft der Bürger und der Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses ihr Misstrauen aussprechen

würden. Eine auf diese Weise von Staats wegen gelenkte Demokratie, in der bestimmte Ansichten bevorzugt oder benachteiligt werden, schade der Glaubwürdigkeit von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung und damit der von Staat und Demokratie insgesamt.

Dass Politiker der „Systemparteien“ und bestimmte Kommentatoren bereits triumphieren, dass der „Staatsfeind NPD“ endgültig am Boden liege und sich ähnlichen Vernichtungsphantasien hinsichtlich der nicht verfassungsfeindlichen und demokratisch in fast alle deutschen Parlamente gewählten AfD hingeben, zeigt, dass die wichtigsten Verfassungsorgane die Hand an der Büchse der Pandora haben. *J.H.*



## MELDUNGEN

## Generalsekretär zurückgetreten

**Brüssel** – Der Generalsekretär der EU-Kommission, der Deutsche Martin Selmayr, ist zurückgetreten. Zuvor hatte die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärt, dass sie Selmayr nicht im Amt belassen werde. Offiziell begründete sie das mit dem „ungeschriebenen Gesetz“, wonach es nicht zwei Verantwortliche einer Nationalität auf EU-Spitzenpositionen geben solle. Die Personalie des engen Vertrauten des bisherigen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker war von Beginn seiner Amtszeit an umstritten. Juncker hatte Anfang 2018 dafür gesorgt, dass Selmayr während einer Kommissionssitzung binnen weniger Minuten der wichtigste Verwaltungsposten in der EU-Behörde mit 32 000 Mitarbeitern anvertraut wurde. J.H.

## Wann ist man Linksextremist?

**Berlin** – Die Bundesregierung hat sich auf Anfrage der Linkspartei zu den Voraussetzungen für eine Einstufung als linksextremistisch durch die Verfassungsschutzbehörden geäußert. Diese richte sich nach den für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz maßgeblichen Rechtsgrundlagen der Paragraphen 3 und 4 des „Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“, so die Regierung. Zentrale Voraussetzung sei demnach das Vorliegen von „hinreichend tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“. Solche Bestrebungen seien „politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der Verfassungsgrundsätze dieser Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen“. J.H.

## Denkmal für Melania Trump

**Sevnica** – Die aus Slowenien stammende US-Präsidentengattin Melania Trump hat in ihrem Geburtsland eine lebensgroße Skulptur erhalten. Das aus grobem Holz geschnitzte Ebenbild der First Lady wurde in einem Waldstück nahe ihrem Heimatort Sevnica im Südosten des Landes enthüllt. Die hölzerne Melania winkt ihrer Heimatstadt zu. Sie trägt ein himmelblaues Kleid, wie es die Präsidentengattin bei der Amtseinführung ihres Mannes im Januar 2017 getragen hatte. Das Werk stammt vom US-amerikanischen Street-Art-Künstler Brad Downey. Es gehört zum Kunstprojekt „Ja Eho“ (Dieses Echo), das mit einer Ausstellung des US-Künstlers in der 100 Kilometer von Sevnica entfernten Hauptstadt Laibach gekoppelt ist. Der Künstler möchte mit dieser Skulptur das Verhältnis der örtlichen Bevölkerung zur prominenten Landestochter erforschen. Im pfälzischen Kallstadt, dem Herkunftsort des Großvaters von Donald Trump, tut sich hingegen nichts. Trumps Großvater Friedrich Trump war erst 16 Jahre alt, als er 1885 sein Heimatdorf Kallstadt in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den USA verließ. Dort machte er mit Immobilien ein Vermögen, das seinem Enkel zur Gründung seines Wahlsieges im November 2016 wurde. B.B.

## Alles andere als herzlos

»Ungarn hilft« – Mit einem Hilfsprogramm will Budapest vor Ort in Afrika die Fluchtursachen bekämpfen

**Ungarn bekämpft schon länger erfolgreich Auswanderungsursachen. Während für viele Länder, darunter auch Deutschland, der Kampf gegen Fluchtursachen aber ein rhetorisches Pflichtprogramm ist, ist es in Ungarn dagegen das Hauptziel der Migrationspolitik.**

Auswanderungsursachenbekämpfungsprogramme, die andere Länder nur als Alibi für eine missglückte passive Immigrationspolitik ansehen, sind in Ungarn längst das zentrale Steuerungsmittel einer aktiven Politik geworden. Die Regierung in Budapest hat Programme entwickelt, welche die Bevölkerungen dabei unterstützen, in ihren eigenen Ländern zu bleiben, damit sie nicht nach Europa fliehen müssen.

Die Regierung nennt das Projekt „Ungarn hilft“. Es liefert Hilfe direkt an Orten, die von Konflikten betroffen sind, die Hauptursache der meisten politischen Emigrationen ist. Die Hilfe geht nicht über korrupte Regierungen, sondern meistens an Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen, die eher gewährleisten, dass die Hilfen auch ankommen.

Diese Hilfe ist dazu weitaus billiger und politisch sowie gesellschaftlich vorteilhafter als die Aufnahme von muslimischen Zuwanderern, die nur von den Sozialsystemen im Westen angelockt werden, die aber andererseits keinerlei Integrationsinteresse an ihren Aufnahmeländern haben und deshalb dort das gesellschaftliche Gefüge bedrohen. Zudem profitieren von der ungarischen Hilfe die Mitglieder der Religionsgruppe, die weltweit am meisten verfolgt wird, nämlich die Christen, am meisten.

Unter den in Deutschland ankommenden Asylsuchern bilden Christen gerade noch zehn Prozent. Auch soll die ungarische Hilfe vor allem auch den Menschen zugutekommen, die sich eine teure Flucht mithilfe von Schleppern nicht leisten können.

Nach Deutschland kommen vor allem die Menschen, deren Flucht von Schleusern Zehntausende von Euro verschlungen hat und die sich deshalb zum einem Teil an Kriminelle verdingen müssen,

um diese Schulden zurückzubehalten.

Laut ungarischer Regierung hat „Ungarn hilft“ in nur zwei Jahren 35 000 Menschen geholfen, in ihrem Land zu bleiben und sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Dazu gehören vor allem verfolgte Christen, die von westlichen Regierungen und Medien oft ignoriert werden.

In Nigeria, wo Tausende verfolgter Christen ermordet wurden, hat Ungarn der katholischen

seitigen und Krankheiten zu behandeln.

Äthiopien ist eine andere afrikanische Nation, die ungarische Hilfe erhält. Im Geiste der Ökumene erhalten nicht nur die katholische Kirche Gelder, sondern auch die äthiopische evangelische Kirche. Das Mai-Aini-Flüchtlingslager wurde mit 1,5 Millionen Euro ausgestattet, um Unterkünfte und Grundversorgung, einschließlich sauberes Wasser, Bildung und Unterstützung für etwa

sind, in letzter Zeit in zunehmendem Maße, leisten die Ungarn auch konkrete praktische Terrorhilfe an die Opferfamilien.

Ungarn hat zwar keine christdemokratische Partei an der Regierung wie in Deutschland, aber dafür hat es mit Tristan Azbej einen eigenen Staatsminister, der für die Organisation und Verteilung der Hilfen von „Ungarn hilft“ zuständig ist. Sein Titel ist offiziell „Staatssekretär für die Hilfe für verfolgte Christen“.

lern und zur Manipulation migrationsfördernder Nichtregierungsorganisationen zu bieten, setzen wir alles daran, dass die Bedürftigen in ihren Heimatländern bleiben können. Mit den Worten von Premierminister Orbán: „Es sollten keine Probleme hierher gebracht werden, sondern Hilfe muss dorthin geleistet werden, wo sie benötigt wird.“ Und genau darum bemühen wir uns.“

Die westlichen Medien und liberalen Politiker haben den unga-



Ungarn hilft auch in Eritrea: Das Mai-Aini-Flüchtlingslager wurde mit 1,5 Millionen Euro ausgestattet

Bild: pa

Diözese Maiduguri eine Million Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld wird zur Unterstützung der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur der Diözese verwendet, die durch wiederholte Angriffe der islamischen Terroristengruppe Boko Haram heimgesucht wurde.

Unterstützt werden auch landwirtschaftliche Projekte, die darauf abzielen, die Selbstversorgung der Haushalte zu verbessern, Nahrungsmittelknappheit zu be-

ginnen und diese so von einer weiteren gefährlichen Flucht über Libyen abzuhalten. Die äthiopisch-orthodoxe Kirche in Addis Abeba hat ebenfalls eine Unterstützung in einer Höhe von einer halben Million Euro erhalten.

Immer dann, wenn Christen an der Frontlinie zwischen Christentum und Islam in Afrika, sei es in Burkina Faso, Zentralafrika, Nigeria oder Kamerun von islamischem Terror direkt betroffen

In einem Artikel für die „About Hungary“-Website schrieb Azbej unlängst: „Während des Höhepunkts der Migrationskrise im Jahr 2015 wurde die Orbán-Regierung von internationalen Akteuren allgemein dafür kritisiert, dass sie eine feste Haltung einnahm gegen undokumentierte Ausländer. Unter diesen Stimmen sagten einige, dass Ungarn herzlos handele. Unser Ansatz ist einfach: Um eine Alternative zur Ausbeutung von Menschenhänd-

rischen Premierminister als rechtsextremen Ideologen denunziert, aber sein Programm zur Bekämpfung von Fluchtursachen scheint zu funktionieren und bei den Menschen anzukommen, die sich keine Flucht leisten können. Die meisten Menschen in Ungarn halten dies für eine vernünftige Herangehensweise, um mit der Migrationswelle fertig zu werden, die Europa seit der Öffnung der deutschen Grenzen 2015 überschwemmt. Bodo Bost

## Spanier hadern mit ihrer Vergangenheit

Kritik aus Rom – Vatikan ist gegen die Pläne von Spaniens Sozialisten, die Gebeine Francos umzubetten

Eine der ersten Entscheidungen der sozialistischen spanischen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez im vergangenen Jahr war der Beschluss, die sterblichen Überreste des 1975 verstorbenen Generals Francisco Franco nach fast 50 Jahren aus seinem Mausoleum im Valle de los Caídos (Tal der Gefallenen) nahe Madrid, welches zugleich Gedenkstätte zu Ehren der Gefallenen des Spanischen Bürgerkriegs ist, umzubetten. Das schon lange gehegte sozialistische Vorhaben ist bislang jedoch an juristischen Fragen und dem Widerstand der Familie Francos gescheitert.

Die Familie des Diktators will bis zur letzten Instanz juristisch für die Beibehaltung des Grabes kämpfen. Sie drohte Premier Sánchez im Falle einer Umbettung mit einer Klage wegen Störung der Totenruhe und Leichenschändung. Jetzt hat sie sogar dafür die Unterstützung von kirchlicher Seite aus Rom bekommen.

Eine 150 Meter hohe Kreuz überragt das Mausoleum Francos nordwestlich von Madrid. Der

spanische Diktator war anders als sein Verbündeter Hitler, der ihm zur Macht verholfen hatte, ein erzkonservativer Katholik, und er wollte dies auch der Nachwelt durch sein Mausoleum, welches

begonnen. 1959 war das Mausoleum fertig, dann entstand das gigantische Betonkreuz darüber. In den Seitenwänden fanden die Überreste von 37 000 Toten des Bürgerkriegs ihre letzte Ruhestätte



Verursacht monumentalen Streit: Das Franco-Mausoleum Bild: pa

eine katholische Kirche ist, ausdrücken.

Francos Grab befindet sich in einer Basilika, die Arbeiter schon gleich nach seiner Machtergreifung ab 1940 in den Fels zu hauen

Jetzt soll der Caudillo, der Führer Spaniens, auf einen normalen Friedhof der Hauptstadt Madrid umgebettet werden.

Weil das Grab Francos eine katholische Kirche ist, hatte sich

auch der vatikanische Nuntius in Spanien, Erzbischof Renzo Fratini, kritisch über die geplante Umbettung von General Franco geäußert. Franco werde durch den Streit um sein Grab wieder zum Leben erweckt, seine Totenruhe werde gestört, hatte der Nuntius der spanischen Agentur Europa Press gesagt. Wörtlich sagte er: „Sozialisten haben kein Recht über Franco zu richten.“

Fratini sieht hinter dem Projekt vor allem politische und ideologische Motive. Es sei nicht hilfreich, einen Streit wiederzubeleben, der bereits zu einem Bürgerkrieg geführt habe und das Land nun neuerlich zu spalten drohe. Gott allein werde über Franco richten, betonte der Papstbotschafter am Ende seiner zehnjährigen Amtszeit in Spanien. Es gäbe in der Welt und in Spanien schon jede Menge Probleme, man müsse nicht noch welche künstlich zusätzlich schaffen, so Fratini. Spaniens Sozialisten hatten im Bürgerkrieg, mit der Unterstützung Moskaus, zahlreiche Kirchen zerstört und Priester und Ordensleute ermordet.

Die spanischen Sozialisten kritisierten den Heiligen Stuhl für diese Meinungsäußerung, die jedoch dadurch bedingt war, dass sich das derzeitige Grab von Franco in einer Kirche, für die der Heilige Stuhl die Verantwortung hat, befindet.

Die spanische Regierung versucht, die Kirche aus dem derzeitigen Streit herauszuhalten und daraus nur ein Problem zwischen der Familie Franco und der Regierung zu machen. In der katholischen Kirche hat Franco noch viele Anhänger, weil es ihm gelungen war, Spanien als eines von nur vier europäischen Ländern aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten und es ihm zu verdanken ist, dass nach seinem Tod ein geordneter Übergang in die Demokratie stattfand.

Das Vorhaben, die sterblichen Überreste Francos umzubetten, ist in Spanien höchst umstritten. Es gibt vor allem rechtliche Hürden, aber auch aus der Bevölkerung kommt immer mehr Widerstand. Eine höchstgerichtliche juristische Entscheidung über die Umbettung steht noch aus. B.B.

# Jeder fremdelt mit jedem

Gegen die CDU läuft in Sachsen nichts, aber ihr fehlt ein potenzieller Koalitionspartner

Am 1. September wählen die Bürger des Freistaats Sachsen einen neuen Landtag. Passiert kein Wunder, kann sich CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer im Amt halten.

Noch sind Sommerferien, doch der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. In fünf Wochen haben die Sachsen die Wahl und derzeit diskutiert der Freistaat vor allem darüber, mit welcher Liste die AfD letztlich antreten darf. Der Landeswahlausschuss hat entschieden, dass die AfD nur mit 18 Listenbewerbern antreten darf, obwohl die Partei insgesamt 61 Kandidaten aufgestellt hatte. Der Landeswahlausschuss erklärte die Plätze 19 bis 61 allerdings für ungültig und begründete dies mit einem Verstoß gegen das Landeswahlgesetz. Die zweite Versammlung zur Besetzung der hinteren Listenplätze sei nicht regulär gewesen. Dagegen hat die Partei Einspruch eingelegt.

Unabhängig vom Ausgang des juristischen Tauziehens dürften sich die Hoffnungen des Spitzenkandidaten Jörg Urban, er könne den CDU-Mann Michael Kretschmer als Ministerpräsidenten ablösen, als frommer Wunsch herausstellen. Denn: Selbst wenn die AfD als stärkste Partei aus der Abstimmung hervorgehen sollte, ein Koalitionspartner, der ihr zur Mehrheit verhilft, dürfte sich nicht finden lassen. Die CDU hat mittlerweile klargestellt, dass sie weder mit der AfD verhandeln, noch mit ihr koalieren werde. Und der FDP-Spitzenkandidat Holger Zastrow, dessen Partei derzeit mit rund sechs Prozent um den Einzug ins Dresdner Parlament kämpft, stellte klar: „Lieber Opposition als mit denen.“

Die CDU, die je nach Umfrage zwischen 26 und 30 Prozent schwankt, hat den Vorteil, dass gegen sie nicht regiert werden kann. Dies liegt vor allem daran, dass die SPD, die Wirtschaftsministerin Matin Dulig ins Rennen schickt, Mühe habe wird, zumindest ein zweistelliges Ergebnis zu



Wird wohl seinen Thron behalten, könnte aber nicht allein weiterregieren: Ministerpräsident Michael Kretschmer

Bild: pa

erzielen. Während FDP Mann Zastrow die Hoffnung nicht aufgegeben hat, „dass es mit SPD, FDP und CDU reichen könnte“, bringen sich die Grünen in Position. Vor fünf Jahren schafften sie mit 5,7 Prozent den Einzug mit Ach und Krach. Beflügelt vom Bundestrend scheint ihnen diesmal ein Ergebnis von weit über zehn Prozent sicher zu sein. „Die Grünen werden in jedem Fall regieren“, sagte ein Funktionär der Sachsen-CDU gegenüber dem „Berliner Tagesspiegel“. Dennoch ist auffallend, dass Ministerpräsident und CDU-Landeschef Kretschmer zu Beginn des Wahlkampfes mit Vorliebe gegen die Öko-Partei keilte. In den vergangenen Wochen verglich er die Grünen mit der AfD. Beide Kräfte ähnelten sich sehr darin, „dass sie nur ihre eigene Position als das Absolute sehen, dass sie nicht fähig sind zu Kompromissen“.

Die Grünen-Chefin Christin Melcher reagierte empört und wies den Vergleich als „unerhört“ zurück. Zugleich streuen die Grünen eifrig Gerüchte, die CDU könnte nach der Wahl doch noch schwach werden, wenn es um eine Zusammenarbeit mit der AfD geht. „Ob die sächsische CDU eine Koalition mit der AfD abschließt, wissen wir erst nach der Wahl. So oder so hat sie den Aufstieg der AfD mit ermöglicht, der sie nicht mit der notwendigen Entschlossenheit entgegengetreten ist“, sagt Melcher.

Das Fremdeln zwischen Union und Grünen hängt eng mit der Person des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner Patzelt zusammen. Er war früher als Gutachter für die AfD tätig, gilt als vehementer Kritiker von Kanzlerin Merkels Zuwanderungspolitik. Nun ist er Ko-Vorsitzender von Kretschmers Wahlkampfkommission

und schielt in dieser Funktion auf unsichere AfD-Wähler. Seiner Partei empfiehlt er, über eine Minderheitsregierung nachzudenken, bei der sich die CDU mit wechselnden Mehrheiten stützen lassen solle. Die CDU solle in dieser Konstellation „mit sämtlichen Kräften im Parlament verhandeln, von Linkspartei bis AfD“, erklärte Patzelt kürzlich. Seine Hoffnung: Die AfD könnte sich in einen radikalen Teil und einen solchen, der politikfähig ist, spalten.

Und noch eine große Unbekannte gibt es im sächsischen Wahlkampf. So ist nicht ausgeschlossen, dass die Freien Wähler nach Bayern in einem weiteren Flächenland den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. In den letzten Umfragen lag die Partei, die im Freistaat schon als „AfD light“ bezeichnet wird, zwischen drei und vier Prozent. Verant-

wortlich dafür sind vor allem zwei Frauen. Antje Hermenau, früher Fraktionschefin der Grünen im sächsischen Landtag, die ihre Partei entnervt verließ und die sich mittlerweile „fest im konservativen Spektrum“ verortet, und Cathleen Martin, Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft in Sachsen und Spitzenkandidatin ihrer Partei. „Ich habe kein überhöhtes Verhältnis zu Europa. Aber ich habe eine Heimat“, sagt Hermenau und meint Sachsen. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr erzielte ihr Bündnis ein Drittel aller Sitze.

Nun soll der große Coup folgen. Auf der Landesliste steht Hermenau nicht, sie führt aber den Wahlkampf. Es ist kein Geheimnis, dass sie als künftige Fraktionsgeschäftsführerin vorgesehen ist. „Wir werden es schaffen“, sagt sie siegessicher.

Peter Entinger

## MELDUNGEN

### Strom-Inseln für die Nordsee

Hannover – Der niederländische Netzbetreiber Tennet hat für das internationale Konsortium North Sea Wind Power Hub „visionäre“ Pläne für ein Großprojekt zur Offshore-Windenergiegewinnung vorgestellt. Bis 2030 sollen in der südlichen Nordsee weitere 15 000 Windkraftanlagen errichtet werden. Parallel dazu ist beabsichtigt, mehrere künstliche Inseln aufzuschütten, um dort Windenergie-Verteilkreuze für eine intelligente Stromverteilung in die Anrainerländer sowie Strom-in-Gas-Umwandlung zu installieren. Das Projekt sei grundsätzlich machbar. Die Kosten werden auf mindestens 100 Milliarden Euro geschätzt. Der NABU äußerte sich kritisch zu dem Vorhaben. Die Energiewende dürfe nicht den Umweltschutz gefährden. D.J.

### Mehrheit für Pflichtjahr

München – 64 Prozent der Deutschen sind der Meinung, ein Gesellschaftsjahr ähnlich dem früheren Zivildienst sollte für Schulabsolventen Pflicht sein. Insgesamt wünschen sich die Befragten mehr Unterstützung des Ehrenamts von Seiten der Politik und der Unternehmen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie, für die im Auftrag des Konzerns Versicherungskammer im Februar mehr als 1000 Deutsche ab 18 Jahren befragt wurden. Wer sich ehrenamtlich engagiert, sollte Vorteile genießen und zum Beispiel zusätzliche Rentenpunkte erhalten. Das fordert mit 86 Prozent eine große Mehrheit der Befragten. Die Studie zeigt weiter, dass der Altersgruppe bis 29 Jahre besonders am Einsatz für die Gesellschaft gelegen ist und sie sich mit 50 Prozent überdurchschnittlich oft ehrenamtlich engagiert. Im Durchschnitt sind es nur 39 Prozent. J.H.



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Preussische Allgemeine Zeitung

## Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de  
Telefon 040-41 40 08 42  
Fax 040-41 40 08 51

## Zeitzeugen



**Friedrich Merz** – Der gebürtige Sauerländer gilt als Musterbeispiel für die auch in Deutschland zunehmende Vernetzung von Politik und Wirtschaft. Nach seinem vorläufigen Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahr 2009 war und ist Merz in zahlreichen Aufsichtsräten namhafter Wirtschaftsunternehmen tätig. Besonders bekannt ist sein Engagement für die amerikanische Investmentgesellschaft BlackRock.

**Ronald Pofalla** – Auch Merkels loyaler früherer Kanzleramtschef fand schnell seinen Weg in die Wirtschaft. Nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt wechselte er 2015 in den Vorstand der staatseigenen Aktiengesellschaft Deutsche Bahn. Der Übergang wurde heftig kritisiert, da Pofalla vorgeworfen wurde, er habe sich seine neue Tätigkeit möglicherweise durch politische Gefälligkeiten im Vorfeld erkaufte.



**Larry Fink** – Der in Los Angeles geborene Manager gründete 1988 das heute weltweit größte Investmentunternehmen BlackRock, welches er von Beginn an leitet. Seine Firma ist auch in Deutschland an allen wichtigen Börsenunternehmen beteiligt und übt einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die inländische Wirtschaft aus.

**Herbert Diess** – Der studierte österreichische Ingenieur leitet seit Anfang 2018 den skandalgeschüttelten Volkswagen-Konzern. Neben seiner Vorstandstätigkeit für den Wolfsburger Automobilgiganten sitzt Diess nicht nur im Aufsichtsrat des Technologieunternehmens Infion, sondern leitet auch den Aufsichtsrat der Volkswagen-Töchter Skoda, Seat und Audi.



**Christian Sewing** – Der 1970 im ostwestfälischen Bünde geborene Betriebswirt machte seine Karriere ausschließlich bei der Deutschen Bank, die er heute als Vorstandschef leitet. Anders als seine Vorgänger gilt er nach außen als nicht sonderlich gut vernetzt. Angesichts der in den Bilanzen des Kreditinstituts schlummernden Risiken und dem kürzlichen Wegfall von 18 000 Stellen ist es nicht auszuschließen, dass Sewing der letzte Vorsitzende des traditionsreichen Bankhauses ist.

## Eine Hand wäscht die andere

Moderne Manager-Philosophie – Eigeninteressen vor Staats- oder Konzerninteressen

Manager stehen wie im Falle des Diesel-Skandals bei VW vielfach in der Kritik. Zumeist sind es falsche unternehmerische Entscheidungen, aber auch Straftaten und Korruptionsvorwürfe, die sie in die Schlagzeilen bringen.

Unternehmerisches Fehlverhalten gibt es auch bei Geschäftsführern von kleineren und mittelständischen Betrieben, und sicherlich stehen Konzerne allein schon wegen ihrer schieren Größe und Mitarbeiterzahl sehr viel häufiger im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Doch durch das Auseinanderfallen von dem Eigentum an einem Unternehmen und der Leitung seiner Geschäfte ergeben sich gleichwohl Risiken, die angestellte Führungskräfte anfälliger für Formen des Missmanagements machen.

Während der Inhaber eines mittelständischen Betriebes für seine wirtschaftlichen Aktivitäten meist einen Planungshorizont aufspannt, der die gesamte Dauer seines Berufslebens und zum Teil sogar die seiner späteren Erben

umfasst, schließen Topmanager in der Regel nur einen auf wenige Jahre befristeten Arbeitsvertrag ab. Einem angeheuerten Geschäftsführer kann es somit dem Grunde nach gleichgültig sein, ob die unternehmerischen Entscheidungen, die er heute trifft, möglicherweise dazu führen, dass es die Firma in zehn oder 20 Jahren gar nicht mehr gibt.

Bei börsennotierten Gesellschaften kann dieser Aspekt dann zusätzliche negative Implikationen zeigen, denn nicht selten sind auch die Aktionäre nur an einem kurzfristigen Engagement in dem Unternehmen interessiert. Entscheidend ist dann, dass der Kurswert der Aktie in kürzester Zeit steigt, um diese dann rasch wieder verkaufen zu können.

Immer wieder bedienen einzelne Manager diese Erwartungen, in dem sie Bilanzen manipulieren, notwendige Investitionen zurückstellen und Risiken in die Zukunft verlagern. Mit den Folgen

muss sich dann eine neue Geschäftsführung herumplagen.

Interessant ist, dass sich eine ähnliche Entwicklung auch in der Politik feststellen lässt. Während einst die Fürsten und Monarchen bei ihren Entscheidungen das dauerhafte Landeswohl im Auge behalten mussten, um den eigenen Thron sicher an ihre Erben weitergeben zu können, entfiel mit dem Prozess der zunehmenden Demokratisierung dieses langfristige Kalkül der Regierungskunst. Das Denken in Generationen wich auch hier dem

## Nur kurzfristige Ziele im Blick

Taktieren in Legislaturperioden. Ein nicht unbeachtlicher Teil der Arbeitszeit muss daher zuungunsten der eigentlichen Leitungsaufgabe zur Erreichung dieser Ziele aufgebracht werden. Besonders bedeutend sind dabei die Kommunikation und der Aufbau von Netzwerken. Aktionäre und Parteimitglieder müssen gewonnen werden, mit Aufsichtsräten und Parlamentariern sind strate-

gische Allianzen zu schmieden, und letztlich muss stets auch für den Fall vorgesorgt werden, dass es mit der Wiederwahl einmal nicht klappen sollte.

Wer sich immer schon gefragt hat, warum Berufspolitiker und die Bosse von DAX-Konzernen so fürstlich entlohnt werden, der findet die Antwort in dieser Vernetzung. Ähnlich wie auch ansonsten konkurrierende Parteien die Erhöhung von Diäten und von Mitteln aus der staatlichen Parteienfinanzierung meist gemeinsam beschließen, so sind viele Aktiengesellschaften wirtschaftlich miteinander verflochten. Nicht selten sitzen die Konzernvorstände zugleich auch in den Aufsichtsräten anderer Unternehmen, an denen diese Anteile halten.

Hinzu kommen häufig enge persönliche Kontakte, bei der eine Hand die andere wäscht. Auf diese Weise hat sich hier ein Mikrokosmos etabliert, der nach ganz eigenen Regeln funktioniert. Das Staats- und Unternehmenswohl bleibt dabei oft auf der Strecke. Dirk Pelster



Gute alte Schule: Noch herrscht der Patriarch über sein Unternehmen, doch in der Ecke lauert schon ein Manager als Nachfolger

## In fremder Hand

Kapitalismuskritik – Enteignung trafe kleine Leute, nicht Manager

SPD-Politiker Kevin Kühnert nannte jüngst bei seiner Forderung nach einer Verstaatlichung den BMW-Konzern. Dieses Beispiel war klug gewählt, denn anders als bei den meisten DAX-Unternehmen liegt ein Großteil der Firmenaktien hier noch in der Hand von Angehörigen der Gründerfamilie.

Das ist jedoch eher die Ausnahme. Dies lässt sich deutlich an der Deutsche Wohnen AG sehen, die von linken Kapitalismuskritikern ebenfalls bereits zur Enteignung freigegeben wurde. Rund sieben Prozent des Unternehmens gehören dem norwegischen Staat, der über seine Zentralbank weltweit an wirtschaftlichen Aktivitäten beteiligt ist, um aus den Gewinnen die Renten seiner Bürger und Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Weitere 23 Prozent gehören US-Investmentgesellschaften, die

für Kleinanleger in Fonds Kapital verwalten. Der Rest der Deutsche Wohnen AG befindet sich im Besitz von Privataktionären, die ebenfalls nur mit geringen Summen investiert sind.

Würde man den Immobilienkonzern enteignen, so trafe dies überwiegend kleine Leute, die etwas Geld für ihre Altersversorgung beiseitegelegt haben. Es stimmt daher nicht, dass die Renditeströme aus der Tätigkeit deutscher Aktiengesellschaften am Ende des Tages nur in die Portemonnaies einiger weniger Superreicher fließen würden.

Tatsächlich gibt es hier kein Verteilungs-, sondern vielmehr ein Kontrollproblem. Mittlerweile ist jede zweite Aktie eines DAX-Konzerns in ausländischer Hand. Über 60 Prozent ihrer Anteilseigner sind institutionelle Anleger. Dabei handelt es sich etwa um

Hedgefonds, Lebensversicherer oder andere Investoren, die Kapital von Kleinanlegern einsammeln, um dieses ertragsbringend anzulegen. Die Gewinne fließen zwar überwiegend wieder zurück an diese kleinen Geldgeber, doch die Stimmrechte an den Aktiengesellschaften werden von Kapitalsammelstellen ausgeübt.

Zum Teil reicht es aus, wenn ein Hedgefonds mit zwei oder drei Prozent an einem Aktienunternehmen beteiligt ist, um dieses zu dominieren. Während Kleinanleger meist nicht zur jährlichen Hauptversammlung anreisen, fällt das Stimmrecht der dort vertretenen Investmentgesellschaften dafür dann umso höher ins Gewicht. Sie bestimmen damit letztlich über die Zusammensetzung von Vorständen und Aufsichtsräten, sie mit Leuten ihres Vertrauens bestellen. D.P.

## Aktienkonzerne als Kreißsaal des Managers

Das Aufkommen des Managers als neuem Typus des Unternehmenslenkers ist untrennbar mit dem Entstehen von Aktiengesellschaften verbunden. Zwar schlossen sich bereits in der Antike und im Mittelalter Händler zu gemeinsamen wirtschaftlichen Aktivitäten zusammen, als gesetzlich ausgestaltete Institution und als eigene Rechtspersönlichkeit wurde diese Form eines Gewerbebetriebes durch die meisten europäischen Staaten jedoch erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglicht.

Ökonomisch betrachtet war dies ein gewaltiger Fortschritt, denn einzelnen Unternehmern fehlte es oftmals schlichtweg an dem nötigen Kapital, um neue technische Entwicklungen oder größere wirtschaftliche Wagnisse aus dem eigenen Geldbeutel zu bestreiten. Mit dem Gang an die Börse ließen sich die hierfür erforderlichen Finanzmittel von Investoren einholen, die dafür – entsprechend ihrem Anteil – an dem anfallenden Gewinn beteiligt wurden.

## Manager sind bei Scheitern fein raus

Zugleich konnten Unternehmer für den Fall des Scheiterns ihre Haftung begrenzen. Wurde eine Firma zahlungsunfähig, so konnten Gläubiger nur noch auf deren Einlagen und Kapital, aber nicht mehr auf das Privatvermögen des Vorstands oder der Aktionäre zurückgreifen.

Doch die Etablierung dieser Unternehmensform hatte dazu geführt, dass das Eigentum an einer Firma mit deren Leitung auseinanderfiel. Während kleine Handwerks- oder Handelsbetriebe auch heute noch in der Regel von ihren Inhabern geführt werden, waren und sind die Vorstände großer Aktienkonzerne entweder gar nicht mehr oder nur zu geringen Teilen an dem Unternehmen selbst beteiligt. Spätestens wenn der Gründer einer Firma aus der Geschäftsleitung ausschied, traten und treten meist fremde Führungskräfte an seine Stelle.

Dies war die Geburtsstunde des Managers, der seinem Unternehmen nicht mehr durch Eigentum oder Miteigentum, sondern nur noch durch einen Arbeitsvertrag verbunden ist. D.P.

## Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:  
Dr. Jan Heitmann

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE44 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon (040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:** redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

# Attacken gegen Hohenzollern

Kaiserhaus erinnert an seine Rechte – Medien und Politik reagieren abweisend bis unflätig



**Zielscheibe alter Ressentiments: Georg Friedrich Prinz von Preußen mit Ehefrau Prinzessin Sophie beim Verlassen des Schlosses Sanssouci in Potsdam nach einem Mittagessen mit dem niederländischen Königspaar im vergangenen Mai**

Bild: pa

Hinter verschlossenen Türen verhandeln seit einigen Jahren Georg Friedrich Prinz von Preußen, der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg, über die Rückgabe von Kunstobjekten und Entschädigungszahlungen. Viele Medien kommentieren die jetzt bekannt gewordenen Verhandlungen mit scharfen Tönen und nutzen die Gelegenheit, um Ressentiments gegen das Kaiserhaus aufzuwärmen.

Tatsächlich ist der Fall eher dazu geeignet, daran zu erinnern, von welchen Zufällen es oftmals abhängig war, ob Familien nach dem Zweiten Weltkrieg Hab und Gut behielten oder verloren. Im Kern geht es erneut um die Frage, wie Enteignungen zu bewerten sind, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) stattgefunden haben.

Bei den Verhandlungen geht es vor allem um Gegenstände und Kunstwerke, die nach dem Ende der Monarchie im Privatbesitz der preußischen Königsfamilie verblieben waren. Mit der Revolution 1918/19 waren in Deutschland zwar fürstliche Besitztümer beschlagnahmt, aber nicht enteignet worden. Ein Volksentscheid zur Fürstenteignung ohne Entschädigung scheiterte im Juni 1926. Im selben Jahr einigten sich der Staat Preußen und die Hohenzollern auf einen Vertrag zur Vermögensregelung. Ein Großteil der Immobilien ging an den Staat, einige Renditeobjekte verblieben als Privatbesitz bei den Hohenzollern. Das Jahr

1945 markierte dann für die Preußen-Familie einen Wendepunkt. Mit der sogenannten Bodenreform wurden in der SBZ Immobilien und Grundbesitz enteignet. Zudem landeten aber auch viele Kunstwerke und Gebrauchsgegenstände der Familie in staatlichen Museen. Anders als bei den Immobilien könnten beim enteigneten Inventar durchaus Chancen auf eine Rückgabe oder Entschädigung bestehen.

Wie schwierig die Frage nach einer Klärung der Eigentumsverhältnisse im Detail sein kann, zeigt sich am Beispiel von rund 1000 Briefen aus der Korrespondenz der früheren Kaiserin Auguste Viktoria, die erst im vergangenen Jahr im Neuen Palais in Potsdam aufgefunden wurden.

Der Potsdamer Historiker Martin Sabrow wies darauf hin, dass der Hohenzollern-Familie nach 1918 gestattet worden sei, ihren privaten Besitz aus dem Neuen Palais mit ins Exil nach Holland zu nehmen. „Erlosch dieses Recht wie vereinbart 1921, oder hatte es weiterhin Bestand, weil die Existenz dieses Briefkonvoluts bis 1921 noch gar nicht bekannt war?“ so der Historiker im Interview mit dem RBB.

Besonders heftige Reaktionen hat das Ansinnen von Georg Friedrich hervorgerufen, für die Familie ein dauerhaftes, unentgeltliches und grundbuchlich zu sicherndes Mitbenutzungsrecht entweder im Schloss Lind-

stedt, der Villa Liegnitz oder aber in Schloss Cecilienhof im Potsdamer Neuen Garten zu erhalten. Das letzte von den Hohenzollern erbaute Schloss diente dem Kronprinzenpaar Wilhelm und Cecilie bis zum Jahr 1945 als Familiendomizil.

Das Begehren nach einem neuerlichen Mitnutzungsrecht ist keineswegs so „aberwitzig“ wie dies in einigen Medien dargestellt wurde. In Bayern etwa hat der Chef des Hauses Wittelsbach bis heute noch immer ein Wohnrecht im Schloss Nymphenburg. Der Freistaat Bayern zeigt auch, wie unterschiedlich der Umgang mit den früheren Herrscherhäusern in den verschiedenen Teilen Deutschlands verlaufen ist.

Im Fall der Wittelsbacher wurde eine Lösung gefunden, die mittlerweile schon fast 100 Jahre Bestand hat. Der Freistaat und die Wittelsbacher einigten sich im Jahr 1923 auf einen Vermögensausgleich. Ein wichtiger Baustein der Vereinbarung ist der Wittelsbacher-Ausgleichs-Fonds (WAF). Dabei handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die mit Vermögenswerten des bayerischen Königshauses aufgebaut wurde. Bis heute kommen die Erträge des Fonds Angehörigen der Wittelsbach-Familie zu Gute.

Im Fall der nun bekanntgewordenen Verhandlungen zum Eigentum des

preußischen Königs- und deutschen Kaiserhauses haben die beteiligten Parteien angegeben, eine „dauerhafte Gesamtlösung“ finden zu wollen. Der Hohenzollern-Anwalt Markus Hennig erklärte zudem, es sei aus Sicht des Hauses „das primäre Ziel, die Sammlungen in den bestehenden Museen zu erhalten und der Öffentlichkeit weiterhin zugänglich zu machen“.

Dennoch begleiten einige Politiker und ein Großteil der Medien die Verhandlungen mit scharfen Tönen, die mitunter an die Propaganda aus der Frühzeit der DDR erinnern. Der öffentlich-rechtliche Sender RBB betitelte einen Kommentar mit den nur als hetzerisch zu bewertenden Worten „Hohenzollernwahn – Adel ist von Übel“. Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linkspartei) sprach von „blaublütiger Träumerei“. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) schloss ein Wohnrecht für Schloss Cecilienhof oder Schloss Lindstedt aus und sprach von „Volkschlössern“.

Mittlerweile fast in Vergessenheit geraten ist, dass das Land Brandenburg wegen seines Umgangs mit sogenanntem Bodenreformland vor einigen Jahren selbst sehr deutlicher Kritik ausgesetzt war. Im Jahr 2007 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) dem Land in einem Urteil zur Erbensuche bei Bodenreformland bescheinigt, sich „sitzenwidrig“ und „eines Rechtsstaates unwürdig“ Grundstücke angeeignet zu haben.

Norman Hanert

## Bayern zeigt, wie man solche Fragen zivilisiert löst

Herrschhäusern in den verschiedenen Teilen Deutschlands verlaufen ist.

## Bundestag paradox

Von VERA LENGSELD

Am vorvergangenen Mittwoch wurden die 709 Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus ihren Urlaubsorten auf Steuerzahlerkosten zurück nach Berlin beordert, um der Amtsverteidigung der neuen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer beizuwohnen. Die Zeremonie dauerte keine 15 Minuten und kostete Hunderttausende Euro.

Bei diesem Ereignis trafen zwei Absurditäten aufeinander: Eine Ministerin wurde verteidigt, die vorher immer betont hatte, dass sie keinesfalls ein Mitglied des Kabinetts Merkel werden wolle und blitzartig ihre Meinung änderte, als kolportiert wurde, ihr größter Konkurrent um das Kanzleramt könnte diesen Posten bekommen. Seither ist die Ministerin damit beschäftigt, immer neue Erklärungen für ihren Entschluss zu verbreiten. Glaubwürdig ist keine davon. Beispiel:

„Ich würde nie in ein Amt hineingehen aus dem Kalkül heraus, das kann mir nützlich sein oder nicht.“ Ein solcher Satz steigert die Unglaubwürdigkeit der Politikerin, denn niemand nimmt AKK ab, sie handle aus reiner Selbstlosigkeit.

Für die Abgeordneten, vor denen die Ministerin ihren Eid ablegte, spielte ihre Glaubwürdigkeit keine Rolle, denn das Verhalten unserer Volksvertreter ist die personalisierte Selbstsucht. Der Bundestag ist mit seinen inzwischen 111(!) Überhang- und Ausgleichsmandaten das zweitgrößte Parlament der Welt. Er wäre auch mit den gesetzlich vorgesehenen 598 Mitgliedern, 299 Direktmandaten und 299 Listenmandaten, eines der größten Volksvertretungen auf dem Globus. Mit den von den Grünen erstrittenen Ausgleichsmandaten platzt der Bundestag nun allen Nähten.

Obwohl unter den Fraktionen angeblich Einigkeit herrscht, diesen Zustand zu ändern, scheiterte eine Wahlrechtsreform-Kommission unter Leitung des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble im April. Übrigens unbemerkt von den Medien. Man konnte sich nicht einigen, wie die Zahl der Abgeordneten reduziert werden könnte. Die einfachste Lösung, sich an die gesetzlich vorgeschriebene Zahl zu halten und keine Überschreitung mehr zuzulassen, scheint bezeichnenderweise keiner Fraktion eingfallen zu sein.

Stattdessen wurde, hauptsächlich von den Grünen, aber auch der Linkspartei, vehement eine Verringerung der Wahlkreise gefordert. Bei den Wahlkreiskandidaten besteht aber die einzige Möglichkeit für die Wähler, auf die Zusammensetzung des Parlaments Einfluss zu nehmen. Nur Wahlkreisabgeordnete sind ihren Wählern direkt rechenschaftspflichtig. Ausgerechnet das wollen die Grünen und Linken beschränken und damit die Listenmandate stärken, die allein von den Parteien bestimmt werden. Ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die Parteien die Demokratie zur Beute gemacht haben.

## Usedom rückt näher

Alte Bahnstrecke nach Berlin könnte wiedereröffnet werden

Die Wiederherstellung einer seit 1945 unterbrochenen südlichen Bahnverbindung zwischen dem pommerischen Festland und Usedom ist näher gerückt. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat für 2020/21 insgesamt 2,8 Millionen Euro einkalkuliert. Verteilt über beide Jahre, sollen die Mittel Vorplanungen für den Wiederaufbau ermöglichen. Dabei soll zum einen die Tragfähigkeit der noch nicht entwidmeten Bahntrasse geprüft werden, sowie der Neubau einer Bahnbrücke über die Peene. Ein Wiederaufbau der kriegszerstörten Karniner Brücke mit ihrer ursprünglichen Funktion als Hubbrücke ist offenbar nicht mehr vorgesehen. Stattdessen könnte es künftig eine Klappbrücke geben.

Geklärt werden soll auch der wirtschaftliche Nutzen der Verbindung. Frühere Schätzungen der Bahn gingen von rund 100 Millionen Euro Kosten aus.

Bauen und finanzieren muss die Strecke letztendlich der Bund. Allerdings hat es das Projekt nicht in den aktuellen Bundesverkehrswegeplan für die Jahre 2015 bis 2030 geschafft. Dennoch besteht die Möglichkeit, den Aufbau der Strecke außerplanmäßig in den

## Seit 1945 ist diese Bahnstrecke zur Insel unterbrochen

Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen.

In den vergangenen Jahren starteten immer wieder Initiativen für die Wiederherstellung der Trasse. Mit den Vorplanungen durch das Land Mecklenburg-Vorpommern könnten die Chancen steigen, dass der Bund noch vor 2030 den Bau in Angriff nimmt. Für ein Umdenken eröffnet ein Bauprojekt im östlichen Teil der seit 1945 ge-

teilten Insel sorgen. Gefördert mit EU-Mitteln, ist in Swinemünde 2018 mit dem Bau des Swine-Tunnels begonnen worden. Nach Angaben der polnischen Seite könnte bereits ab September 2022 der Autoverkehr hindurch rollen. Im westlichen Teil Usedom ist der Tunnelbau umstritten, weil eine deutliche Zunahme des Verkehrs auf der Insel befürchtet wird. Auch für Besucher aus dem Raum Berlin-Brandenburg könnte der Weg durch den Swine-Tunnel und Swinemünde künftig der schnellste Weg nach Usedom sein.

Bis 1945 war die südliche Bahn-anbindung Usedom über die Karniner Hubbrücke die kürzeste Anbindung an Berlin. Mit der Wiederherstellung der Bahnverbindung könnte die Fahrtzeit von Berlin über vier Stunden wieder auf weniger als zwei sinken. Wegen der Beliebtheit und der guten Erreichbarkeit wurde Usedom bereits zur Kaiserzeit als „Bade-wanne Berlins“ bezeichnet. N.H.

## Bund beteiligt sich stärker

Potsdamer Garnisonkirche: Der Turm soll 2022 fertig sein

Der Bund wird für den Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche möglicherweise Zusatzmittel bereitstellen. Wie aus einer Antwort der Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) auf eine Anfrage des Brandenburg Linkspartei-Bundestagsabgeordneten Norbert Müller hervorgeht, sieht ein Haushaltsentwurf für 2020 eine Ermächtigung zur Bewilligung von bis zu sechs Millionen Euro für das Projekt vor. Laut Ministerin ist es das Ziel, „die volle Nutzungsmöglichkeit als Ort der Friedens- und Versöhnungsarbeit“ sicherzustellen.

Aus der Antwort geht auch hervor, dass von den bisher bereitgestellten Bundesmitteln erst etwa 4,3 Millionen Euro abgerufen wurden. Bislang hatte der Bund zwölf Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung gestellt. Laut neuem Plan würde sich der Anteil des Bundes auf bis zu 18 Millionen Euro erhöhen. Damit würde

der Bund fast die Hälfte der gesamten Kosten des Projekts übernehmen.

Grütters erklärte, der Bund rechne damit, „dass die Stiftung Garnisonkirche Potsdam Baukostensteigerungen geltend machen wird“. Gründe seien steigende

## Engpässe in der Baubranche treiben die Preise hoch

Baupreise, die Verlängerung der Bauzeit und auch andere Risiken.

Peter Leinemann vom Vorstand der Garnisonkirchenstiftung hat Berichte bestätigt, wonach die Gesamtkosten nun voraussichtlich bei 40 Millionen Euro liegen. Zuletzt war ein Betrag von 38 Millionen genannt worden.

Als Gründe nennt die Stiftung die bundesweit positive Wirtschaftslage, die zu Engpässen in

der Baubranche und zu gestiegenen Baukosten geführt hat. „Das sind Baupreissteigerungen drin, die auch an uns nicht vorbeigehen“, so Leinemann.

Die Bauarbeiten für den Turm der Kirche haben im Herbst 2017 begonnen. Bereits zu Anfang hatte es Schwierigkeiten beim Bohren der Grundpfeiler für den knapp 90 Meter hohen Turm gegeben. Dies verursachte nicht nur zusätzliche Kosten, sondern verzögerte auch den Bauablauf. Erst im Oktober 2018 wurde schließlich die Grundplatte für den mächtigen Kirchturm gegossen. Wie beim Originalbau wird der Kirchturm mit rund 2,5 Millionen Ziegelsteinen in die Höhe gemauert. Die Stiftung rechnet derzeit damit, dass der Turm Mitte des Jahres 2022 fertig sein wird.

Vor Kurzem hatte die Stiftung gemeldet, dass ein anonymer Großspender das Wiederaufbauprojekt mit einer halben Million Euro bedacht hat. N.H.

## MELDUNGEN

## EuGH lockert Sanktionen

Luxemburg – Weil keine unabhängigen Beweise vorlagen, hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, die finanziellen EU-Sanktionen gegen den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und dessen Sohn Alexander aufzuheben, die nach dem Sturz des Präsidenten nach der Majdan-Revolution in Kiew gegen ihn verhängt wurden. Janukowitsch wurden Veruntreuung und Unterschlagung staatlicher ukrainischer Gelder sowie Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Weil die Sanktionen seit 2014 immer wieder verlängert wurden, bleibt Janukowitsch weiterhin auf der Sanktionsliste. *MRK*

## Von Metropole zu Metropole

Moskau – Die russische Regierung hat entschieden, ihr neues nationales Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz zunächst nur zwischen Moskau und Sankt-Petersburg zu errichten. Ursprünglich war ein Bau von Moskau nach Kasan und von dort der Anschluss an ein künftiges paneurasisches Schnellbahnnetz nach Urumtschi geplant, das die chinesische Großstadt mit Berlin verbinden sollte und nun wohl noch eine Weile auf sich warten lässt. Offensichtlich wird die neue Route weitaus schneller Gewinne abwerfen als eine längere und kompliziertere Strecke in den sich erst entwickelnden Osten. Die bis zu 350 Kilometer pro Stunde schnellen Züge sollen die Fahrzeit zwischen den beiden Metropolen von bisher dreieinhalb auf zwei Stunden verkürzen und die Zahlen von bisher über zehn Millionen Passagieren jährlich verdreifachen. Die Kosten für den Bau, an dem ein deutsches Konsortium rund um Siemens, Deutsche Bahn und Deutsche Bank maßgeblich beteiligt ist, werden auf 15 Milliarden Euro geschätzt. *T.W.W.*

Obwohl noch nicht alle Direktmandate der ukrainischen Parlamentswahl vom vergangenen Wochenende ausgezählt waren, stand fest, dass Wladimir Selenski mit seiner Partei „Diener des Volkes“ auch diese Wahl für sich entscheiden konnte. Den ukrainischen Präsidenten erwarten schwierige Aufgaben.

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 21. Juli erzielte die Partei „Diener des Volkes“ des neugewählten Präsidenten Wladimir Selenski, die bislang noch nicht im Parlament vertreten war, einen fulminanten Sieg. Sie wurde mit 44 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Auf Anhieb schaffte es auch Polit-Neuling Wsjatoslaw Wakartschuk mit seiner Partei „Stimme“ mit 6,5 Prozent in die Oberste Rada, das ukrainische Parlament. Ein ehemaliger Komiker und ein Rocksänger machen den alten Hasen in Kiew den Garau.

Neben dem guten Abschneiden der Jungen sorgte auch die zweitplatzierte Partei für Überraschung. Die „Oppositionsplattform – Für das Leben“ des russlandfreundlichen Politikers Jurij Bojko erreichte 12,84 Prozent der Stimmen. Dahinter erst folgten mit 8,9 Prozent die neue Partei von Ex-Präsident Petro Poroschenko „Europäische Solidarität“ und Julia Timoschenkos „Vaterlandspartei“ mit 7,6 Prozent. Die niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent spielte dem 41-jährigen Präsidenten in die Hände. Wobei erstaunlicherweise weniger Wahlberechtigte im pro-europäischen Westen zur Urne schritten als im russlandfreundlichen Südosten des Landes.

Die Programme der Parteien klingen ähnlich nichtssagend. Es schien, als orientierten sie sich an soziologischen Umfragen, denen zufolge 62 Prozent der Befragten den militärischen Konflikt im Osten des Landes als wichtigstes Problem sahen, gefolgt von niedrigen Löhnen, Preiserhöhungen für Lebensmittel und die hohe Inflationsrate. Erst danach nannten sie



Freude am Wahlabend: Selenskijs Partei liegt mit weitem Abstand vorn

Bild: pa

Korruption und die Sorge um den Arbeitsplatz.

Mit dem Einzug in die Rada steht Selenski nun, außer seiner politischen Unerfahrenheit, nichts mehr im Wege, um eine eigene Machtbasis zu schaffen. Die bisherigen Abgeordneten hatten die Umsetzung seiner geplanten Reformen bislang behindert. Und noch zeichnet sich nicht ab, wie Selenski seine Pläne umsetzen will, wie zum Beispiel den, seine politischen Gegner kaltzustellen, indem ihnen per Gesetz verboten werden soll, innerhalb der nächsten zehn Jahre ein Staatsamt auszuüben. Schließlich hat das Volk sowohl Oppositionelle wie auch die neue Partei Poroschenkos gewählt.

Für den Fall, dass nach Auszählung aller Stimmen seine Partei doch nicht die absolute Mehrheit erlangen sollte, hatte Selenski schon einen Monat vor der Wahl Gespräche mit Wakartschuk geführt. Der Rockstar verfolgt jedoch eine härtere Gangart gegenüber den Oligarchen und Russland als Selenski, dem unterstellt wird,

Präsident von Gnaden des ihn protegierenden Oligarchen Igor Kolomojski zu sein.

Der noch unerfahrene Präsident dürfte es auch schwer haben mit der russlandfreundlichen Oppositionspartei, als deren Kopf der Oligarch und Medienmogul Viktor Medwedtschuk gilt. Der 64-Jährige

## Der junge Präsident hat etablierte Politiker zum Feind

wurde Ende der 90er Jahre mit Öl- und Gasgeschäften reich, er war Leiter der Präsidentsverwaltung unter Leonid Kutschma. Viele ältere Wähler sehen ihn als Garant dafür, die schlechten Beziehungen zu Russland zu verbessern und den Krieg zu beenden. Dabei dürfte ihm seine Freundschaft mit Wladimir Putin nützlich sein. Putin ist der Pate seiner jüngsten Tochter. Bojkos Oppositionsplattform verspricht ein Ende der wirtschaftlichen Blockade des Donbass und

die Gewährung eines autonomen Status für die Region. Sie will den Kurs der Ukraine in die NATO stoppen, Sanktionen gegen Russland beenden und den Handel wieder aufnehmen. Auch das als diskriminierend empfundene Sprachgesetz will sie ändern.

Selenskijs Vorgänger Poroschenko hält am Westkurs der Ukraine fest. Er wird jeden Schritt seines Kontrahenten mit Argusaugen überwachen und jeden Fehler des Polit-Neulings für sich nutzen.

Selenski wird unter äußerst schwierigen Bedingungen liefern müssen. Auch er versprach, den Krieg zu beenden, und die Republiken Donezk und Lugansk zurückzugewinnen, hat aber offenbar noch keinen Plan, wie er das anstellen will. Zunächst wird sich der Präsident mit der Zusammensetzung seines Kabinetts beschäftigen müssen. Zwar hat er sein Versprechen gehalten, politisch Unbelastete ins Parlament zu holen – unter den 192 Kandidaten waren neben Geschäftsleuten, IT-Fachkräfte, Sportler, TV-Journalisten, persönlichen Freunde und ehemalige politi-

sche Berater. Wegen letzterer steht Selenski in der Kritik. Parlamentschef soll sein Berater Dmitrij Rasumow werden, der seinen Wahlkampf organisiert hatte. Der 36-Jährige war von 2006 bis 2010 Mitglied in der „Partei der Regionen“ des damaligen Staatschefs Viktor Janukowitsch. Gemäß seinen eigenen Vorgaben dürfte der aber gar nicht ins Parlament einziehen.

Erstes erfolgreiches Handeln des neuen Präsidenten deutete sich schon vor der Wahl an: Selenski hat es geschafft, den ihm gegenüber reservierten Putin ans Telefon zu bekommen und ihm Zugeständnisse bezüglich eines Gefangenenaustauschs und einer Wiederaufnahme der Minsker Gespräche abzurufen, wobei Putin in der Frage der Separatisten-Republiken hart bleibt. Russland fordert die Dialogbereitschaft Kiews mit den Rebellen sowie eine Autonomie der Regionen wie im Minsker Abkommen vorgesehen.

Selenski wird innen- als auch außenpolitisch unter Druck geraten. Innenpolitisch wird er sich mit fragwürdigen Entscheidungen seines Vorgängers bezüglich des Sprachgesetzes auseinandersetzen müssen. Ebenso dürfte die Verfolgung alles Russischen der Demokratieentwicklung im Wege stehen. Zumal in einem Land, in dem ein Großteil der Bevölkerung russischsprachig ist und eine russlandfreundliche Partei eine starke Opposition bildet. Außenpolitisch läuft Selenski Gefahr, als Bauernopfer der geopolitischen Interessen des Westens und Russlands aufgerieben zu werden. Sperrt sich die Ukraine gegen die Erfüllung der Minsker Vereinbarung, könnte die EU bald das Interesse an ihr verlieren und den Geldhahn zudrehen.

Die Rückkehr Russlands in den Europarat und der diesjährige Petersburger Dialog deuten eine Trendwende an. Viele EU-Länder haben es satt, unter den Russlandsanktionen leiden zu müssen. Sie fordern bessere Beziehungen mit Russland.

*Manuela Rosenthal-Kappi*

## Von Frieden zu Wohlstand

USA legen Plan für Wirtschaftshilfe für Palästinenser vor

Jared Kushner, ein Schwiegersohn von Donald Trump, stellt in Bahrain seinen auf Wirtschaftskompetenz basierenden innovativen Nahostfriedensplan vor. Politische Fragen klammert er bewusst aus, doch die palästinensische Führung boykottiert ihn trotzdem.

70 Jahre hieß die Zauberformel im Nahostkonflikt „Land gegen Frieden“. Doch überall dort, wo diese Formel bislang in kleinen Stücken praktiziert wurde, etwa in Gaza, wurde nach dem Rückzug der Israelis der Konflikt nur noch stärker. Deshalb kamen zunächst die Israelis und später auch einige einsichtige arabische Konfliktparteien überein, dass Land, sprich die „Zweistaatenlösung“, allein nicht mehr die Geheimformel für die Lösung des Nahost-Konfliktes sein kann. Es hatte sich nämlich in mehr als 70 Jahren auch gezeigt, dass man die Lösung des Konfliktes nicht mehr den Politikern allein überlassen kann, weil diese mit ihrem Latein schon längst am Ende waren. Deshalb wirkte der neue Friedensansatz, den Friedensprozess in die Hände von politisch unbelasteten Wirtschaftsbossen zu legen, zunächst einmal sehr innovativ und wie eine frische Brise in einer jahrzehntlang muffigen Atmosphäre. Immerhin bestanden Wirtschaftsbeziehun-

gen zwischen Israel und seinen palästinensischen Nachbarn zu allen Zeiten, trotz vieler Kriege, fort.

Beide, Israelis wie Palästinenser, gehören heute dank ihrer hervorragenden Bildung in manchen Wirtschaftsbereichen, vor allem im Bereich der Innovation, zu den führenden Gruppen weltweit. Auf beiden Seiten dominieren im Geschäft die jungen, zukunftsorientierten Generationen, die sich über gemeinsame Marktchancen schon lange verständigt haben. In der Politik dominieren dagegen auf beiden Seiten die älteren Generationen, die schon lange nicht mehr über ihren Schatten springen können, eine Fähigkeit, die jedoch für Friedensprozesse oft ausschlaggebend ist. Personen wie Sadat oder Begin, die dies noch konnten, sucht man heute auch in Nahost vergebens.

Mit Investitionen von 50 Milliarden Dollar wollen US-Präsident Donald Trump und sein Schwiegersohn Kushner den Frieden in Nahost voranbringen. Sie nennen es den „Deal des Jahrhunderts“. Kushner präsentierte erstmals die wirtschaftlichen Bestandteile des Plans auf einer internationalen Konferenz in Bahrain. „Von Frieden zu Wohlstand“ ist das Motto. Obwohl es der innovativste „Workshop“ war, den der Nahe Osten in Jahrzehnten gesehen hat-

te, boykottierte die palästinensische Führung die Konferenz komplett. Israel war lediglich mit einer kleinen, inoffiziellen Delegation präsent. Der politische Teil von Kushners Friedensplan ist noch nicht bekannt. Der ökonomische Teil stellt den Palästinensern 50 Milliarden Dollar an Investitionen in Aussicht. 28 Milliarden sind für die Westbank und den Gazastreifen gedacht. 22 Milliarden sollen in die Nachbarstaaten Libanon, Jordanien und Ägypten fließen, weil diese 1948 und 1967 viele palästinensische Flüchtlinge aufnahmen, ohne diese jedoch zu integrieren, und weil es die einzigen Staaten waren, die Friedensverhandlungen mit Israel begannen, auch wenn sie im Falle des Libanon nicht zum Erfolg führten.

Zu dem Friedensdeal gehört auch die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze für Palästinenser in den kommenden zehn Jahren, das chronische Problem etwa im Gazastreifen, wo die Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent liegt. Dadurch soll sich das Brutto sozialprodukt verdoppeln, die Armutsquote halbieren. Mit dem Frieden käme auch die Lösung der grassierenden sozialen Probleme, für die Palästinenser vor lauter Gewaltfixiertheit bislang keine Zeit hatten. *Bodo Bost*

## Hunger breitet sich aus

UN-Bericht wartet mit alarmierenden Zahlen auf

Was vielen Menschen im westlichen Europa kaum vorstellbar erscheint, ist Realität geworden. Weltweit hungern immer mehr Menschen. Das kann fatale Auswirkungen haben.

In der vergangenen Woche haben die Vereinten Nationen den neuesten Bericht über den Stand der weltweiten Ernährungssituation veröffentlicht, der von internationalen Organisationen wie UNICEF, WHO, FAO und WFP erstellt wurde. Er zeigt, dass in der Bekämpfung der Hungersnot weltweit keine großen Fortschritte gemacht wurden. Rund 820 Millionen Menschen weltweit – also jeder neunte Mensch – hatten 2018 nicht genug zu essen. 2017 waren es schätzungsweise 811 Millionen Menschen. Damit ist die Zahl der Hungernden laut dem Report „Die Situation der Nahrungssicherheit und Ernährung in der Welt“ das dritte Jahr in Folge angestiegen.

Bei dem Ziel, die Zahl chronisch mangelernährter Kinder zu halbieren und die Zahl der Kinder mit geringem Geburtsgewicht zu reduzieren, seien die Fortschritte zu langsam, erklären die Autoren. Dadurch rücke auch die Umsetzung dieser globalen „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ zu Ernährung in weite Ferne. Gleichzeitig nehmen Übergewicht

und Fettleibigkeit in allen Regionen der Welt weiter zu, vor allem unter Kindern im Schulalter, aber auch bei Erwachsenen. Dies, so betonen es die Autoren, sei kein Gegensatz. Oft seien es Angehörige der armen Schichten, die zu Übergewicht neigten. In den wohlhabenden, aber auch in den armen Ländern habe dieser Trend mit dem Zugang zu billigem Schnellimbiss in den Städten und generell zu fettigen und süßen Nahrungsmitteln zu tun.

Für Frauen ist die Wahrscheinlichkeit, von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen zu sein, auf allen Kontinenten höher als für Männer. Auch acht Prozent der Gesamtbevölkerung in Nordamerika und Europa sind von Ernährungsunsicherheit betroffen.

Für 96 Millionen Menschen „müssen wir Lebensmittel oder den Zugang zu Lebensmitteln bereitstellen, damit die Menschen nicht sterben“, sagte Cindy Holleman, eine der Hauptautoren des UN-Berichts. Unter den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ist der Kampf gegen den Hunger das komplizierteste Thema. Die Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern wachse weiter, ohne dass deren Ernährung sichergestellt sei.

Zudem kämen wirtschaftliche Interessenskonflikte hinzu. „Indu-

striestaaten greifen für ihren Konsum häufig auch auf Flächen in armen Ländern zurück, etwa für die Produktion von Viehfutter. Das macht Böden und Nahrung noch knapper“, erklärt UNICEF. Die Regierungen seien auf diese Verkäufe angewiesen, hätten dann aber keine Möglichkeit, die eigene Bevölkerung zu ernähren.

Am schlimmsten sei die Situation in Afrika, wo die Rate der hungernden Menschen in allen Regionen langsam aber stetig zunehme. In Ostafrika ist demnach fast ein Drittel der Bevölkerung unterernährt. Zu den Ursachen gehören laut Aussage der Autoren Klimaextreme, militärische Konflikte sowie die schleppende wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.

In Afrika und Asien zusammengekommen leben demnach über 90 Prozent der Kinder weltweit, die aufgrund von Mangelernährung unterentwickelt oder gar ausgezehrt sind. In Afrika sind die von Hunger betroffenen Länder oft Staaten, die unter politischen Krisen und Bürgerkriegen leiden, wie Zentralafrika, Burundi, Kamerun, der Sudan und der Südsudan. Aber es gibt auch positive Beispiele. So konnte Äthiopien den Anteil der Hungernden in den letzten zwölf Jahren so gut wie halbieren. *P.E.*

# Guter Start, dann schwache Leistung

## Chinas Außenhandel und Industrieproduktion schwächeln

Der Handelskrieg mit den USA hinterlässt seine Spuren. Nach einem guten Start in das Jahr 2019 geht es für die chinesische Wirtschaft nun bergab. Vor allem Außenhandel und Industrieproduktion haben Probleme.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt wächst so langsam wie seit fast drei Jahrzehnten nicht mehr. „Zusammengenommen hatten wir im ersten Halbjahr ein Wachstum von 6,3 Prozent“, erklärte Mao Shengyong, Sprecher des chinesischen Statistikamtes. „Für das Gesamtjahr streben wir 6,0 bis 6,5 Prozent an. Das erste Halbjahr bildet also eine gute Grundlage für unser Jahres-Wachstumsziel. Im zweiten Halbjahr werden es externen Faktoren allerdings recht kompliziert machen.“ Mit den externen Faktoren meinen die Chinesen vor allem den Handelsstreit mit den USA. Und in Washington rieb man sich umgehend die Hände ob der Negativmeldungen aus dem Reich der Mitte. Zeige sich China nicht bald gefügig, werde „noch mehr“ kommen, twitterte US-Präsident Donald Trump. Er hat kein Interesse daran, den Handelskrieg zu verhindern, er will ihn weiter eskalieren lassen. „Chinas Wirtschaft steckt in einer Abwärtsspirale“, bestätigte Wirtschaftsprofessor Huang Weiping von der Volksuniversität der Nachrichtenagentur dpa.

Der Wettlauf um immer höhere Zölle scheint das exportabhängige China stärker zu treffen, als es die Regierung in Peking bislang wahrhaben wollte. Sie hat in den vergangenen Monaten verschiedene Maßnahmen ergriffen, um eine Trendwende einzuleiten. So hatte die kommunistische Führung zuletzt Steuersenkungen in Höhe von umgerechnet rund 258 Milliarden Euro durchgesetzt. Auch müssen Banken weniger Geld als Sicherheit bei der Zentralbank hinterlegen. Experten halten dies jedoch für Augenwischerei.

Die staatlichen chinesischen Statistiken seien wenig aussagekräftig,



Waffenstillstand, aber kein Frieden: US-Präsident Donald Trump und Chinas Präsident Xi Jinping

Bild: pa

weil sie künstlich nach oben frisiert seien, glaubt etwa Michael Pettis, Finanzprofessor an der Peking-Universität. So lange es sich Chinas Führung weiter leisten könne, neue Schulden zu machen, so lange könne sie jedes beliebige Wachstumsziel erreichen: „Sobald die Schuldenmacherei endet, wird die Wachstumsrate zurückfallen, meiner Ansicht nach auf unter drei Prozent“, erklärte er gegenüber der ARD. Chinas bisheriges Wachstum sei demnach „auf Pump“ finanziert worden. Seit 2008 treibe China sein Wachstum mit Schulden an, sagt Pettis. Die Folge: Die Haushalts- und Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei fast 300 Prozent des BIP und wächst damit schneller als die Wirtschaftsleistung. Damit steigt das Risiko einer chinesischen Kredit- und Bankenkrise. Seit 2012 hat sich der Anteil der sogenannten faulen Kredite in den Bilanzen der chinesischen Banken fast verdop-

pelt, sagen selbst die offiziellen chinesischen Statistiken.

Der Handelskrieg mit den USA tut sein Übriges. „Es wird in der zweiten Jahreshälfte noch schlechter“, glaubt der unabhängige chinesische Wirtschaftsexperte Wang Fuzhong. „Es gibt wenige Chancen, dass dieses Jahr eine Einigung im Handelskrieg erreicht wird, da die Stimmen der Vernunft recht schwach sind.“ So werde die Auseinandersetzung zunehmend als politische Rivalität der alten, angeschlagenen Supermacht USA gegenüber der aufstrebenden Macht China betrachtet. „Und das macht es für die Wirtschaft echt schwierig.“ So ist der Außenhandel seit Jahresanfang um zwei Prozent und im vergangenen Monat sogar um vier Prozent eingebrochen. Auch die Industrieproduktion hat sich zwei Monate in Folge schlecht entwickelt. Als weiteres Zeichen für die Konjunkturschwäche stagnieren die Erzeugerpreise.

Eine Einigung mit den Vereinigten Staaten, die das Klima beruhigen könnte, ist unterdessen nicht in Sicht. Zwar haben Trump und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping vor wenigen Wochen am Rande des G20-Gipfels im japanischen Osaka einen „Waffenstillstand“ und neue Handelsgespräche vereinbart, doch bisher haben es beide Seiten nicht einmal geschafft, einen Termin zu vereinbaren.

Begonnen hatte der Konflikt damit, dass sich die US-Regierung zunehmend verärgert darüber gezeigt hatte, dass China weit mehr in die USA exportiert als umgekehrt. „Wir haben es mit Marktschranken, dem Diebstahl geistigen Eigentums, zwangsweisem Technologietransfer und Subventionen, die den Markt verzerren, zu tun“, hatte Trump moniert und die Hälfte der Importe aus China mit 25-prozentigen Sonderzöllen belegt. China reagierte darauf um-

gehend mit Gegenzöllen. Völlig eskaliert zum Handelskrieg ist die Auseinandersetzung im Umgang mit dem Technologiekonzern Huawei. Die USA hatten den führenden Netzwerkausrüster und zweitgrößten Smartphone-Hersteller auf eine schwarze Liste gesetzt – aus Gründen der nationalen Sicherheit. Trump unterstellt den Chinesen, sie könnten die Geräte zur Spionage einsetzen.

Westliche Beobachter glauben, dass es schon lange nicht mehr nur um faire Marktzugänge, ausgeglichene Handelsbilanzen und die Einhaltung von Urheberrechten geht. Vielmehr befürchteten die USA, die Chinesen könnten ihnen den Rang als Weltmacht ablaufen. „Ich fürchte, dass wir erst am Anfang dieser Auseinandersetzung stehen, zumal in den USA bald der Wahlkampf beginnen wird“, sagt der chinesische Wirtschaftsexperte Wang Fuzhong.

Peter Entinger

## MELDUNG

### Sommerfreuden aus China

Wiesbaden – Angesichts des flächendeckend nach Deutschland zurückgekehrten Sommers sind Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) von Interesse: Von den 59,2 Millionen im Jahr 2018 nach Deutschland importierten Sonnenbrillen kamen 50,6 Millionen aus der Volksrepublik China (86 Prozent). Auf Platz 2 lag Italien mit 3,1 Millionen Importen (fünf Prozent), deren Gesamtwert von 127 Millionen Euro allerdings den Gesamtwert der aus China importierten Sonnenbrillen von nur 112 Millionen Euro deutlich überstieg. Auch bei der Lieferung von Badebekleidung ist das Reich der Mitte führend. So wurden im vergangenen Jahr insgesamt 61,0 Millionen Badehosen und Badeanzüge im Wert von 323,6 Millionen Euro nach Deutschland importiert. Auch hier kamen die meisten Artikel aus China mit 34,3 Millionen, gefolgt von Bangladesch mit 5,2 Millionen. Bei einem Sommerklassiker hingegen ist Deutschland nicht auf Importe angewiesen: den Sonnenschutzmitteln. So wurden im vergangenen Jahr Sonnenschutzprodukte im Gesamtwert von 150 Millionen Euro hergestellt. Das waren elf Prozent mehr als 2017, was wohl hauptsächlich auf die langanhaltende heißwetterperiode im vergangenen Sommer zurückzuführen ist. J.H.

### Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:  
1.926.113.979.268 €

Vorwoche: 1.926.148.851.348 €

Verschuldung pro Kopf:  
23.200 €

Vorwoche: 23.201 €

(Dienstag, 23. Juli 2019,  
Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

## Zukunftspakt für Görlitz

### Siemens, Sachsen und Fraunhofer-Institut vereinbaren Kooperation

Siemens-Chef Joe Kaeser, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Fraunhofer-Präsident Reimund Neugebauer haben eine Absichtserklärung für einen „Zukunftspakt Siemens Görlitz“ unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht auf dem Siemens-Werksgelände in Görlitz die Schaffung eines „Start-Up-Accelerator“ für Hochtechnologie-Firmen und eines Innovations-Campus vor.

Angestrebt wird dabei, dass sich an dem Standort in der Oberlausitz weitere Technologie- und Industrieunternehmen sowie Forschungsinstitute ansiedeln. Darüber hinaus will Siemens zusammen mit der Fraunhofer-Gesellschaft in Görlitz ein Labor für die Wasserstoffforschung aufbauen. Siemens-Chef Kaeser bezeichnete die Wasserstofftechnologie als eines der langfristig attraktivsten Zukunftsfelder. Bereits der Siemens-Energie-Forschungschef Armin Schnettler hatte gegenüber dem „Handelsblatt“ die Wasserstoffwirtschaft als das Wachstumsthema in der Welt in den nächsten Jahrzehnten genannt.

Siemens und der Freistaat Sachsen wollen in Görlitz für den Innovations-Campus in den nächsten Jahren je zur Hälfte

rund 30 Millionen Euro investieren. Die Fraunhofer-Gesellschaft wiederum will das Zentrum in Görlitz zu einem Teil des Fraunhofer Instituts für Energiesysteme und Geothermie machen.



Wollen den Wirtschafts- und Forschungsstandort in der Oberlausitz voranbringen: Siemens-Chef Joe Kaeser (li.) und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer

Eines der ersten konkreten Projekte in Görlitz wird der Aufbau des Testzentrums für die Wasserstoffforschung sein. Bereits im Mai hatte Siemens entschieden, auf eine Schließung des Turbinenwerks in Görlitz zu verzichten. Nach den neuen Plänen soll der Standort in der Lau-

sitz sogar der weltweite Hauptsitz für industrielle Dampfturbinen werden.

Mit dem „Zukunftspakt Siemens Görlitz“ besteht für den Freistaat Sachsen die Möglichkeit, seine wissenschaftliche Kompetenz in Bezug auf Wasserstoff weiter auszubauen. In Dresden ist bereits das Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung angesiedelt. Das Institut hat Wasserstofftechnologien als Forschungsschwerpunkt. Auch die Technische Universität Chemnitz beschäftigt sich intensiv mit Brennstoffzellen als Autoantrieb.

An der Nutzung von Wasserstoff als Energieträger wird schon seit langer Zeit geforscht. Trotzdem gibt es bei der großtechnischen Anwendung noch immer Probleme. Zum einen ist die Herstellung von elementarem Wasserstoff äußerst energieintensiv. Auch die Speicherung von Wasserstoff bei mobilen Anwendungen bereitet noch immer Probleme. Aufgrund seiner geringen Molekülgröße diffundiert Wasserstoff relativ leicht durch viele Materialien. Bei unsachgemäßer Handhabung ist auch die Explosionsgefahr hoch.

Norman Hanert

## Von Shanghai bis Hamburg

### Russland gibt grünes Licht für Meridian-Autobahn

Russlands Premierminister Dmitrij Medwedjew hat angekündigt, die Infrastruktur des Landes besser zu entwickeln und zu modernisieren. In diesem Zusammenhang ist die russische Zustimmung zur ersten privat gebauten Autobahn durch Russland zu sehen, die Teil der sogenannten Meridian-Autobahn wird. Diese gehört zum chinesischen Projekt der Neuen Seidenstraße. Nach ihrer Fertigstellung wird sie Shanghai mit Hamburg verbinden.

In Russland soll noch in diesem Jahr mit dem Bau einer gebührenpflichtigen Autobahn begonnen werden, die Weißrussland mit Kasachstan verbindet. Die Baukosten in Höhe von 9,5 Milliarden US-Dollar mussten von privaten Investoren unter der Leitung der „Rossijskaja Holdingowaja Kompanija“ aufgebracht werden, die keine Mittel aus dem russischen Haushalt erhält. Dafür sichert der russische Staat den Investoren jährliche Gewinneinnahmen in Höhe von umgerechnet 500 Millionen Euro zu. Die russische Regierung hat sich kürzlich verpflichtet, auch das Geld chinesischer Investoren zuzulassen.

Im Gebiet des geplanten Streckenverlaufs, der über das Orenburger, das Saratower, das Samarer, Tambowsker, Lipezker, Brjansker

und Smolensker Gebiet führt, wurden über die Holding bereits 80 Prozent des Baulandes erworben. Die 2000 Kilometer lange Meridian-Autobahn soll zur schnellsten Lkw-Strecke zwischen China



Bild: Image/Kyodo News

Wirbt für gemeinsames Belt and Road-Projekt: Xi Jinping

und Europa werden. Die Frachtlieferanten werden sich deutlich verkürzen. Hochrechnungen zufolge werden sich die Kosten für die Autobahn wegen der Mauteinnahmen für Lkw und Pkw und ihrer großen Kapazität nach zwölf Jahren amortisiert haben, da die Meridian-Autobahn Teil des ehrgeizigen

transkontinentalen Infrastrukturprojekts namens „One Belt, One Road“ ist, das seit 2003 die Interessen Chinas unter Staatspräsident Xi Jinping zum Ausbau internationaler Handelswege zwischen der Volksrepublik und über 60 Ländern Afrikas, Asiens und Europas in Anknüpfung an die historische Seidenstraße bündelt.

Russland hofft, mit seiner Unterstützung für das Projekt auf eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung seiner Regionen, auf Wirtschaftswachstum und auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Präsident Wladimir Putin hat in jüngster Zeit mehrfach die Notwendigkeit betont, neue Verkehrswege im Transportkorridor Westeuropa-China zu errichten. Russlands Nachbar Kasachstan baut bereits seit zehn Jahren an seinem Teil der Strecke, der fast fertiggestellt ist.

Mit dem Bau der Autobahn „Meridian“ rückt Russland näher an das Ziel heran, einerseits ein wichtiges Transitland der Neuen Seidenstraße zu werden und andererseits seine Wirtschaft durch eigene Handelsbeziehungen mit der EU trotz schwieriger politischer Beziehungen voranzutreiben. Zudem dürfte die stark frequentierte Transibirische Eisenbahn vom Ferngüterverkehr entlastet werden. MRK

## Fünf vor Zwölf

Von Walter Schmitt-Glaeser

Im vorigen Jahrhundert hat Deutschland viel Leid verursacht und auch erfahren müssen. Hitlers Herrschaft in ihrer schrecklichen Brutalität war kaum zu übertreffen, auch nicht von Stalin oder Mao oder den Kolonialherren in aller Welt. Hitlers Terror aber hatte noch eine teuflische Besonderheit. Die Publizistin Hannah Arendt hat sie uns plausibel vermittelt: Hitler wollte das Volk der Juden vor allem im Wege des Massenmordes von dieser Erde ein für allemal vertreiben. Mit Worten lässt sich dieses unsägliche Unterfangen kaum beschreiben. Aber wir Deutsche sind ohne Wenn und Aber politisch und jeder Einzelne von uns auch moralisch ein für allemal verpflichtet, jegliche Judenfeindlichkeit schon im Kern auf das Schärfste zu bekämpfen, zu brandmarken und auch zu bestrafen.

Dieser unbedingten Verpflichtung werden wir heute aber nicht mehr gerecht. Dazu tragen gewiss auch die offiziellen Judenvertreter bei, die mit aller Vehemenz die Falschen bekämpfen und vor der eigentlichen Gefahr die Augen verschließen. So mag man etwa zur AfD stehen wie man will, jüdenfeindlich jedenfalls ist sie nicht. Wer ihr Parteiprogramm gelesen hat und ihre Beiträge in den Parlamenten verfolgt, wird zu dem Ergebnis kommen, dass er sich gründlich getäuscht hat. Nicht von ungefähr sind auch Juden Mitglieder dieser Partei.

Die wirkliche Gefahr kommt vom Islam, der nun auch nach Ansicht des Bundesinnenministers angeblich zu Deutschland gehören soll. Diese Meinung ist grundfalsch und äußerst gefährlich; nicht nur, weil die eindeutig vom Christentum geprägte Kultur des Abendlandes und damit auch Deutschlands in nahezu jeder

Hinsicht grundverschieden ist von der vom Islam geformten Kultur. Noch gefährlicher ist die unbestrittene Tatsache, dass viele Muslime, aus welchen Gründen auch immer, die Juden hassen. Schon ihre Kinder werden zu diesem Hass erzogen. Im Einzelnen lässt sich das hier nicht darlegen. Hier sei nur auf den Koran verwiesen, etwa auf die Sure 9, Vers 29 f.

Dieser Hass wird aber nicht nur von der Islam-Bibel verordnet, er wird auch, und zwar gerade auch in Deutschland, tatsächlich gelebt. So gibt es in unserem Land schon seit geraumer Zeit Angriffe von Islamgläubigen auf Juden, nicht nur in Form hässlicher Beschimpfungen, sondern auch mit körperlichen Verletzungen. Um sie in ihrem Ausmaß zu erkennen, sind wir freilich auf die zuverlässigen sozialen Medien angewiesen, weil unsere Leitmedien derartige Vorkommnisse möglichst verschweigen. Berichte darüber könnten nur ihr Bemühen stören, möglichst viele Immigranten nach Deutschland zu holen. Übertroffen werden sie in diesem Bemühen nur noch von der Grünen Partei, die auch schon sehr viele Islamgläubige in ihren Reihen hat.

Hier soll nicht über die Gründe und Absichten eines solchen Verhaltens spekuliert werden. Aber wohin dieses Verhalten führt, ist offenkundig: Mit jedem Muslim, der nach Deutschland kommt, wächst die Gefahr einer neuen Judenverfolgung. Und ist der Islam erst einmal eine politische Macht in Deutschland, dann wird eine Judenverfolgung nicht mehr aufzuhalten sein. Und sie wird sich kaum „humaner“ darstellen als die von Hitler. Deswegen müssen wir endlich unsere Grenzen schließen und nicht mehr zögern, möglichst viele Muslim-Immigranten in ihre Länder zurückzuschicken. Es ist fünf vor Zwölf.

## Versteh' es, wer will

Von Volker Wittmann

Man feiert den 50. Jahrestag der ersten Mondlandung und schmäht den Macher. Dabei wäre der „große Sprung für die Menschheit“, von dem Neil Armstrong beim Betreten des Erdtrabanten sprach, ohne Wernher von Braun und seine Ingenieure sicherlich verstoßen worden. Auch die Fortschritte in der Raumforschung gäbe es kaum.

Am 3. Oktober 1942 stieß von Peenemünde an der Ostsee erstmals eine Rakete ins All vor. Bis heute sind alle Raumfahrzeuge unwesentlich abgewandelte Nachbauten des sogenannten „Aggregats 4“. Die „Saturn V“, mit der Apollo 11 zum Mond aufbrach, baute von Braun nach Plänen der A10, einer Großfassung der A4. Auch die große Rakete hatte er noch auf Usedom entworfen.

Statt den Pionier zu loben, krei- det man ihm an, im Dritten Reich

gelebt zu haben. Von Zwangsarbeitern ist die Rede, die beim Bau der V2 ums Leben gekommen seien, der „Vergeltungswaffe 2“, wie die militärische Version der A4 hieß. Demnach hätten ungelernete Kräfte hoch technisches Gerät montiert? Zwangsarbeiter konnten allenfalls bei Errichtung und Unterhalt der Werkstätten helfen. Das aber lag außerhalb der Zuständigkeit des Raketen-Mannes.

Übergangen wird, dass der größte Teil der Opfer durch Luftangriffe der Alliierten den Tod fand. Ferner sollen „tausende“ Zivilisten durch Einschlägen der V2 getötet worden sein. Das sind freihändige Schätzungen. Überprüfbare Statistiken dazu fehlen.

Belegt sind hingegen mehr als 300 000 Tote durch Abwürfe von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Etwa die Hälfte starb bei den Explosionen. Die übrigen

siechten durch radioaktive Verseuchung dahin. Jetzt lagern mehr als 10 000 einsatzfähige Atomsprengköpfe rund um den Globus. Diese Last ist und bleibt eine Gefahr für die Welt.

Die Bombenbauer wussten, was sie taten. Von einem Federführer ihres „Projekts Manhattan“ ist ein vielsagender Ausspruch überliefert. „Lasst mich in Ruhe mit euren Gewissensbissen“, so schalt Enrico Fermi seine Mitarbeiter, „das ist doch schöne Physik.“

Zudem haben Wissenschaftler die Politik zum Bau der Bomben gedrängt und nicht umgekehrt. Albert Einstein und Leó Szilárd forderten den damaligen Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, im August 1939 auf, Kernwaffen entwickeln zu lassen. Fälschlich behaupteten sie, in Deutschland werde schon daran gearbeitet. Die Kollegen Otto Frisch und Rudolf

Peierls leiteten eine Abhandlung über Atombomben an die britische Luftwaffe weiter. Von Vorwürfen deswegen ist nichts zu sehen noch zu hören.

Vielmehr ehrte man Fermi nachträglich mit der Max-Planck-Medaille, dem Rumford-Preis, der Barnard-Medaille, der Franklin Medal sowie der Medal for Merit. Die Universitäten Yale, Harvard, Washington und Rochester verliehen ihm den Ehrendoktor. Ein Asteroid wurde nach ihm benannt, ein Element, ein Elementarteilchen und einige Kraftwerke. Noch immer gilt zweierlei Maß für Sieger und Besiegte.

Eigentlich sollten Fermis Atombomben auf Mannheim und Ludwigshafen fallen. Glückliche Umstände ersparten ihnen dieses Schicksal. Dennoch machen Deutsche das Doppelspiel mit. Das versteh', wer will.



Ohne ihn hätte womöglich nie ein Mensch seinen Fuß auf den Mond gesetzt: Wernher von Braun (mit Fernglas) vor 50 Jahren im Kontrollzentrum in Houston während der Mission von Apollo 11

Bild: Imago

Die Szene des Geschehens: Graz, die Hauptstadt der lieblichen Steiermark. Die Grünen haben im Zentrum, an einer vielbefahrenen Straße, einen Propaganda-Stand errichtet und dafür eine Fahrspur der ohnehin überlasteten Trasse besetzt. Sie drücken damit nicht nur ihre Verachtung gegenüber dem individuellen Automobilverkehr aus, sondern auch den Anspruch, dass sich dieser, so wie die Gesellschaft im Ganzen, nach ihrer, der Grünen, Lebensauffassung zu richten habe.

Weiter, lauter und hartnäckiger ist zur selben Zeit ein anderer Vorfall in die Öffentlichkeit gedrungen, nämlich die Affäre um die „Sea-Watch 3“. Die Schiffsführerin hatte zwischen Libyen und Italien ein paar Dutzend Personen aufgelesen und diese ganz nach dem Regelwerk des internationalen Schleppertums, aber entgegen der Anweisung der italienischen Behörden, rechtswidrig und unter Anwendung von Gewalt gegen ein Patrouillenboot in den Hafen von Lampedusa gebracht.

Was hat nun die Grazer Innenstadt mit dem Hafen von Lampedusa gemein? Zunächst einmal natürlich gar nichts. Doch beim zweiten Hinsehen kommen die verbindenden Konturen zum Vorschein. In beiden Fällen handelt es sich um ein rechtswidriges Verhalten, wenn auch von höchst unterschiedlicher Gravität, das jeweils, so die Sicht der handelnden Personen, im Namen einer überlegenen Moral begründet und gerechtfertigt wird.

Erscheinungen dieser Art gibt es nicht nur im Mittelmeer und in der Steiermark. Längst im Stand heiligmäßiger Erhöhung befand sich das organisierte freitägliche Schulschwänzen im Namen der Weltrettung, dem allerdings der Eintritt der großen Ferien etwas an Schwung genommen hat. Mit den Eltern eine Flugreise zu unter-

## Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

nehmen oder wenigstens eine ausgedehnte Autotour, ist denn doch reizvoller, als mit Wenigen vor einer Schule zu hocken, die ohnehin geschlossen hat.

Rechtsbrüche in Namen einer höheren Idee sind nicht neu. Ihren ersten großen

Ausdruck fanden sie bereits in den 70er Jahren, als es in der linksextremen Szene Brauch wurde, Häuser, die anderen Leuten gehörten, zu besetzen. Inzwischen sind derartige Ereignisse, seit sie zur bleibenden Erscheinung geworden sind, nicht mehr presswürdig. Auch hat ein Großteil der Medien kein Bedürfnis, linke Straftaten anzuprangern. Begleitet wurden damals die Raubzüge mit dem Schlachtruf „Legal, illegal, scheißegal“. Das bedeutete die Missachtung des geltenden Rechts, ebenso wie in Graz und vor Lampedusa, und den Anspruch, dieses habe sich den eigenen Vorstellungen von der Gestaltung der Gesellschaft anzugleichen.

Mitte Juli dieses Jahres besetzten in Paris rund 800 illegale Zuwanderer aus Afrika das Pantheon, die französische Ruhmeshalle, und stellten dort umfassende Forderungen, so nach Unterkunft wie Versorgung und zunächst nach einem Gespräch mit dem Premierminister. Kämpfe mit der Polizei gehörten zum Ablauf. Ereignisse dieser Art geschehen unter dem vielverbreiteten Rubrum „Kein Mensch ist illegal“.

## Fanatische Eiferer übernehmen das Recht

Von FLORIAN STUMFALL

Mit diesem Schlagwort ist die Absicht ausgedrückt, einen wesentlichen Teil staatlicher Souveränität zu suspendieren, nämlich das Recht, über den Aufenthalt von Menschen fremder Staatsbürgerschaft im eigenen Land zu entscheiden.

Angesichts ihrer sich mehr und mehr entwickelnden Bereitschaft, im breiten Strom der politischen Korrektheit mitzuschwimmen, kann es nicht verwundern, dass sich auch die christlichen Kirchen bereitenfinden, das Recht dort zu suchen, wo sie eine Mehrheit vermuten, nicht dort, wo es gesetzt worden ist. Das Stichwort heißt „Kirchenasyl“. Dies ist eine gefühluselige Schimäre, die keinerlei rechtliche noch historische Grundlage hat. Es ist, genauso wie im Falle Graz oder „Sea-Watch“, eine Anmaßung aus Selbstüberhebung, nämlich dem Anspruch, das Recht selbst besser zu kennen und zu vertreten, als dies der Staat tut, er, der doch von allen Grundlagen her dafür die zuständige Instanz darstellt.

Was den Katholizismus angeht, so zeigt sich Papst Franziskus als Vorreiter dieser Entwicklung. Im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung vor allem aus Afrika nach Europa verlangt er für jeden (!) Menschen „die Wärme eines Hauses und eine Heimat“, die er offenbar nicht in der ursprünglichen der Immigranten, sondern in Europa sieht, das den Zuwanderern des Weiteren schuldig sei ein „einfühlsames und großzügiges Herz gegenüber den Armen und Bedrängten“. Eine derartige Richtlinie würde natürlich dazu führen,

dass der Zuzug nach Europa erst dann endet, wenn hier keine günstigeren Verhältnisse mehr herrschten als jene, vor denen die Immigranten davonlaufen, und diese also ihre eigenen misslichen Lebensumstände nach Europa importiert hätten. Dann hätte Papst Franziskus zu tun, den einheimischen Armen und Bedrängten zu erklären, wieso sie nun hinter eine Riesensmenge zugewanderter Konkurrenz noch ärmer und bedrängter haben werden müssen, als sie vordem waren.

Doch das ist nur die eine Seite. Die andere ist, dass der kirchliche Druck auf die staatliche Zuwanderungspolitik dort, wo der fortschrittliche Klerus nicht ohnehin offene Türen einrennt, die Trennung von Kirche und Staat missachtet, eine kulturelle Errungenschaft, die Europa unter anderem von den Herkunftsländern der Immigranten unterscheidet.

Es geht im Grunde um nicht mehr und nicht weniger als die Frage der Zuständigkeit. Die Rechtsetzung des Staates beruht auf Grundlagen, über die ein breites Übereinkommen entschieden hat, der Gewaltenteilung und den verschiedenen Aufgaben von Exekutive und Legislative, beide kontrolliert durch die richterliche Gewalt.

Die Normsetzung des Gutmenschentums dagegen kann sich auf keinerlei Legitimation berufen, ihr Recht wird aufgefasst

als Ausdruck der privaten Meinung einer Person oder von Personengruppen, die aber den Anspruch auf allgemeine Verbindlichkeit erhebt. Hier sind auch – im Gegensatz zum demokratischen Rechtsstaat – kein Platz und keine Aufgabe für eine abweichende Meinung vorgesehen.

Je höher und hehrer das Ziel ausgegeben wird, das eine Gruppe verfolgt, bis hin zur Rettung des Planeten, umso rigorosere Mittel werden damit gerechtfertigt. Es ist, wie es in der Französischen Revolution war: Je

extremer ein Fanatiker, für umso edler gilt seine Sache. Dies ist ein System der Diktatur einer Minderheit. Erscheinungen wie die Generalprobe des Bürgerkrieges beim G 20-Gipfel in Hamburg oder aber die jährlichen Mai-Festspiele in Berlin stehen am Anfang des Weges zur Unregierbarkeit. Diese Entwicklung wird flankiert von zwei verwandten Erscheinungen. Da ist zum einen das Regiment der Parallelschichten, angeführt von hochkriminellen islamischen Clans, für welche deutsche Gesetze belanglos sind und die sich der deutschen Strafverfolgung bereits weitgehend entzogen haben. Auf der anderen Seite tut die Politik selbst dem Recht schweren Schaden an. Kanzlerin Merkel hat sich mit verschiedenen Entscheidungen bedenkenlos über das Gesetz erhoben: bei der Energiepolitik, bei der Zuwanderung, bei der faktischen Liquidierung des Grundgesetzartikels 6,

der die Familie schützen sollte, und sie tut es im Verein mit ihren Amtskollegen auf europäischer Ebene durch den ständigen Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien oder aber die Duldung der Staatsfinanzierung durch die EZB.

Auf diese Weise selbst moralisch geschwächt, finden allzu viele zuständige staatliche Stellen keine Kraft mehr, der Übernahme des Rechts durch fanatische Eiferer etwas entgegenzusetzen.

# Literarisch erfolgreicher Bruchpilot

Vor 75 Jahren stürzte der Autor des »Kleinen Prinzen« ab – Wurde Antoine de Saint-Exupéry von einem Deutschen abgeschossen?

Mit seiner märchenhaften Erzählung „Der kleine Prinz“ wurde er ein weltberühmter Schriftsteller, mit seinem tödlichen Absturz als Pilot vor 75 Jahren zum Mythos: Antoine de Saint-Exupéry.

Der Franzose war jedoch viel mehr als der Autor von solchen unsterblichen Sätzen wie „Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist unsichtbar für die Augen“. Als Schriftsteller hat er neben dem märchenhaft-philosophischen „Kleinen Prinzen“ noch viele andere Titel verfasst – sofern ihm als Piloten der Luftstreitkräfte dafür Zeit blieb.

Der am 29. Juni 1900 in Lyon geborene Sohn eines Grafen wuchs behütet auf den Gütern seiner Familie in Südfrankreich auf und flog mit zwölf Jahren zum ersten Mal in einem Flugzeug. Der Pilot und Konstrukteur Gabriel Salvez-Wroblewski glaubte seiner Lüge, er habe die Erlaubnis der Mutter dazu. Die Fliegerei schien ihn schon als Kind fasziniert zu haben, doch der junge Antoine hegte den Wunsch, Marineoffizier zu werden, aber ohne Erfolg. Auch sein begonnenes Architekturstudium schloss er nicht ab.

Zwischen 1921 und 1923 wurde er während seines Wehrdienstes zum Flugzeugmechaniker ausgebildet, die Ausbildung zum Piloten erfolgte jedoch nicht über das Militär, sondern über private Flugstunden – ihm fehlten die geforderten Vorbereitungskurse. Schon als junger Mann ging er immer eigene Wege, und zwar nicht immer die geradesten.

Die Laufbahn als Berufspilot beim Militär verhinderte seine zukünftige Schwiegermutter, die

diese Beschäftigung als viel zu riskant einstufte. Zu der Hochzeit kam es nicht, so flog „Saint-Ex“, wie man ihn in der Flugstaffel nannte, nur zum Privatvergnügen.

1923 nutzte er sein Können als Pilot zum ersten Mal als Verdienstmöglichkeit, indem er kurze Rundflüge über Paris anbot. Während dieser Zeit knüpfte er die ersten Kontakte zu Pariser Li-

Kollegen aus der Wüste retten und erhielt dafür den Chevalier de Légion d'Honneur, den höchsten Orden Frankreichs für Zivilisten, und schrieb seinen Roman „Courier Sud“ (Südkurier), eine Geschichte über einen Piloten, der bei einem Postflug nach Dakar ums Leben kommt.

Saint-Exupérys Weg führte schließlich zu einer Fortbildung

wo er Wasserflugzeuge testete – und beinahe ums Leben kam. Der Glückspilz überlebte auch einen Absturz 1935 in der ägyptischen Wüste und wurde nach einem Fünftagesmarsch durch die Wüste zusammen mit seinem Mechaniker ohne genügend Trinkwasser von einer Karawane gerettet.

Das war nicht sein letzter Absturz. In Guatemala erlitt er bei

Aufklärungsgeschwader. Dabei blieb Saint-Exupéry als Autor nicht untätig. Sämtliche Erlebnisse verarbeitete er in Texten wie „Pilote de guerre“ (Kriegsflieger) oder eben 1943 in der kleinen Erzählung „Le petit prince“ (Der kleine Prinz), die dem Autor Welt- ruhm einbrachte. Kurz darauf wurde er als Pilot ausgemustert, weil er die Altersgrenze überschritten hatte und durch diverse Verletzungen nicht mehr voll flugfähig war. Der eigentliche Grund war vielleicht eine weitere Bruchlandung in Algerien. Aufgrund seiner Bekanntheit wurde er jedoch für einige Aufklärungsflüge reaktiviert, die er von Sardinien und von Korsika aus startete.

Was seinen Fliegermythos auslöste, war wohl nicht nur seine Berühmtheit als Autor, sondern sein letzter Flug im Zuge der Reaktivierung. Der schreibende Pilot war ein wahres Stehaufmännchen, das sich scheinbar von jeder Bruchlandung wieder erholte. Nur von seiner letzten nicht. Seit dem 31. Juli 1944 gilt Antoine de Saint-Exupéry im Meer vor Marseille als verschollen. Damit waren Gerüchten Tür und Tor geöffnet.

War es ein Selbstmord, weil seine Fliegerzeit zu Ende ging? Wurde er abgeschossen, und wenn ja, von wem? Konnte er das schnelle und anspruchsvolle Flugzeug nicht bedienen? Die Lockheed F-5 war ein schnelles und hochfliegendes Aufklärungsflugzeug, Saint-Exupéry, der zu vor meist Doppeldecker geflogen war, fühlte sich in den modernen Cockpits dieser schnellen und anspruchsvollen Jagdflugzeuge eher unwohl. Oder gab es einen technischen Defekt?

Im Jahr 2000 wurde die Maschine entdeckt. Luc Vanrell, ein französischer Taucher, und der Vereinsgründer zur Suche vermisster Flugzeuge, Lino von Garten, orteten Teile der Maschine in der Nähe der Île de Riou auf dem Grund des Mittelmeeres. Drei Jahre später wurde sie geborgen und 2004 identifiziert als Aufklärungsflugzeug des berühmten Schriftstellers. Da die Fundstelle weiter westlich von seiner eigentlichen Route lag, wird davon ausgegangen, dass er eigenmächtig Aufklärungsfotos von Marseille machen wollte, um seine Fliegerzeit doch noch zu verlängern. Aber auch das sind nur Spekulationen.

Recherchen Vanrells und von Gratzens zufolge soll der deutsche Jagdflieger Horst Rippert, später Sportberichterstatte beim ZDF, für seinen Abschluss verantwortlich zeichnen. Rippert gab 2008 an: „Wenn ich gewusst hätte, dass das Saint-Exupéry war, hätte ich niemals geschossen, niemals.“ Die Scham über den Abschuss war vielleicht der Grund dafür, weshalb Rippert, ein bekennender Leser der Werke Saint-Exupérys, in früheren Jahren den Abschuss leugnete.

Durch die lange Aufklärungslücke zwischen 1944 und 2008 sind die Spekulationen und damit der Mythos nie versiegt. Kein Wunder also, dass sich viele Autoren an dem Mythos, der sich um Saint-Exupéry rankte, stofflich bedienten. Außerdem wurden nach ihm Flughäfen und Straßen benannt, selbst auf einem bis 2002 gültigen 50-Franc-Schein war sein Antlitz abgedruckt.

Christiane Rinser-Schrot



Bild: Inago Images/ZUMA/Keystone

Fühlte sich auf dem Pilotensitz ebenso wohl wie am Schreibtisch: Antoine de Saint-Exupéry

teraten. Kurz darauf schrieb Saint-Exupéry seine erste Novelle „L'Aviateur“ (Der Flieger). Bei einer Luftfahrtgesellschaft angestellt, flog er weit über die französische Grenze hinweg Post aus.

Für gut ein Jahr leitete er einen einsamen Flugplatz südlich von Marokko gelegen. Während dieser Zeit musste er gleich 14-mal

zum Navigator nach Argentinien. Dort führte er gefährliche Nachtflüge pflichtgemäß aus, was er sogleich in seinem Roman „Vol de nuit“ (Nachtflug) verarbeitet hat. Dieses Werk brachte für den Piloten den Durchbruch als Autor.

Nach der Hochzeit mit Consuelo Suncin Sandoval arbeitete er als Streckenpilot in Westafrika,

einem Unglück im Jahr 1938 schwere Verletzungen und nutzte die Genesungszeit, um „Terre des hommes“ (Erde der Menschen oder Wind, Sand und Sterne) zu verfassen.

1939 wurde er nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eingezogen. Zunächst bildete er Piloten aus, dann flog er selbst bei einem

## Sanft-gefühlvolle Kunst

Porträtistin aus Ostpreußen – Berlin stellt Werke von Lotte Laserstein ins Rampenlicht

Arbeiten einer ostpreußischen Künstlerin gilt es in Berlin zu entdecken. Die Berlinische Galerie in Kreuzberg stellt mit der Schau „Von Angesicht zu Angesicht“ Lotte Laserstein vor, die als sensible Porträtistin der frühen Moderne am Ende der Weimarer Republik Erfolge feierte und dann wegen ihrer jüdischen Herkunft nach Schweden floh. Sie blieb bis zum Lebensende im Exil, wurde in Deutschland vergessen und erst nach mehreren Ausstellungen im Ausland später auch in Deutschland wiederentdeckt.

Nach der Erstpräsentation der Laserstein-Werke im Frankfurter Städel kann man sich nun in der Berlinischen Galerie bis zum 12. August 48 Gemälde und neun Zeichnungen aus der Berliner Erfolgsperiode und den schwedischen Exiljahren der Künstlerin erschließen. Die Berliner Schau wird ergänzt von Bildern aus dem künstlerischen Umfeld der Malerin in der Weimarer Republik.

Viele Ausstellungsbesucher sind von der gezeigten Bilderwelt überrascht. Das hat seine Ursachen darin, dass sie einerseits Laserstein bis zum Ausstellungserlebnis als Vertreterin der frühen Moderne nicht kannten und andererseits das vorgefundene Maß an künstlerischer Qualität nicht erwarteten. Der Besuch der Laserstein-Bilder lohnt sich also.

Laserstein wurde am 28. November 1898 in Preußisch-Holland bei Elbing in Ostpreußen geboren. Ihre wohlhabenden Eltern ermöglichten ihr eine umfangreiche Bildungsaneignung und förderten sie maßgeblich auf ihrem

Weg zur Künstlerin. Dazu gehörte nach dem Ersten Weltkrieg ein Studium an den „Vereinigten Staatsschulen für Freie und Angewandte Kunst“ in Berlin, wo sie zu den ersten weiblichen Studenten zählte, mit herausragenden Leistungen auffiel und „Mit Auszeichnung“ das Studium 1927 abschloss.

Sie beteiligte sich nicht am Partyleben der Berliner Boheme, galt als Primus der Bildungsanstalt

rer Zeit einen Namen und verewigte in ihren sprichwörtlichen Momentaufnahmen selbstbewusste Vertreter aller Klassen und Schichten. Das reichte von Tennisspielerinnen der Oberschicht bis zu Bauernmädchen. Mitten drin Selbstporträts und Darstellungen ihrer langjährigen Freundin Gertrud Rose, die sie auch als „Schlafende Venus“ porträtierte.

Die Natürlichkeit ihrer Modelle auf den Bildern sorgte für Auf-

werden, das in Großformat die sich ankündigende Zeitenwende zeigt. Das Gemälde, das zu ihren Hauptwerken gezählt wird, entstand 1930 und gehört seit 2010 zum Bestand der Nationalgalerie in Berlin.

Von der befürchteten Zensur war auch die Malerin betroffen. Als geborene Jüdin wurde sie ausgegrenzt, verfolgt und floh schließlich 1937 nach Schweden. Gerade noch rechtzeitig. Im Exil überlebte sie mit Auftragsporträts. Die Versuche zur Nachholung ihrer Schwester und ihrer Mutter scheiterten. Die Mutter starb im KZ Ravensbrück. Die Schwester lebte jahrelang in einem Berliner Versteck.

Den internationalen Durchbruch erreichte Laserstein von Schweden aus in ihren letzten Lebensjahren in der Ausstellung „German Art in the 20th Century“ in der Londoner Royal Academy of Arts im Jahr 1985. Weitere Berücksichtigungen in Ausstellungen des Auslands folgten. Das war eine späte Genugtuung für die lange vergessene Künstlerin, die bis zuletzt künstlerisch wirkte und am 21. Januar 1993 in Kalmar in Schweden starb. Die Ostpreußen, deren bis heute bekanntes Gesamtwerk rund 10 000 Arbeiten umfasst, wurde 94 Jahre alt.

Martin Stolzenau

„Lotte Laserstein. Von Angesicht zu Angesicht“ läuft bis 12. August in der Berlinischen Galerie, Jakobstraße 124–128, 10969 Berlin, geöffnet Montag sowie Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7 Euro. Internet: www.berlinischegalerie.de



Prämiertes Porträt: „Russisches Mädchen mit Puderdose“

und künstlerische Hoffnungsträgerin. Parallel zur Ausbildung hatte sie sich mit Zustimmung ihrer Eltern taufen lassen. Nun stand sie als freischaffende Künstlerin auf eigenen Füßen und war voller Zukunftshoffnungen.

Laserstein bevorzugte die Bildnismalerei. Sie spielte in Anlehnung an den Spätimpressionismus mit „Flächigkeit und Pinselstrich“, machte sich schnell als „sanft-gefühlvolle Chronistin“ ih-

traggeber, dafür, dass sie von ihrer Arbeit leben konnte, und für wachsende Bekanntheit. Mit dem Gemälde „Russisches Mädchen mit Puderdose“ beteiligte sie sich 1928 erfolgreich am Wettbewerb „Das schönste deutsche Frauenporträt“. Dieses Bild, das inzwischen dem Frankfurter Städel gehört, ist in der aktuellen Berliner Schau zu sehen.

Dazu muss auch das Bild „Abend über Potsdam“ genannt

## Teure Garderobe

James-Simon-Galerie in Berlin eröffnet

Die Berliner Museumsinsel scheint um eine architektonische Attraktion reicher zu sein. Als am vorletzten Wochenende die James-Simon-Galerie eröffnet wurde, wollten allein an diesen drei Tagen 40 000 Besucher das Ergebnis sehen. Die Berliner sind offensichtlich ganz angetan von der an die Akropolis erinnernden schneeweißen Säulenhalle, die am Spreeufer direkt ans Pergamonmuseum anschließt.



Spree-Athen: Galeriestäulen

Die nach dem Berliner Kunstmäzen und geschätztem Dialogpartner Kaiser Wilhelms II., James Simon, benannte Galerie, hat eine multifunktionale Funktion: Sie dient als zukünftiger zentraler Eingangsbereich, über den man auf unterirdischen Wegen die fünf Ausstellungshäuser der Museumsinsel – Pergamon, Bode, Alte Nationalgalerie, Altes und Neues Museum – erreichen soll. Im lichten Kolonnadengang mit

seiner großen Freitreppe befinden sich auf drei verschiedenen Ebenen außerdem ein Ausstellungs- und ein Vortragsraum, ein Buchladen, ein Restaurant, die Kassenhalle sowie die Garderobe.

Die ersten Pläne für den Bau der Galerie stießen anfangs auf herbe Kritik. Eine Bürgerinitiative wollte 2006 den Bau per Volksbegehren sogar stoppen. Nachdem der britische Architekt David Chipperfield seine Entwürfe überarbeitet hatte, konnte man mit dem Bau beginnen. Weil die Kosten inzwischen von 73 auf 134 Millionen Euro explodiert waren, spotteten die Berliner über die „teuerste Garderobe der Welt“.

Das neue Besucherzentrum macht dennoch nur einen kleinen Teil jener Kosten aus, die im Rahmen des 1999 beschlossenen „Masterplans Museumsinsel“ auf die Steuerzahler des Bundes zukommen. Die Grundinstandsetzung aller fünf Museen wird voraussichtlich weitere 1,7 Milliarden Euro kosten. Während bei drei Museen die Sanierung weitgehend abgeschlossen ist, bleibt ein Teil des Pergamonmuseums weiterhin geschlossen. Erst 2023 soll auch der berühmte Pergamonaltar der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden. Beim Alten Museum haben die Sanierungsarbeiten noch nicht einmal begonnen.

In der James-Simon-Galerie ist noch bis zum Sonntag eine Ausstellung zum Leben des Namensgebers zu sehen. Danach folgt vom 30. August an mit „Nah am Leben“ eine Präsentation der Berliner Gipsformerei anlässlich ihres 200-jährigen Bestehens. tws

# Stalins Verrat am polnischen Widerstand

Der Aufstand von Warschau bereitete die kommunistische Herrschaft vor

**Die Panzer der Sowjets standen bereits am östlichen Ufer der Weichsel in einem Vorort Warschaws, als sich die polnische Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) zum Losschlagen gegen die deutschen Besatzer entschloss. Aber die erwarteten Panzer halfen nicht, sie rückten nicht vor. Damit begann am 1. August 1944, vor 75 Jahren, der Warschauer Aufstand. Er endete als eine der großen Tragödien der polnischen Geschichte.**

War der Aufstand ein sinnloses Opfer, wie behauptet wird? Seit Stalingrad waren die Deutschen in der Defensive, die Invasion in der Normandie hatte begonnen, da wäre es sinnvoll gewesen, den Rückzug der Deutschen abzuwarten. Diese Sichtweise aber vertrug sich nicht mit dem Patriotismus der Polen. Die AK wollte Polen selbst befreien, nicht von den Sowjets befreit werden. Das war nach Ansicht der AK Voraussetzung für ein selbstständiges, freies Polen. Darum gab Generalmajor Tadeusz Komorowski, Kampfname „Bór“, den Befehl, am 1. August 1944 loszuschlagen. Unter seiner Führung standen 40 000 Mann. Sie wurden unterstützt von der kommunistischen Volksarmee.

Doch die sowjetischen Truppen am anderen Weichselufer, sie kamen nicht. Dabei hatte Radio Moskau noch am 29. Juli einen Aufruf in polnischer Sprache gesendet: „Für Warschau, das sich nie ergeben, sondern immer gekämpft hat, hat die Stunde des Kampfes geschlagen!“

Die Botschaft war eine Falle. Josef Stalin hatte überhaupt kein Interesse an einem gemeinsamen Befreiungsschlag. Ein nationalpolnischer Sieg hätte eine antikomunistische Regierung zur Folge gehabt. Stalin aber wollte ein kommunistisches Polen. Er untersagte sogar den Briten, mit Versorgungsflugzeugen sowjetische Flughäfen zu nutzen. Dabei gehört der Dritte Reich auf den Aufstand antworten würde. Es war in seinem Sinne, er wartete ab. Seine Rechnung ging auf.

900 000 Menschen lebten in Warschau, als der Aufstand aus-

brach. Nach 63 Tagen, am 2. Oktober 1944 war die Erhebung niedergeschlagen. General Komorowski kapitulierte, 18 000 Aufständische und 150 000 Zivilisten waren getötet. Mehr als 500 000 Menschen wurden umge-

lang es den Aufständischen, weite Teile Warschaws für sich zu gewinnen. Erst allmählich gewannen die überrumpelten deutschen Soldaten die Kontrolle. Heinrich Himmler kommandierte den SS-Gruppenführer und Generalleutnant

An der Offensive der Deutschen nahmen 39 000 Soldaten teil. Die polnische Heimatarmee brachte in der Altstadt 6000 Mann auf. Trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit waren die Aufständischen anfangs erfolgreich im Häuserkampf. Be-

Ihr Erscheinen in anderen Bezirken verstärkte die dort herrschende Not. Wasser war knapp, Medikamente kaum noch vorhanden, es mangelte an Brot. Am 1. September 1944 war der Aufstand in der Altstadt endgültig niedergeschlagen.

streitkräfte griffen deutsche Stellungen an, die Rote Armee startete einen Artillerieangriff. Sofort wurden die bereits begonnenen Kapitulationsverhandlungen abgebrochen. Nur noch wenige hundert Meter trennten Sowjets und Polen. Zudem erlaubten die Sowjets den Amerikanern einmalig Versorgungsflüge über Warschau. Unterstützt von sowjetischer Artillerie und Luftwaffe, versuchten polnische Divisionen über die Weichsel in die Stadt vorzudringen. Die Bodentruppen der Roten Armee aber blieben passiv. Sie halfen den Polen nicht mit schwerem Pioniergerät. So scheiterte dieser Versuch nach einer deutschen Gegenoffensive, die auf dem westlichen Ufer eingerichteten Brückenköpfe wurden am 23. September geräumt. Komorowski entschloss sich endgültig zur Kapitulation. Am 1. Oktober wurde der Waffenstillstand unterzeichnet. Bei den Kapitulationsverhandlungen setzten die Polen für die AK den Kombattantenstatus durch, die Soldaten hatten die Waffen offen getragen und waren durch Armbinden kenntlich gewesen. Deshalb waren sie von regulären Wehrmachtseinheiten zu bewachen, nicht von der SS. 100 000 Warschauer wurden als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich gebracht. Himmler befahl die völlige Zerstörung der polnischen Hauptstadt. Ein Drittel wurde nach der Kapitulation gesprengt.

Einseitig erkannte die Sowjetunion am 31. Dezember 1944 das sogenannte Lubliner Komitee, eine polnische kommunistische Marionettenregierung, als neue Regierung an. Die Sowjets begannen mit der Umsiedlung der Polen aus den östlichen Teilen der Republik Polen nach Westen. Als die Rote Armee im Januar 1945 auch den westlichen Teil Warschaws erobert hatte, wurden die vormaligen Widerstandskämpfer der AK gefangen genommen. Für das Lubliner Komitee waren sie Verräter, von Volksdeutschen unterwandert. Ihre Führung, so behaupteten die Kommunisten, habe mit den Deutschen kollaboriert.

Klaus J. Groth



Vor 75 Jahren in Warschau: Aufständische der Armia Krajowa im Häuserkampf

Bild: Imago/United Archives International

siedelt. Am Ende hausten kaum mehr als 1000 Menschen im zerstörten Warschau. Adolf Hitler hatte die Arbeit gemacht und Stalin hatte gesiegt. Mit der Vernichtung der antisowjetischen Kräfte in Polen bereitete Stalin das Feld vor für eine kommunistische Regierung an der Leine Moskaus.

Der Kampf selbst war kurz und grausam. In den ersten Tagen ge-

Heinz Reinefarth nach Warschau. Seine „Kampfgruppe Reinefarth“, zusammengewürfelt aus SS- und Polizeieinheiten, ging massiv vor. Zwischen dem 1. und 5. August wurden nach Schätzungen 20 000 bis 50 000 Zivilisten getötet. Auf Befehl Himmlers übernahm SS-Obergruppenführer und General der Polizei Erich von dem Bach-Zelewski das Kommando.

sonders Scharfschützen setzten den deutschen Soldaten zu. Die Situation änderte sich erst, als die Deutschen ebenfalls zur Guerillataktik wechselten. Es folgte ein erbitterter Kampf Haus um Haus, Keller um Keller, Straße um Straße.

Eingeschlossen auf einem Gebiet von einem Quadratkilometer, verließen die Überlebenden über die Kanalisation heimlich die Altstadt.

In anderen Bezirken verzeichneten die Aufständischen zwar vorübergehende Erfolge, insgesamt aber schien die Lage hoffnungslos. Komorowski bat die Exilregierung in London um die Ermächtigung zur Kapitulation. Die Exilregierung stimmte zu, doch schon am nächsten Tag, am 9. September, schien sich das Blatt zu wenden. Die sowjetischen Luft-

## Der BMW 700 rettete die Bayerischen Motorenwerke

Vor 60 Jahren begann die Produktion des nierenlosen Kleinwagens – Ein Schritt zum Füllen der Lücke zwischen Isetta und »Barockengel«

Bei Oldtimertreffen oder -ausfahrten taucht er sehr selten auf. Dem Bewusstsein der Bevölkerung scheint er entschwunden zu sein. Dabei gehört der BMW 700 zu den Fahrzeugen, die mit der Geschichte des bayerischen Autobauers ganz besonders verbunden sind. Denn der Kleinwagen sorgte Ende der 50er Jahre dafür, dass das Unternehmen nicht vom Konkurrenten Daimler-Benz übernommen wurde, sondern letztlich seinen weltweiten Siegeszug antreten konnte. Eine Würdigung des 700er erscheint also überfällig.

Rückblende – Mitte der 50er Jahre: Das Wirtschaftswunder in Deutschland bringt bei der Bevölkerung den Wunsch nach mehr Mobilität. Mit dem eigenen Auto in den Urlaub – nach Österreich oder über den Brenner nach Italien. Doch mit welchem Auto? Es gab den VW Käfer sowie Klein- beziehungsweise Kleinwagen. In diesem Segment hatten die Bayerischen Motorenwerke anfänglich nichts anzubieten. Die von 1952 bis 1964 gebauten sogenannten Barockengel, die BMW 501 und 502, gehörten der Oberklasse an, weitere Top-Autos wie der Roadster BMW 507 sowie der Coupé und als Cabrio zu habende BMW 503

waren rassige Sportwagen. Die auf höhere Ansprüche ausgelegte Modellpolitik brachte BMW zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Um bei den Klein(st)wägen Flagge zu zeigen – die Mittel für eine Neuentwicklung fehlten – entschloss man sich zu einem Lizenzbau der italienischen Isetta der Firma Iso Rivolta. Die 1955 bis 1962 gebaute Isetta von BMW brachte schließlich Geld, sodass man über den BMW 600, eine von 1957 bis 1959 gebaute Weiterentwicklung der Isetta mit einem Boxer-Motor aus dem BMW-Motorradbau, hinaus einen eigenen Kleinwagen nachdachte – den BMW 700.

Ende 1957 gab der damals neue BMW-Vorstand den Auftrag, gemeinsam mit einem italienischen Karosseriehersteller einen konventionellen Kleinwagen zu entwickeln. Damit kam der Autodesigner Giovanni Michelotti mit ins Boot, der für die Gestaltung des Kleinwagens verantwortlich war. Im Juli 1958 präsentierte der Wiener BMW-Importeur und Autokonstrukteur Wolfgang Denzel in Starnberg ein Modell des von ihm und Michelotti entwickelten Autos. Drei Monate später fiel der Entschluss für dieses Fahrzeug. Auf

dieser Basis entwickelte BMW in Alleinregie zwei Varianten – ein Coupé und eine Limousine – bis zur Serienreife. Die Serienproduktion des BMW 700 begann mit dem Coupé im August 1959.

40 PS gefertigt, dessen Motor auch der Sport beziehungsweise CS hatte. Ab 1962 bekam die Limousine als BMW 700 LS einen um 16 Zentimeter längeren Radstand. Ab 1964 gab es auch vom Coupé eine

te, der sich wie bei Kleinwagen damals nicht unüblich hinten befand. Da der BMW 700 folglich vorne keine Kühlung brauchte, fehlte die BMW-typische Niere. Der Kofferraum befand sich vorne unter der

tern in der Stunde Höchstgeschwindigkeit sehr erfolgreich. Zu nennen sind hier der BMW 700 GT, der BMW 700 RS und der Martini-BMW. Mit 60 Jahren errang Hans Stuck 1960 auf einem BMW 700 noch einmal die deutsche Bergmeisterschaft. Vor allem der BMW 700 RS wurde als Fahrzeug für die Entwicklungsarbeit und „Spielzeug“ der Ingenieure genutzt – oft mit zukunftsweisenden Erkenntnissen.

Neben seiner Bedeutung für den Motorsport ist die für das Überleben der Bayerischen Motorenwerke hervorzuheben. Der Verkaufserfolg des sowohl sportlichen als auch erschwinglichen Autos stabilisierte das Unternehmen, brachte es wieder in die Gewinnzone. Er machte schließlich die Realisierung der „Neuen Klasse“ möglich. Mit dem BMW 1500, dem BMW 1600, dem BMW 1800 und dem BMW 2000 hatten die Bayern endlich zwischen dem BMW 700 und dem „Barockengel“ ein Angebot in der Mittelklasse. Der 1961 vorgestellten und ab 1962 gebauten „Neuen Klasse“ folgte 1972 der 5er-BMW, der bis heute gebaut wird, mittlerweile bereits in der siebten Generation.

Markus Bauer



Als Cabrio, Limousine und Coupé (v.r.): Der BMW 700

Bild: Bauer

In den gut sechs Jahren Produktionszeit bis September 1965 entstanden 181 411 Exemplare. Neben dem Coupé und der Limousine mit erst 30 und ab 1963 32 PS wurde von 1961 bis 1964 bei der Firma Baur in Stuttgart ein Cabrio mit

verlängerte LS-Version. Sie sah von den Proportionen her mit ihrem langen Heck zwar etwas gewöhnungsbedürftig aus, hatte dafür aber nun 40 PS unter der Heckhaube. Die Verlängerung kam dem zweizylindrigen Boxermotor zugu-

Haube, dort waren auch das Reserverad und der 32 Liter fassende Tank untergebracht.

In Rallyes sowie Berg- und Rundstreckenrennen waren seriennahe und speziell getrimmte BMW 700 mit bis zu 80 PS und 200 Kilome-

# Selbst im Baskenland schwand der Rückhalt

Die ETA wurde vor 60 Jahren gegründet – Am Ende der Radikalisierung stand die Selbstaflösung der Untergrundorganisation

**Vor 60 Jahren wurde die baskische ETA als nationalistische Widerstandsgruppe gegen die Franco-Diktatur gegründet. Sie mutierte jedoch sehr bald zu einer linksextremen Terrororganisation, die wegen ihrer Gewalttaten schließlich jedweden Rückhalt unter den Basken verlor.**

Die Basken sind eine der ältesten Volksgruppen Europas und siedeln schon seit Jahrtausenden im Hinterland der südlichen Biskayaküste. Mit dem Königreich von Pamplona gründeten sie im 9. Jahrhundert ihren ersten eigenen Staat, der dann jedoch 1076 zerfiel. Seitdem stand der überwiegende Teil des Baskenlandes unter spanischer Herrschaft. Obwohl die Basken, die sich selbst als Euskaldunes bezeichnen, stets nach Eigenständigkeit strebten, dauerte es bis 1895, ehe ein baskischer Politiker, nämlich der Sozialdemokrat Sabino Arana Goiri, die faktische Unabhängigkeit forderte und eine „Nationalpartei des Baskenlandes“ zur Erreichung dieses Zieles gründete.

Die Eusko Alderdi Jeltzalea – Partido Nacionalista Vasco (EAJ-PNV) setzte auf friedliche und demokratische Mittel. Das stieß aber nicht bei allen Basken auf Zustimmung. Infolgedessen entstanden schon um 1920 herum erste extremistische und gewaltbereite Splittergruppen der EAJ-PNV wie der Studentenverein Aberri. Und 1934 formierte sich ein regelrechter militanter Flügel der Basken-Partei, genannt Jagi-Jagi. Der agierte gemeinsam mit der Aberri im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der republikanischen Gegner des späteren Diktators Francisco Franco. Nach dessen Sieg im Frühjahr 1939 wurde die zwischenzeitlich gebildete, eigenständige Regierung des Baskenlandes aufgelöst und die EAJ-PNV mitsamt ihres bewaffneten Arms verboten.

Also gingen die baskischen Unabhängigkeitskämpfer in den Un-

tergrund. Aus dem heraus leisteten sie bis 1957 bewaffneten Widerstand gegen das franquistische Regime. Danach kam es zu einem Kompromiss zwischen dem Diktator und der EAJ-PNV, die daraufhin wieder zugelassen wurde. Hierdurch schlug nun die Stunde linksnationalistischer Gruppierungen der Basken wie der früheren EAJ-PNV-Jugendorganisation Euzko Gaztedi Indarra (EGI, Baskische Jugend-Kraft). Die hatte sich schon 1953 von der Mutterpartei gelöst, weil ihr diese nicht radikal genug auftrat.

Gemeinsam mit Studenten der Jesuiten-Universität von Bilbao gründeten einige Mitglieder der EGI sowie der Ekin, einer ebenfalls separatistischen und linksnationalistischen Gruppierung, die vor allem aus Studenten und Arbeitern bestand, am 31. Juli 1959 die Untergrundgruppe „Euskadi ta Askatasuna“ (ETA, Baskenland und Freiheit). Die maßgeblichen Akteure dabei waren José Luis Alvarez Enparantza alias „Txillardegui“, Eneko Irigaray, José María Benito del Valle und Julien Madariaga. Sie verfassten aus Anlass des Feiertages des Ignatius von Loyola, einem jesuitischen Heiligen baskischer Herkunft, und des 64. Jahrestages der Gründung der EAJ-PNV einen programmatischen Brief an den prominenten baskischen Exilpolitiker Jesús María Leizaola. Darin kritisierten sie den Versöhnungskurs der EAJ-PNV und kündigten die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen Franco an.

Die ETA wandte sich gegen die angeblich „rassistische“ Ideologie von Sabino Arana und setzte dieser eine eigene marxistisch-leninistische Agenda entgegen. Der angestrebte unabhängige Baskenstaat sollte dezidiert sozialistischer Natur sein. Das stand unter anderem in dem 1962 verabschiedeten „Manifesto“ der ETA, in dem auch die Anwendung von terroristischer Gewalt im nationalen

Befreiungskampf verteidigt wurde. Angesichts dieser Ausrichtung kann nicht verwundern, dass sich die ETA an entsprechenden Untergrundorganisationen in anderen Staaten wie der nordiri-

fia und lateinamerikanischen Drogenkartellen. Trotzdem besaß die ETA als Speerspitze des Kampfes gegen den „Faschisten“ Franco anfänglich viele Sympathisanten im In- und Ausland. Das änderte sich

gelrechten Guerillakrieg gegen Exponenten des Staates. Der begann am 7. Juni 1968 in Villabona mit der Erschießung des Verkehrspolizisten José Pardines und gipfelte schließlich am 20. Dezember

Übergang zur Demokratie kam es zur Spaltung der ETA. Der größere Teil der Mitgliedschaft akzeptierte die angebotene Amnestie und engagierte sich künftig in der legalen politischen Partei Euskadiko Ezkerra (Linke des Baskenlandes). Dahingegen setzte der fanatische harte Kern den Terror sogar noch nach dem 22. Dezember 1979 fort, also dem Tag, an dem die Basken weitgehende Autonomieerrechte erhielten. Daraufhin begannen staatlich gelenkte Todesschwadronen (Grupos Antiterroristas de Liberación, GAL) in verdeckten Operationen gegen die verbliebenen rund 200 Kämpfer der ETA vorzugehen. Die wiederum verübten aus Rache ständig neue und zunehmend blindwütigere Anschläge, wie den vom 19. Juni 1987 auf einen Supermarkt in Barcelona, bei dem 21 unschuldige Zivilisten starben.

**Spuren des wohl spektakulärsten und erfolgreichsten Anschlags der ETA:**

**Die Sprengstoffdetonation unter dem Wagen des spanischen Regierungschefs und designierten Franco-Nachfolgers Admiral Luis Carrero Blanco war derart groß, dass das Auto vor der Landung auf der Terrasse des zweiten Stokwerks über das Dach des fünfstöckigen Hauses geflogen war**

Bild: Nationaal Archief



schen IRA, der algerischen ALN, der palästinensischen PLO, der kolumbianischen FARC oder den italienischen BR orientierte.

Außerdem kooperierte sie zum Zwecke der Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen mit der Ma-

erst im Laufe der Zeit aufgrund ihrer immer brutaler werdenden Terroranschläge.

Den Anfang machte am 18. Juli 1961 ein gescheitertes Attentat auf einen Zug mit Franco-Anhängern. Später entfachte die ETA einen re-

1973 im geglückten Bombenanschlag auf den spanischen Regierungschef und designierten Franco-Nachfolger Admiral Luis Carrero Blanco.

Mit dem Ende der Franco-Diktatur im Jahre 1975 und dem

Das kostete die ETA viel an gesellschaftlichem Rückhalt. Noch stärker litt ihr Ansehen – und zwar selbst unter Basken und früheren Anhängern – im Juli 1997, als sie den konservativen jungen Lokalpolitiker Miguel Ángel Blanco entführte und erschoss. Nun gingen Millionen Menschen in ganz Spanien auf die Straße und forderten ein Ende des Spuks.

Die nun fast vollkommen isoliert dastehende ETA verkündete ab September 1998 mehrmals „Waffenruhen“, die sie jedoch immer wieder brach. Erst der Waffenstillstand vom 5. September 2010 brachte tatsächlich ein endgültiges Ende des Terrors. Dem waren bis zu diesem Zeitpunkt über 800 Menschen zum Opfer gefallen – darunter auch 342 Zivilisten, die einfach zur falschen Zeit am falschen Ort geweiht hatten. Für deren Ermordung – aber nicht die von Vertretern des spanischen Staates – entschuldigte sich die linksterroristische Gruppierung, bevor sie am 2. Mai 2018 ihre sang- und klanglose Selbstaflösung bekannt gab. *Wolfgang Kaufmann*

## »Die Tränen werden bleiben«

Vor 50 Jahren verunglückte die Sängerin Alexandra tödlich

Nur selten noch erklingt die „Stimme der Sehnsucht“ aus dem Radio, doch wenn man Alexandras Lieder „Sehnsucht“ oder „Erstes Morgenrot“ hört, geht sie einem unter die Haut.

Am 31. Juli jährt sich zum 50. Mal der Todestag des unvergessenen Schlagersterns der ausgehenden 60er Jahre. Alexandra wurde nur 27 Jahre alt. Ihr Leben war ebenso kurz wie ereignisreich.

Mitten im Krieg erblickte sie im memelländischen Heydekrug das Licht der Welt als dritte und jüngste Tochter des Beamten August Treitz und dessen Ehefrau Valeska geborene Swetosch. 1944, der Vater war an der Front, floh die Familie aus Ostpreußen. Nach dem Krieg fand sie in Kiel eine neue Bleibe und auch der Vater kehrte zurück. Die musikalische und belebende Mutter förderte schon früh das Talent ihrer Jüngsten. Mit ihrer Zielstrebigkeit unterstützte sie das Vorankommen der Tochter.

Anfang der 60er Jahre, die Eltern ließen sich scheiden, zog Valeska mit ihren drei Töchtern nach Hamburg. Doris, so Alexandras bürgerlicher Name, lernte den 30 Jahre älteren Russen Nikolaj Nefedov kennen. Zum Entsetzen der Familie heirateten sie, und 1963 kam Sohn Alexander zur Welt. Doch Alexandra – ihren Künstlernamen gab sie sich nach ihrem Sohn – fühlte sich in der Ehe eingeengt. Sie ließ sich scheiden und erfüllte

sich den Traum, Sängerin zu werden. Zunächst tingelte sie mit ihrer Gitarre durch Hamburger Kneipen. In einer Folklore-Bar trat sie mit russischen Liedern auf. Nebenher verdiente sie ihren Lebensunterhalt im Büro eines Verlags. Durch Zufall wurde der Hamburger Plattenproduzent Fred Weyrich auf sie aufmerksam. Seine Begeisterung war so groß, dass er sie sofort ge-

entfremdete. Der Umzug von Hamburg nach München und die Übernahme ihres Managements durch den erfolgreichen Hans R. Beyerlein hatten ihr zwar zu Erfolg und Ruhm verholfen, sie aber zu sehr auf das Russen-Image festgelegt. Alexandra wollte eigene Kompositionen singen und strebte auch eine Karriere als Schauspielerin an. Vorbilder waren Chansonsängerinnen wie Hil-



**Schwamm auf der „Russenwelle“ Ende der 60er Jahre ganz oben: Schlagersängerin Alexandra**

Bild: pa

gen den Widerstand seiner Kollegen unter Vertrag nahm.

Das war der Beginn eines kometenhaften Aufstiegs. Ihre Lieder „Zigeunerjunge“ und „Sehnsucht“ wurden Kassenschlager. Bald schon war Alexandra im Fernsehen und auf der Bühne zu Gast. Ihre erste Tournee führte sie mit Hazy Osterwald in die Sowjetunion. Es folgten zahlreiche Auftritte im In- und Ausland. Die junge Sängerin hastete von Termin zu Termin und spürte, dass ihr Sohn sich von ihr

degard Knef und Juliette Gréco. Mit Liedern wie „Illusionen“ oder „Der Traum vom Fliegen“ war sie ihrer Zeit jedoch voraus. Die Ära der deutschen Liedermacher sollte erst noch kommen. „Mein Freund, der Baum“ wurde erst posthum ein Erfolg, den sie nicht mehr erleben durfte, weil ein Autounfall sie jäh aus dem Leben riss.

„Die Tränen werden bleiben, aber du, du kommst nicht mehr“, heißt es in einem ihrer traurigen Lieder. *Manuela Rosenthal-Kappi*

## Bogen überspannt

Wie die Jakobinerherrschaft endete

Vor 225 Jahren endete die Schreckensherrschaft der Jakobiner und damit die zweite Phase der Französischen Revolution. Nun wurde der linke Totalitarismus Opfer seiner skrupellosen Unterminierung des Rechtsstaates sowie des Terrors gegen politische Gegner aller Couleur.

Nach der Konstituierung der französischen Nationalversammlung am 17. Juni 1789 bildeten sich diverse politische Lager, die ihre Wurzeln in kurz zuvor entstandenen politischen Clubs hatten. Einer davon war die Société des Amis de la Constitution (Gesellschaft der Verfassungsfreunde), deren Treffen ab Ende 1789 im Dominikanerkloster an der Pariser Rue du Faubourg Saint-Honoré stattfanden, das den Namen des Apostels Jakobus trug. Diese sogenannten Jakobiner vertraten die politische Linke und setzten sich nach der Verdrängung der gemäßigeren Elemente in ihren Reihen im Juli 1791 dezidiert für die Ersetzung der konstitutionellen Monarchie durch eine Republik ein. Dabei genossen sie insbesondere die Unterstützung der städtischen Unterschichten und Frühproletariat, genannt Sansculotten.

Es waren denn auch die Jakobiner mit ihrem Aufstand vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1793 an die Macht brachten. Am 5. September 1793 beschloss der verfassungsbefehlende Nationalkonvent auf

Betreiben des Kreises um den Führer der Jakobiner, Maximilien de Robespierre, die Einführung von Terrormaßnahmen zur Unterdrückung „konterrevolutionärer“ Aktivitäten.

Diese Maßnahme rechtfertigte „der Unbestechliche“ später mit folgenden Worten: „Der Terror ist nichts anderes als unmittelbare, strenge, unbeugsame Gerechtigkeit; ... ist also Ausfluss der Tugend; ... ist

### Vor 225 Jahren fiel Robespierres Kopf

weniger ein besonderes Prinzip als die Konsequenz des allgemeinen Prinzips der Demokratie in seiner Anwendung auf die dringendsten Bedürfnisse des Vaterlandes.“

Auf bis zu 40000 wird die Gesamtzahl der Opfer des Terrorregimes der Jakobiner geschätzt. Dazu kommen um die 600000 Bürgerkriegstote.

Robespierre sah sich auf dem Gipfel der Macht angekommen, als er am 26. Juli 1794 nach längerer Pause wieder vor dem Nationalkonvent sprach und von weiteren „Verrätern“ fabulierte, die mit aller Härte des Gesetzes zu bestrafen seien. Danach kündigte der Revolutionsführer neuerliche „Säuberungen“ an, ohne aber konkrete Namen zu nennen: „In unsere Hände sind heute die Armeen, die Fi-

nzen und die innere Verwaltung der Republik? In den Händen der Koalition, die mich verfolgt ... Man muss die Verräter bestrafen ... Ich fühle mich berufen, das Verbrechen zu bekämpfen, nicht aber, über das Verbrechen zu herrschen.“

Hierdurch sah sich nun nahezu jeder Politiker in Paris bedroht. Deshalb formierte sich in der Nacht zum 27. Juli eine breite Koalition der Ängstlichen, die Robespierre und dessen Mitstreiter Louis-Antoine-Léon de Saint-Just de Richebourg und Georges Couthon am nächsten Tag im Parlament verhaften ließ – das im Juni verabschiedete neue Terrorgesetz machte derartiges problemlos möglich. Danach hatten die Jakobiner-Führer noch genau einen Tag zu leben.

Zwar gelang Robespierre mit einigen seiner Gefolgsleute die Flucht ins Rathaus von Paris, doch wurden sie dort umgehend von der Nationalgarde gestellt. Als die Robespierre erneut arretierte, war dessen Unterkiefer von einer Kugel zerschmettert. Bis heute ist unklar, ob Robespierre die Verletzung im Gefecht erlitten hatte oder Suizid begehen wollte. Jedenfalls endete sein Leben mit dem zahlreicher weiterer prominenter Jakobiner am 28. Juli 1794 auf der Guillotine am Place de la Révolution. Augenzeugen zufolge währten der Applaus und die Freudenschreie nach dem Tod Robespierres eine geschlagene Viertelstunde. *W.K.*

# Klima klar, Wetter ungewiss

Können Klimaprognosen stimmen, wenn Wettervorhersagen so oft scheitern?

Vor dem zweiten Juli-Wochenende hatte der Wetterbericht für den Großraum Dresden Dauerniederschlag von Freitagmorgen bis Sonntagabend angesagt. Tatsächlich gab es aber nur etwas Nieselregen und zwei kräftige Gewitter von jeweils einer reichlichen Stunde Länge.

An diesem Beispiel wurde wieder einmal deutlich, wie wenig

Schluss: Keine der heutigen meteorologischen Methoden erlaubt brauchbare Vorhersagen, die weiter in die Zukunft reichen.

Das musste auch der staatliche Deutsche Wetterdienst erfahren, der vor einigen Jahren verkündet hatte, er könne künftig die Lufttemperatur und die Niederschlagsmenge für sechs Monate im Voraus prognostizieren und somit beispielsweise den Landwirten, der Getränkeindustrie oder der Reisebranche zu mehr Planungssicherheit verhelfen. Das groß angekündigte Vorhaben scheiterte schmachvoll.

Der Grund dafür, dass Wettervorhersagen so unpräzise sind, liegt in der prinzipiellen Vorgehensweise der Meteorologen: Aus dem aktuellen Zustand der Atmosphäre berechnen sie deren künftige Zustände. Allerdings verlaufen die Vorgänge in der Lufthülle unseres Planeten ungeheuer komplex und zugleich auch chaotisch. Minimale Veränderungen an der einen Stelle können andernorts völlig überraschende und extreme Auswirkungen hervorrufen.

Deshalb bräuchten die Meteorologen nicht zuletzt deutlich

mehr Messstationen zur Erfassung von kleinräumig wirksamen Wetterphänomenen. Für eine sichere Elf-Tage-Vorhersage wären das 100 Millionen solcher Stationen und für Prognosen über 30 Tage müsste ihre Zahl bereits in der Größenordnung von zehn hoch 20 liegen, was natürlich komplett unmöglich ist.

Dessen ungeachtet behaupten die meisten Klimaforscher, die Fähigkeit zu besitzen, über Jahrzehnte oder gar noch länger in die Zukunft zu schauen und Temperaturen, Niederschläge und so weiter vorherzuberechnen. Dabei gilt das Klima definitionsgemäß bloß als Abbild der wichtigsten, statistisch erfassten Wetterphänomene innerhalb eines Zeitraums von 30 Jahren.

Trotzdem wird inzwischen davon fabuliert, wie das Klima und damit auch das Wetter im Jahre 2100 – kein Schreibfehler! – aussehen könnte. So vermeldete das Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie, in Deutschland werde es dann streckenweise um bis zu vier Grad wärmer sein.

Solche Prognosen sind freilich nicht nur deshalb hanebüchen, weil niemand in der Lage ist, die

Entwicklung der Verhältnisse in der Atmosphäre auch nur für wenige Tage im Voraus fehlerfrei vorherzusagen. Vielmehr stellt das Klima auch noch deutlich mehr dar als bloß ein statistisches Konstrukt auf der Basis des Wetters. Neben dem, was sich in der Lufthülle abspielt, wird die Dynamik der Klimaprozesse ebenso von den Vorgängen in der Hydrosphäre (Ozeane und Ge-

Viel zu viele Faktoren spielen in den Wetterprozess hinein

wässer), Kryosphäre (Eis und Schnee), Biosphäre (Tiere und Pflanzen) und Lithosphäre (Gesteinshülle) beeinflusst.

Dazu kommen die Sonnenaktivität, Variationen der Erdbahnparameter im Rahmen der sogenannten Milankovi-Zyklen und der Einfall hochenergetischer Partikel aus den Tiefen des Kosmos. Wobei die letzteren drei Faktoren das Klima wahrscheinlich sogar am stärksten prägen.

Wolfgang Kaufmann



Moment der Woche

Die deutsche Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik ist 2018 weiter geschrumpft. Dies lag nicht nur am Überschuss von Sterbefällen gegenüber Geburten, sondern auch an einem negativen Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger.

Deutsche verlassen ihr Heimatland

Dagegen zogen 1 384 000 Ausländer nach Deutschland, während nur 924 000 Nichtdeutsche unser Land wieder verlassen haben.

Haupteinwandergruppe unter den Ausländern waren 68 000 Rumänen, nach Kontinenten kamen die meisten Einwanderer aus Europa, per Saldo gut 300 000, gefolgt von 118 000 Asiaten und mehr als 34 000 Afrikanern – so zumindest die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. H.H.

Trotz aller Technik irren die Forscher doch immer wieder

Verlass auf die Vorhersagen der Meteorologen ist, obwohl den Forschern mittlerweile um die 100 000 mobile und stationäre Beobachtungsstationen rund um den Globus, Dutzende Wettersatelliten sowie Supercomputer zur Auswertung der erfassten Daten zur Verfügung stehen.

Ganz besonders fehlerhaft fallen die Prognosen bei Zeiträumen von mehr als drei Tagen aus. Und jenseits der Grenze von 20 Tagen ist dann komplett

# UFO – jetzt fliegen sie wieder

Mysteriöse Sichtungen durch US-Kampfpiloten werden nun offen diskutiert: Konventionelle Erklärungen gehen ins Leere

Jahrzehntelang waren Behörden, vor allem die der USA, bemüht, angebliche Sichtungen rätselhafter Flugobjekte als Irrtum oder Spinnerei abzutun. Neuerdings jedoch pflegen auch offizielle Stellen einen bemerkenswerten offenen Umgang mit dem Phänomen.

Lange hatte man von den flüchtigen Gebilden kaum noch etwas gehört. Es schien, als hätten die Unidentifizierten Flugobjekte, kurz UFO, jedes Interesse an den Lebensformen verloren, die am Boden eines Luft-Ozeans auf dem dritten Begleiter der Sonne im Orionarm der Milchstraße herumkriechen. Jetzt fliegen sie offenbar wieder. Jedenfalls untersucht das US-Verteidigungsministerium in Washington eine Reihe ungeklärter Sichtungen amerikanischer Marineflieger. Das hat die Behörde erstmals amtlich bestätigt.

Ein Sprecher des Pentagon, Christopher Sherwood, stellte gegenüber der „Washington Post“ klar: „Das Ministerium bemüht sich um die Identifizierung jeglicher Flugzeuge in unserem operativen Luftraum, von denen eine potenzielle Bedrohung unseres Heimatplaneten ausgehen könnte.“ Dazu überprüft es „Berichte über Begegnungen mit unidentifizierten Fluggeräten durch US-Militärpiloten“.

Bisher hatte die Dienststelle die Tätigkeit beamteter UFO-Forscher wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Erst im Dezember 2017 enthüllte die „New York Times“ („NYT“) ein „Advanced Aerospace Threat Identification Program“, AATIP, eine fortentwickelte Richtlinie zur Aufklärung von Bedrohungen aus dem Luft- und Weltraum. Es hatte schon 2007 seine Arbeit aufgenommen, dies wurde bislang aber niemals amtlich eingeräumt.

Jetzt wurden drei Videos veröffentlicht, die Flieger der US-Kriegsmarine mit ihren Geräten zur Zielerfassung aufgenommen hatten. Unter anderem zeigt eine der Bildfolgen ein weißliches Oval von der Größe einer Verkehrsmaschine der zivilen Luftfahrt. Zwei Jägern vom Typ F/A

18F des Flugzeugträgers „Nimitz“ war es gelungen, das Objekt vor der pazifischen Küste auf der Höhe von San Diego ins Visier zu bekommen\*. Das Unternehmen AATIP wurde um 2012 eingestellt, wie es heißt. Teile davon unterliegen immer noch der Geheimhaltung. In der Folge hat das Pentagon jedoch Vorfälle solcher Art auf anderen Dienstwegen weiterhin untersucht, wie die amerikanische Zeitung „Politico“ berichtet. Ferner arbeite man an einem Entwurf neuer Richtlinien für Marineflieger, die unbekannte Flugobjekte sichten.

Die „NYT“ veröffentlichte Ende Mai ein Interview mit dem Marineflieger Ryan Graves. Der Leutnant zur See flog zehn Jahre für die US-Marine unter anderem eine F/A-18 Super Hornet. Ende 2014 hatte der Offizier einen Beinahe-Zusammenstoß mit einem der rätselhaften Flugkörper. Ein dienstliches Protokoll des Zwischenfalls liegt vor. Zudem

berichtete er dem Kongress in Washington, der Versammlung beider Parlamentskammern Senat und Repräsentantenhaus, von seinen Sichtungen.

Leutnant Graves diente im Geschwader „Red Ripper“ auf dem Flugzeugträger „USS Theodore Roosevelt“. Im Jahr 2015 wurde das Bordradar von Flugzeugen dieser Einheit durch ein leistungsfähigeres ersetzt. „Je mehr Maschinen mit dem neuen Gerät ausgerüstet wurden“, so berichtete der Offizier, „umso mehr Piloten orteten diese fremdartigen Objekte.“ Die „USS Theodore Roosevelt“ war auf einem Übungseinsatz vor dem Marineflieger-Stützpunkt „Oceana“ an der US-amerikanischen Ostküste auf der Höhe des Bundesstaats Virginia.

„Zunächst dachten wir, es handele sich um Scheinziele“, erklärte Graves. Er und Leutnant Danny Accoin gehören zu den wenigen Zeugen, die namentlich gegen-

über der „NYT“ von ihren Sichtungen berichteten. Drei weitere Piloten des Geschwaders haben der Zeitung ohne Namensnennung den Hergang weiterer Vorfälle eröffnet. Accoin hatte zweimal mit den fremdartigen Flugkörpern zu tun. Beim ersten Zusammentreffen erschien das Objekt auf dem Bordradar, sodass er seine Maschine auf dessen Kurs einklinken konnte. Für seine Helmkamera blieb es aber unsichtbar. Deshalb nahm er zunächst an, er habe es mit einer neuartigen Drohne eines geheimen Entwicklungsprogramms zu tun.

Wenige Tage darauf erfasste der Sensor einer Übungsrakete an seinem Flugzeug ein unbekanntes Objekt. Auch eine Infrarot-Kamera zeigte es an. „Jetzt wusste ich, dass es kein Scheinziel war“, sagte Accoin, „obwohl ich es optisch immer noch nicht ausmachen konnte.“ Kurze Zeit später kam es auch zu eindeutigen Sichtungen. Graves berichtet von einem Ka-

meraden, der mit allen Anzeichen des Schreckens von einem Übungsflug zurück kam. „Ich wäre um ein Haar mit einem dieser Dinger zusammengestoßen“, schilderte er einen Zwischenfall. Der Pilot und sein Rottenflieger hielten hoch über der Atlantikküste von Virginia etwa 30 Meter Abstand, als plötzlich etwas zwischen ihnen hindurch flog, knapp an seiner Kanzel vorbei. Es hatte die Gestalt einer „Kugel mit einbeschriebenem Würfel“.

Fortan waren die Marineflieger überzeugt, dass es sich um kein geheimes Drohnenprogramm handeln konnte. „Bei der Regierung hat man schließlich von Ort und Zeit der Übungsflüge gewusst“, folgerte Leutnant Graves. „Darum hätte man keine Drohnen steigen lassen und Zusammenstöße mit unseren Maschinen riskiert.“ Zudem wurden Protokolle von den Vorfällen eingereicht, denn sie wurden zu einem Sicherheitsrisiko.

Was sich die Piloten nicht erklären konnten, waren die ausgefallenen Flugbewegungen der fremdartigen Körper. Sie beschleunigten geisterhaft schnell auf Überschall-Geschwindigkeit, hielten plötzlich an und beschrieben jäh Kehrtwendungen. Kein menschlicher Insasse hätte das überlebt. „Die Geschwindigkeit bringt einen nicht um“, erläuterte Leutnant Graves, „aber derartige Beschleunigungen oder solchermaßen unvermitteltes Stoppen sehr wohl.“

Unerklärlich blieb auch das Fehlen unabdingbarer Merkmale herkömmlicher Flugzeuge wie Flügel, Steuer- und Höhenruder sowie sichtbarer Antriebs-Aggregate wie Propeller oder Turbinen und Abgasfahnen. Graves gab zu bedenken: „Ein Flugzeug in der Luft zu halten erfordert einen erheblichen Aufwand an Energie. Diese Dinger sah man den ganzen Tag lang über der Ostküste. Bei den Geschwindigkeiten, die wir zwölf Stunden lang beobachtet haben, sind das elf Stunden mehr als man erwarten dürfte.“

Alle Augenzeugen vermieden es, Vermutungen über Wesen und Herkunft der rätselhaften Gebilde

anzustellen. Auch verwendeten sie statt der populären Bezeichnung UFO die Kurzform UAP für „Unidentified Aerial Phenomena“, Unidentifizierte Erscheinungen im Luftraum. Vermutlich wollten sie sich von mystischen UFO-Kulten absetzen, die von außerirdischer Herkunft ausgehen. Aber aus dem Innern der Erde werden die UAP kaum kommen.

Den Anstoß für die Jagd des Pentagon nach diesen „Phänomenen“ gab laut „NYT“ Senator Harry Reid aus dem Bundesstaat Nevada. Der Politiker der Demokraten-Partei vermittelte die Forschungsgelder, auch an private Gesellschaften für Raumfahrt-technik wie einer Firma von Robert Bigelow. Dessen Unternehmen entwickelt im Verein mit der NASA ausklappbare Fahrzeuge für die Fortbewegung im Welt-

Außerirdische? Das bleibt weiterhin reine Spekulation

raum und betreibt eigene Nachforschungen in Sachen UAP. Gegenüber dem Fernsehsender CBS erklärte Bigelow, er sei fest davon überzeugt, dass es außerirdische Wesen gebe, die auch die Erde besucht hätten.

Ähnlich hatte sich bereits Apollo-Astronaut Edgar Mitchell geäußert. Der Mondfahrer erklärte: „Vor 500 Jahren galt der Astronom Copernicus als Ketzer, weil er behauptete, dass die Erde nicht der Mittelpunkt des Weltalls sei. Das ist inzwischen überholt. Doch heutzutage glaubt die Mehrheit von uns immer noch, die Menschheit sei das biologische Zentrum des Universums. Wir werden so lange nicht anerkennen, dass es vernunftbegabtes Leben außerhalb der Erde gibt, bis wir beim Einkaufen mit einem Außerirdischen zusammengestoßen.“

Volker Wittmann

\*Aufnahmen im Netz: <https://youtu.be/tf1uLwUTDA0> <https://youtu.be/6rWotrke0HY> <https://youtu.be/wxVRg7LLaQA>



Beflügeln seit Jahrzehnten die Phantasie: UFO-Darstellung

Bild: Imago/Science Foto Library



## MELDUNGEN

### Jugend weniger kriminell

**Königsberg** – Laut Angaben der Staatsanwaltschaft des Königsberger Gebiets ist die Zahl der kriminell gewordenen Jugendlichen im ersten Halbjahr 2019 um ein Viertel zurückgegangen. Staatsanwalt Sergej Chlopuschin macht für diese Entwicklung die erfolgreiche Arbeit der Behördenabteilungen für Prophylaxe und zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich. Chlopuschin bezeichnete den Rückgang der Jugendkriminalität als „erfreulich“. **MRK**

### Radfahrer auf dem Vormarsch

**Königsberg** – In der Pregelmetro-pole setzt sich das Fahrrad als Fortbewegungsmittel immer mehr durch. Eine Umfrage des Magazins „Novyj Kaliningrad“, an der 760 Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren teilnahmen, ergab, dass 83 Prozent der Befragten Radfahren auf den Straßen der Stadt positiv sehen. Sie bezeichnen es als bequeme, schnelle, ökologische und kostenlose Art der Fortbewegung. Mit der Nutzung des Fahrrads näherte sich Königsberg zudem europäischen Lebensstandards an. Das Rad gilt inzwischen als Prestigeobjekt. 17 Prozent der Befragten stehen dem Radfahren auf öffentlichen Wegen ablehnend gegenüber. Als Hauptgrund geben sie an, dass Fahrräder auf Straßen die Autofahrer stören und auf Bürgersteigen die Fußgänger. 38 Prozent der Königsberger besitzen bereits ein Fahrrad, 22 Prozent planen eins zu kaufen. 40 Prozent lehnen Radfahren ab. **MRK**

## Rauschendes Fest auf der Lomse

Königsberger Regierung ließ sich Neues einfallen, um die Bürger bei Laune zu halten

Beim diesjährigen Stadtfest in Königsberg hat sich die Stadtverwaltung etwas Neues einfallen lassen: Erstmals fand der erste Festtag auf der Lomse statt. Trotz des Regens fanden sich viele Besucher ein.

In diesem Jahr kann man das Königsberger Stadtfest als ungewöhnlich bezeichnen, fand es doch zum ersten Mal nicht in der Nähe des Hauses der Räte, sondern auf der Insel Lomse im Bereich des neuen Stadions statt, in dem die Spiele der Fußball-WM 2018 ausgetragen wurden. Da das Stadion nur zu Fuß zu erreichen war, wurden Shuttle-Busse eingesetzt, die vom Europa-Einkaufszentrum abfuhren. Da es viel zu wenige waren, gab es einen regelrechten Ansturm darauf. Da die Busse nur bis 21 Uhr abends zur Insel fuhren, mussten diejenigen, die wegen des Feuerwerks bleiben wollten, anschließend zu Fuß zurücklaufen. Regnerisches und kühles Wetter sorgte insgesamt für eine düstere Atmosphäre.

Wegen des starken Regens mussten sich die Festgäste in Ständen und in Pavillons unterstellen. Dafür erfreute sich der Handel eines starken Interesses. Es gab eine Vielfalt an Waren: Holzschmuck, Kleidung, Haushaltswaren und Spielzeug. In der Nähe gab es das sogenannte Street Food Festival. Trotz des modischen Namens gibt es hier Altbekanntes: Bier, Donuts, Pommes, Döner, Fleischspieße und Burger.

Gegen Abend wurde auf der Bühne im Stadion ein Galakonzert gegeben. Gleichzeitig wurde der aktuelle Titel „Ehrenbürger von Kaliningrad“ vergeben. In diesem Jahr wurde Wladislaw Malachowskij, Professor an der heu-



Verkleidungen, Laufen auf Stelzen, künstlerische Darbietungen: Die Teilnehmer des Königsberger Stadtfests hatten trotz schlechten Wetters ihren Spaß

Bild: J.T.

gen Kant-Universität, Doktor der physikalisch-mathematischen Wissenschaften, der mit seinen 90 Jahren immer noch an der Universität lehrt, eine Gedenkmarke verliehen. So endete der erste Feiertag, und am zweiten Tag erwartete die Königsberger das Turnier „Königsberger Männer“, ein Wettbewerb im Blumenstraßwerfen und eine Parade von Familien mit Kinderwagen.

Am zweiten Tag der Stadtfeier wurde auch eine Fußgängerzone in der Hufenallee eröffnet. Starker Regen und frische Windböen begleiteten den Tagesbeginn. Im Laufe der Zeit besserte sich das Wetter jedoch leicht, und alle angekün-

digten Ereignisse fanden mit einer leichten Verzögerung statt. Es gab eine Parade von Musikorchestern,

### Zwei Feuerwerke trotz knapper Kassen

Prozessionen und sogar ein Rennen von Bräuten in ihren Hochzeitskleidern.

Auf der Bühne am Denkmal der Kosmonauten wurden derweil Ehepaare geehrt, die es bereits zwischen 30 und 60 Jahre miteinander ausgehalten haben. Während der Preisverleihung schuf ein Bildhauer auf der Bühne eine Eis-

figur in Form eines Herzens. Gleichzeitig wurde in der Nähe des Denkmals der Kosmonauten ein Graffiti mit dem Bild des Kosmonauten Alexej Leonow fertiggestellt.

Bürgermeister Alexej Siluanow stellte das wie eine Losung aus alten Zeiten klingende Motto des diesjährigen Stadtfests vor: „Stadt der glücklichen Menschen, Stadt des Friedens und der Freundschaft“. An diesem Tag gab es auch noch einen Wettbewerb im Laufen auf Stelzen über Kopfsteinpflaster, im Stadion „Baltika“ bewegten Schwergewichtler Autos, in der historischen Straßenbahn „Devau“

wurden Kinderzeichnungen ausgestellt.

In der Kniprodestraße fand eine Oldtimer-Parade statt und moderne, im Unternehmen Avtotor montierte Pkw wurden zur Schau gestellt. Sportbegeisterte verbrachten die Stadtfeier am Ober-teich, wo ein Rennen über die Distanz von einer Meile stattfand.

Die Feier ging im Park Luise-nwahl zu Ende. Auf dem Konzert traten Illusionisten auf sowie die Popgruppe „Premierminister“ und örtliche Musikgruppen. Neu war, dass es auch am zweiten Tag des Stadtfests trotz knapper Kassen ein Feuerwerk gab.

Jurji Tschernyschew

## Jubiläum als Familienpicknick

Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit beging 25. Jubiläum

Als eine der letzten Gesellschaften der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen machte sich die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit im Jahr 1994 selbstständig. Am 29. Juni wurde das 25-jährige Bestehen feierlich im Töpferdorf „Garncarska Wioska“ in Königlich Steinau nahe Neidenburg mit einem Jubiläums-Familienpicknick begangen.

Es war in mehrfacher Hinsicht eine ungewöhnliche Jubiläumsfeier, die die Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit auf die Beine gestellt hat. Sie begann zwar morgens analog zu den meisten Festen der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen mit einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelisch-augsburgischen Kirche unterhalb der Burg in Neidenburg mit dem dortigen Pfarrer Roland Zagóra und dem katholischen Seelsorger der Deutschen Minderheit Domherr André Schmeier, aber auf feierliche Ansprachen mussten die Gäste bis zum Mittag warten.

In Königlich Steinau erwartete sie nämlich als nächster Pro-



Eröffnung: Chor der Neidenburger Gesellschaft

Bild: U.H.

grammpunkt ein gemütlicher Plausch bei Kaffee und Kuchen. Das Töpferdorf ist ein großer, malerischer Hof mit Töpferei, Schmiede und anderen handwerklichen Gebäuden sowie einem weitläufigen Garten, dessen Betreiber verschiedene künstlerische und pädagogische Werkstätten anbieten. Es ist ein Ausflugsziel für Schulklassen, bietet aber mit einem kleinen Amphitheater auch Platz für kulturelle Veranstaltungen. „Wir wollten die Feier nicht zu steif werden lassen, da viele Familien mit Kindern kommen sollten, und haben daher

diesen Ort gewählt und das Fest als Sommerfest beziehungsweise Familienpicknick organisiert“, erklärte Michal Schlueter, der Vizenvorsitzende der Neidenburger Gesellschaft deutscher Minderheit. Er vertrat auf dem Fest gleichzeitig den Verband der deutschen sozial-

kulturellen Gesellschaften in Polen, in dem er die gleiche Funktion hat.

Es war ein lebendiges Treiben um das Festzelt und das Amphitheater, Kinder verschiedenen Alters mit ihren Eltern, Groß- und Urgroßeltern sorgten für ein buntes Bild. Während dann um die Mittagszeit der offizielle Teil vom Chor der Neidenburger Gesellschaft mit dem Ostpreußenlied eröffnet wurde, versammelten sich die Kinder zu einer Werkstatt mit dem Magier Filip Piestrzeniewicz aus Lods, der später auch das Publikum mit

seinem zweisprachigen Auftritt verzauberte. Nachdem auf der Bühne die Vorsitzende der Gesellschaft Sabina Wylengowska die Gäste begrüßt hatte, stand sie persönlich im Mittelpunkt des Interesses. Zuerst lobte der Vizelandrat des Kreises Neidenburg Pawel Przybylek ihre Arbeit und die der Gesellschaft, danach zeichnete sie der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Neidenburg, Ulrich Pokraka, im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen mit der Silbernen Ehrennadel aus. In der Laudatio würdigte er vor allem die intensive Aktivität von Wylengowskas für die deutsche Sprache im Kreis Neidenburg mit dem Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache und dem Walter-Kollo-Gesangswettbewerb des deutschen Liedes. Die Wirkung dieser Arbeit zeigten am Nachmittag im zweiten Teil des Programms junge Teilnehmer des Wettbewerbs auf der Bühne mit ihren Liedern. Eine Belohnung dafür gab es für sie ausnahmsweise bereits vorher – in der Mittagspause, als die Geburtstagstorte für die Gesellschaft verteilt wurde.

Uwe Hahnkamp

## Egger produziert

Spanplatten für die gesamte Republik Polen

Die Fabrik Egger in Bischofsburg hat damit begonnen, den gesamten polnischen Markt mit Spanplatten zu versorgen. Die zum Konzern Egger mit Sitz in St. Johann in Tirol gehörende Fabrik hat sich in der Ermländisch-Masurischen Sonder-Wirtschaftszone niedergelassen. Das Werk und die mit ihm zusammenarbeitenden Unternehmen beschäftigen insgesamt 1000 Personen.

Egger in Bischofsburg ist eines von 19 Werken dieser Gruppe in der ganzen Welt. Die Höhe

der Investition, die der Konzern in den Vororten von Bischofsburg im Ermland getätigt hat, beläuft sich auf umgerechnet 440 Millionen Euro. Um die Niederlassung des Werkes in der Region hat sich die Ermländisch-Masurische Sonder-Wirtschaftszone viele Monate lang bemüht. Wie Barbara Lewandowska von der Informations-Abteilung des Firma Egger in Bischofsburg bekannt gab, wird die jährliche

Produktion des Werkes 650000 laufende Meter Spanplatten betragen. Das sei so viel, wie die polnischen Möbel-Fabrikanten bisher aus Rumänien und Österreich hätten einführen müssen, sagte Lewandowska.

Egger produziert den Baustoff aus drei Komponenten: aus Holz, aus Abfall von Sägewerken und aus Recycling-Produkten. Die Polnische Presse-Agentur meldete, dass Egger das Holz, die Ab-

fälle von Sägewerken und die Recycling-Produkte von örtlichen Lieferanten bezieht. Die Fabrik hat Lieferverträge unter anderem mit 140 Oberförstereien unterschrieben. Egger in Bischofsburg bekräftigt, dass dabei die neuesten Umwelt-Vorschriften beachtet würden.

In der Fabrik in Bischofsburg sind zurzeit bereits 370 Arbeitnehmer beschäftigt, aber in kurzer Zeit sollen es 400 sein. Bei Lieferanten der Fabrik in Bischofsburg werden weitere 600 Personen beschäftigt. **PAZ**

### Das Werk bietet 370 Arbeitsplätze

## Wir gratulieren ...

## ZUM 105. GEBURTSTAG

**Staats**, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 26. Juli

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Vogel**, Brigitte, geb. **Rockstroh**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Galla**, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Juli  
**Wichert**, Gertrude, geb. **Malesa**, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Burger**, Dora, geb. **Josuttis-Siegenthaler**, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli  
**Drescher**, Erna, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 28. Juli  
**Haut**, Ulrich, aus Pommern, am 29. Juli  
**Kurschat**, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli  
**Nass**, Käte, geb. **Balzer**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 29. Juli

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Feuerer**, Gerda, geb. **Rinas**, aus Treuburg, am 30. Juli  
**Greifenberg**, Hildegard, geb. **Kukowski**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 26. Juli  
**Reimers**, Herta, geb. **Kröhnert**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August  
**Schmitter**, Selma, geb. **Sucht**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August  
**Stahnke**, Irmgard, geb. **Redwanz**, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30. Juli  
**Tiedtke**, Lisbeth, geb. **Lange**, aus Rastenburg, am 28. Juli

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Faak**, Edith, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 1. August

**Klemme**, Erna, geb. **Zitzewitz**, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 1. August  
**Schröder**, Margarete, geb. **Hamm**, aus Leibienen, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
**Tresp**, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Brendel**, Antonie, geb. **Bemba**, aus Königsfließ, Kreis Lötzen, am 26. Juli  
**Eczko**, Elfriede, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Juli  
**Gebhardt**, Alice, geb. **von Raven**, aus Neidenburg, am 5. Juli  
**Krupp**, Gertrud, geb. **Wolff**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Juli  
**Willuhn**, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bottke**, Helene, geb. **Siminoff**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 27. Juli  
**Brosda**, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli  
**Hänsel**, Edith, geb. **Schein**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 28. Juli  
**Oelsner**, Grete, geb. **Petereit**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 29. Juli  
**Peters**, Ursula, geb. **Ellmer**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 28. Juli

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Hawryliw**, Marianne, geb. **Kischlat**, aus Treuburg, am 31. Juli  
**Jagemast**, Ilse, geb. **Böhnke**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 29. Juli  
**Merchel**, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 14. Juli  
**Mick**, Hilda, geb. **Crispin**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli  
**Prusak**, Edith, geb. **Gedack**, aus Wehlau, am 30. Juli

**Ruthkowski**, Helmut, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 26. Juli  
**Schwill-Engelhardt**, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Erkwoh**, Dr. Frank-Dietrich, aus Katzenblick, Kreis Fischhausen, am 27. Juli  
**Friese**, Herbert, aus Altfelde, Kreis Marienburg, am 30. Juli  
**Gesick**, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli  
**Grote**, Ruth, geb. **Pokatis**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 28. Juli  
**Oberg**, Elfriede, geb. **Schulz**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli  
**Peip**, Elli, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli  
**Plikat**, Ruth, geb. **Nickel**, aus Treuburg, am 1. August  
**Speicher**, Käte, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli  
**Wilke**, Ruth, geb. **Braczko**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August  
**Wolff**, Irmgard, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 29. Juli

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Burdenski**, Eitel, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli  
**Curdts**, Irene, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 26. Juli  
**Heidrich**, Lieselotte, geb. **Brodd**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 27. Juli  
**Klimmek**, Ulrich, aus Muschaken/Lahna, Kreis Neidenburg, am 13. Juli  
**Lion**, Jürgen, aus Allenstein, am 26. Juli  
**Raski**, Johanna, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August  
**Schimmosek**, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 29. Juli  
**Schröder**, Edith, geb. **Bienderra**, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli  
**Skulimma**, Werner, aus Gaulenden, Kreis Wehlau, am 27. Juli

**Weber**, Erika, geb. **Keller**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Juli  
**Werner**, Lore, geb. **Sadowski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Dombrowski**, Lothar, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 26. Juli  
**Fohs**, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Juli  
**Gwiasda**, Helene, geb. **Jedamski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Juli  
**Holstein**, Elvira, geb. **Zefer**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Juli  
**Janßen**, Elly, geb. **Wierostek**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 11. Juli  
**Karpinski**, Christel, geb. **Sadowski**, aus Lyck, Litzmannstraße 12, am 29. Juli  
**Kühl**, Helga, geb. **Kuss**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 26. Juli  
**Nickel**, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli  
**Prasuhn**, Elfriede, geb. **Jablonski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. Juli  
**Rosenthal**, Margarete, geb. **Bratz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. Juli  
**Sadlowski**, Otto, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli  
**Vermeer**, Margarete, geb. **Uzatis**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 27. Juli  
**Werse**, Werner, aus Scheufeldsdorf, Kreis Ortelsburg und aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 1. August  
**Wiele**, Ruth, geb. **Schirmann**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juli  
**Wiesberg**, Fritz, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 18. Juli  
**Woldeit**, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli  
**Zinn**, Hilde, geb. **Kosemund**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Ananias**, Erna, geb. **Andrioff**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. Juli  
**Becher**, Hans-Joachim, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 1. August

**Bloße**, Ulrich, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 29. Juli  
**Fahlke**, Eva-Maria, geb. **Chnelewski**, aus Lyck, am 27. Juli  
**Funk**, Bruno, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
**Gollub**, Ernst-August, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 30. Juli  
**Grätsch**, Klaus, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 31. Juli  
**Graf**, Wilfried, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. August  
**Harms**, Hilde, geb. **Peter**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 29. Juli  
**Pfeiler-Iwohn**, Christa, aus Fischhausen, am 29. Juli  
**Rentz**, Inge, geb. **Teichert**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. August  
**Siemoneit**, Winrich, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 1. August  
**Struppek**, Arno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. August  
**Warda**, Kurt, aus Lyck, am 1. August  
**Weikam-Nowotsch**, Inge, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 27. Juli

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bahlau**, Edith, aus Lyck, am 28. Juli  
**Balzer**, Edith, geb. **Hecht**, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli  
**Bolinski**, Gerhard, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli  
**Dziersk**, Hildegard, geb. **Lipinski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. Juli  
**Feller**, Ingrid, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 29. Juli  
**Glagau**, Helga, geb. **Apelt**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 31. Juli  
**Kirstein**, Johannes, aus Millau, Kreis Lyck, am 1. August  
**Klein**, Richard, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 30. Juli  
**Koschinat**, Wolfgang, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 31. Juli  
**Kramber**, Ingrid, geb. **Färber**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 1. August

**Kraska**, Günter, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli  
**Kühle**, Anneliese, geb. **Czychon**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. Juli  
**Kulesa**, Karl-Günter, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 27. Juli  
**Mex**, Arnold, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 31. Juli  
**Plaumann**, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juli  
**Rosowski**, Heinz, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli  
**Schönke**, Anna, geb. **Zwetz**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. Juli  
**Schultze**, Ruprecht, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 13. Juli  
**Schwalm**, Edeltraut, geb. **Jendrah**, aus Bartzendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Juli  
**Stern**, Brigitte, geb. **Groebert**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 27. Juli  
**Umierski**, Erika Laura, geb. **Kopatzi**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 31. Juli  
**Will**, Ingrid, geb. **Hoppe**, aus Wehlau, am 27. Juli

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Gill**, Siegmund, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. August  
**Golinski**, Wolfgang, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 26. Juli  
**Gorlo**, Klaus, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 28. Juli  
**Klich**, Bodo, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Juli  
**Stosno**, Klaus, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 26. Juli  
**Wagner**, Hans-Ludwig, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Juli



**Kath**, Gerhard, aus Neuruppin und Ehefrau Eleonore, geb. **Malek**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 1. August

## Zusendungen für Ausgabe 32

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 32/2019 (Erstverkaufstag: 9. August) bis spätestens Mittwoch, 31. Juli an E-Mail: [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de), per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preussische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Kreisgemeinschaft ALLENSTEIN e.V.

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, E-Mail: [kreisvertreter-allenstein@t-online.de](mailto:kreisvertreter-allenstein@t-online.de)

## Wahlergebnis

Die Vorstandswahl zur neuen Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. auf der außerordentlichen Kreisversammlung vom 29. Juni im Rathaus zu Hagen a.T.W. hatte folgendes Ergebnis: In den fünfköpfigen geschäftsführenden Vorstand (allein stimmberechtigt) wurden gewählt: Kreisvertreter: Andreas Galenski, Stellvertreter: Siegfried Keuchel, Schatzmeister: Artur Korczak, Schriftführer: Jan

Hacia, Schriftleiter: Andreas Galenski. Von diesen bilden drei den vertretungsberechtigten Vorstand nach § 26 Absatz BGB, nämlich der KV, sein Stellvertreter und der Schatzmeister. Der erweiterte Vorstand, der nichtstimmberichtig ist, setzt sich aufgrund der Wahl wie folgt zusammen: Kirchspielbeauftragter: Johann Certa, Heimatbetreuer: Herbert Monkowski, Pressereferent: Horst Tuguntke (er und H. Monkowski zugleich Redaktionsmitglied HJB), Internetbeauftragter: Bernhard Grodowski. Schriftführer-Stellvertreter: Andreas Grunwald. Das Archiv im erweiterten Vorstand werden vom stellvertretenden Kreisvertreter und die Versandabteilung vom Schriftführer mit verwaltet. Zu Kassenprüfern wurden wiedergewählt: Waldemar Lehnhardt und Hubert Schulz. Alle Gewählten nahmen ihre Wahl an. Die Wahl in zwei Ämter, insbe-

sondere des geschäftsführenden Vorstandes, ist gesetzeskonform. Die Amtsinhaber wurden überwiegend in der Stadt Allenstein geboren oder dort schulisch wie beruflich ausgebildet.

An der Wahl hatten sich zehn von 24 in die Kreisversammlung Gewählte beteiligt. Die überwiegend auf die letzten Plätze Gewählten der Stadtgemeinschaft hatten weisungsgemäß ihre Wahl nicht angenommen und waren auch nicht erschienen; dazu gehörte auch der Wahlleiter aus der Stadtgemeinschaft, der laut Satzung für die Bekanntgabe und Veröffentlichung des Wahlergebnisses zuständig ist. Das ist umso unverständlicher, als der Stadtgemeinschaft die Vereinsämter Kreisvertreter, Stellvertreter und Schriftführer und wenigstens zwei von fünf Ämtern in Aussicht gestellt worden waren; allerdings sollte ein jüngerer Vorstand berücksichtigt werden.

Zur Sach- und Rechtslage: Die Auffassung des Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Allenstein in der PAZ-Mitteilung vom 14. Juni 2019, Nr. 24 „Aus den Heimatkreisen, Allenstein-Stadt“, die Fusion sei gescheitert, ist „contra legem“, also rechtlich ohne Belang. Der

Zusammenschluss der beiden ehemals selbstständigen Kreisgemeinschaften zur neuen Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. ist längst vollzogen. Die vom gemeinsamen Satzungsausschuss (ich gehörte dazu) im Jahre 2018 erarbeitete Satzung „Kreisgemeinschaft Allenstein e.V.“ mit ihrem § 3 des Inhalts „die Kreisgemeinschaft Allenstein ist der Zusammenschluss der ehemaligen Bewohner der Stadt und des Landkreises Allenstein...“ wurde von einem Notar wie vereinbart bei einem Vereinsgericht am 28. September 2018 eingetragen und das zuständige Finanzamt hat am 19. November 2018 den beantragten Freistellungsbescheid erteilt; inzwischen wurde einvernehmlich ein Vereinskonto KG Allenstein e.V. bei einer neuen Bank eingerichtet. So wenig es die frühere KG Allenstein-Land noch gibt, so wenig ist die Stadtgemeinschaft Allenstein heute noch existent; es gibt sie nur noch auf dem Papier. Als Inhaber des Rechtspfleger-Diploms (ein Rechtspfleger ist beim Amtsgicht für die Be-

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 15

TERMINE DER LO  
2019

- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
- 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November: Ostpreussische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de), Internet: [www.ostpreussen.de/lo/seminare.html](http://www.ostpreussen.de/lo/seminare.html)

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 14

arbeitung und Entscheidung in Vereinsregistersachen zuständig) erkläre ich: Die bei der Stadtgemeinschaft in Rede stehende „Beitrittserklärung“, die noch aussteht, ist nicht gegenüber der neuen gemeinsamen Kreisgemeinschaft, sondern gegenüber dem zuständigen Amtsgericht, bei dem der Verein noch eingetragen ist, zur Bereinigung des Vereinsregisters, also zur Löschung, abzugeben; andernfalls ist der aufwändigere Weg der Liquidation (Auflösung) des Vereins unter Beachtung der eigenen Satzung und unter Zuhilfenahme eines Notars zu wählen, wobei offen bleibt, was mit dem Vereinsvermögen, insbesondere mit der erst kürzlich heimlich gegründeten Stiftung geschieht.

Der neu gewählte Vorstand der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. ist sich seiner Verantwortung gegenüber den Mitgliedern aus Stadt und Land Allenstein und auch gegenüber der Deutschen Minderheit in Allenstein durchaus bewusst und wird dementsprechend seine satzungsgemäße Arbeit aufnehmen.

Horst Tuguntke, Pressereferent

ELCH-  
NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

## Kreistreffen...

**Bad Nenndorf** – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.  
Programm  
Freitag, 6. September  
14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegiertenversammlung, 16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.  
Sonabend, 7. September  
9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros, 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, 10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen, ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.  
Sonntag, 8. September  
10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Stadtfest und  
Bruderhilfe

**Heinrichswalde** – Erstes Wochenende im August: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe mit Gottesdienst.

## Heimatreise

**Zehntägige Busreise:** Elchniederung und Kurische Nehrung, vom 31. Juli bis 9. August. Informatio-

nen erhalten Sie ebenfalls bei Peter Westphal (Kirchspielvertreter von Rauterskirch), Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228.



## GERDAUN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdaun.de.

## Kreistagswahl

**Rendsburg** – Sonnabend, 12. Oktober, ab 9 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Hauptkreistreffen mit Neuwahl der Kreistagsmitglieder.

Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens.

Laut §1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdaun – fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen) – drei, Assaunen – ein, Friedenbergr/Groß Schönau – ein, Klein Gnie – ein, Laggarden/Löwenstein – ein, Molthainen/Momehnen – ein, Muldszen (Mulden) – ein, Abteilung GIRDAWE – ein Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß §2 Absatz 1 unserer Vereinssatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Laut §5 der Wahlordnung schlägt der jetzige Vorstand nachstehende Landschaften für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdaun: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Karin Leon, Hans Eckart Meyer, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiele Friedenbergr/Groß Schönau: Klaus-Dietrich Rahn; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann; Kirchspiele Molthainen/Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAWE: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Assaunen liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 12. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Ingrid Kalipke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen.

Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei

unserer Geschäftsstelle anfordern.  
Walter Mogk

INSTERBURG –  
STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

## Heimatgruppe

**Thüringen** – Sonntag, 4. August, 14 Uhr, Geländer der ega, Egapark, Gothaer Straße, Erfurt: Mitgliedertreffen. Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com



## LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Telefon (04853) 562, info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

## Haffdörfertreffen

**Bremerhaven** – Sonnabend, 3. August, 14 Uhr Kleingartenverein Süd, Helgoländer Straße 3: 44. Haffdörfertreffen der Haffdörfer Rinderort, Peldßen und Labagienen/Haffwinkel. Information bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176.



## LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

## Hauptkreistreffen

**Hagen** – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg in der Patenstadt Hagen/Raum Berlin – Siegen – Köln.

Programm

Sonnabend, 24. August  
11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20, 14 Uhr: Öffentliche Kreistagsitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 16 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure, 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen, 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels.  
Sonntag, 25. August  
9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure, 11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin – Siegen – Köln des Hotels. Bitte die Tischaufteilung beachten. 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure, 14.30 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Bistro (Bar) des Hotels, 17 Uhr: Ausklang.

Einsicht in die Heimatkreisartei: Sonntag von 14.30 bis 15.30 Uhr.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.

## Gratulation



Günter Donder wird 90. Bild: privat

Günter Donder wurde am 9. August 1929 in Stettenbach, Kreis Lyck, geboren. Von Beruf war er als Technischer Angestellter im Werkzeugbau tätig. Er wohnt in Köln-Niehl.

Günter Donder ist seit 1980 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Stettenbach und seit 1983 Bezirksvertreter des Bezirks Baitenberg. Von 1983 bis 2018, also 35 Jahre lang, war er Mitglied des Kreistages. Seine Frau Edith geb. Kania ist Ortsvertreterin von Kutzen, Kreis Lyck.

Am 24. April 2019 konnte das Ehepaar Donder das Fest der Eisernen Hochzeit feiern.

Günter Donder beschäftigt sich nebenberuflich mit der Malerei und dem Schreiben. Aus seiner Feder stammen drei Bücher über das Geschehen in seiner masurischen Heimat und Kurzgeschichten, die in seinen sogenannten Weihnachtsbriefen Freunde in aller Welt erreichen. Außerdem hat er ein „Kleines Masurisches Wörterbuch“ verfasst. Günter Donder hat an manchen heimatkulturellen Veranstaltungen teilgenommen, Vorträge gehalten und aus seinen Büchern vorgelesen, unter anderem auch in der Heimatkreisstadt Lyck in polnischer Sprache.

In der Malerei kann er auf eine stattliche Anzahl von Bildern in verschiedenen Techniken und auf viele Zeichnungen zurückblicken, die er in mehr als 40 Ausstellungen gezeigt hat. Erwähnenswert sind die Einzelausstellung 1988 in der Patenstadt Hagen und zwei Ausstellungen, 1996 und 2000, in der Heimatstadt Lyck.

Als Dolmetscher und Übersetzer für Deutsch-Polnisch hat er für die Kreisgemeinschaft Lyck viele Schriftstücke in beide Sprachen übersetzt und bei Veranstaltungen simultan gedolmetscht. Für seine mannigfachen Verdienste wurde Günter Donder am 24. April 2004, dem Tag seiner Goldenen Hochzeit, mit dem Ehrenschild des Kreises Lyck und am 29. August 2015 mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Für sein 2008 ins Polnische übersetztes und in Lyck vorgestelltes Buch „Meine Kinderjahre in Masuren“ ehrte ihn die dortige Stadtbibliothek mit der „Weißen Lilie“ der Stadt Lyck. Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert herzlich und wünscht noch viele Jahre bei guter Gesundheit.



## OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

## Jahrestreffen

**Lüneburg** – Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. September, Fest-

diele, Gasthaus Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg: Jahrestreffen.

Freitag, 13. September (Festdiele), 17 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode, 19 Uhr: Begrüßungsabend.

Sonnabend, 14. September  
10 bis 12 Uhr: Führung durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums, beginnend mit „Geschichte Ostpreußens“ oder „Kunst und Kultur Ostpreußens“, ab 11 Uhr „Wild, Wald und Pferde“ oder „Flucht, Vertreibung, Ankunft“, 12 Uhr: Mittagpause, 14 bis 16 Uhr: Feierstunde (Festdiele) mit einem Vortrag von Christopher Spatz „Heimatlos. Das Lager Friedland – ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“.



## RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. GSt.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

## Kreistreffen

**Wesel** – Sonnabend, 10., und Sonntag, 11. August, Niederrheinhalle: 63. Heimatkreistreffen.

Programm:

Sonnabend, 10. August  
9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, 14 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Restaurant „Wacht am Rhein“ in Buderich zum Spaziergang und Kaffeetrinken, 19 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel.

Sonntag, 11. August

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück, 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu, in der Feldmark, Wesel, 14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle, Wesel: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Kontakt: Geschäftsstelle „Patenschaft Rastenburg“, Telefon (0281) 26950.

## Mitgliederversammlung

**Wesel** – Sonntag, 11. August, 11.30 Uhr, Niederrheinhalle Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistags-Sitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2020, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2019/2020 und

10. Verschiedenes. Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 2. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff,  
Kreisvertreter



## RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

## Tag der offenen Tür

**Neuss** – Donnerstag, 1. August, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der offenen Tür.

## Treffen

**Altenberge** – Freitag, 2., bis Sonntag, 4. August, Hotel Stür, Laerstraße 6, 48341 Altenberge: Treffen der „Bischofsteiner“ im Altenberge. Auskunft bei Gerdy Freise, Telefon (02232) 411881.



## TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Mitgliederversammlung  
und Vortrag

**Bad Sassendorf** – Sonnabend, 31. August, 19 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf: Mitgliederversammlung. Nach der Versammlung findet im Rahmen des abendlichen Beisammenseins ein Vortrag von Christopher Spatz über die ostpreußischen Wolfskinder statt.

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit freut sich besonders, den diesjährigen Träger des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft für einen Vortrag gewonnen zu haben. Der 1982 in Bremen geborene Historiker hat sich in seiner Dissertation ausführlich mit dem Schicksal der Wolfskinder befasst und in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ seine Forschungsergebnisse und Interviews mit Betroffenen für ein breites Publikum im Jahr 2016 veröffentlicht.

Der Vortrag ist für alle Interessierten offen und eintrittsfrei.



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT  
LANDESGRUPPEN

**BAYERN**

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Hof** – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen macht Sommerpause. Das nächste Monatstreffen findet am Sonnabend, 14. September, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube in Hof statt. Thema wird der Oberländer Kanal sein. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Es folgen zwei Berichte der Gruppe Hof.

Berühmte Ostpreußen: Gustav Robert Kirchhoff  
Als Prominenten des Monats hatte Kulturwart Bernd Hüttner den Physiker Gustav Robert Kirchhoff ausgewählt. Der 1824 in Königsberg geborene Wissenschaftler machte sich besonders um die Erforschung der Elektrizität verdient.

Gustav Robert Kirchhoff studierte Mathematik und Physik an der Universität Königsberg und war danach an den Universitäten in Breslau und Heidelberg tätig. 1875 kam er als Professor für theoretische Physik an die Universität Berlin. Diese Stelle hatte er bis kurz vor seinem Tod im Jahr 1887 inne. Dank seiner guten wissenschaftlichen Reputation wurde er als Mitglied in verschiedene Gremien berufen, unter anderem in die Akademie der Wissenschaft Preußens, Göttingens und Russlands.

Der Name Kirchhoffs wird vor allem mit seinen Kirchhoff'schen Regeln, die fundamental für Aufbau und Analyse elektrischer Schaltungen sowie die Elektrotechnik sind, in Verbindung ge-

bracht. Er beschrieb in diesen Lehrsätzen die Abhängigkeit von elektrischer Spannung, elektrischem Strom und elektrischem Widerstand, die er 1845 entdeckte.

Bei der Spektralanalyse des Mineralwassers der neu erschlossenen Maxquelle in Dürkheim entdeckte er 1861 zusammen mit Robert Wilhelm Bunsen die Elemente Caesium und Rubidium.

Durch ihre Studien konnten die beiden Wissenschaftler außerdem die Fraunhoferlinien, die Rückschlüsse auf die chemische Zusammensetzung und Temperatur der Gasatmosphäre der Sonne und von Sternen erlauben, erklären und somit eine der wesentlichen Grundlagen der modernen Astronomie schaffen.

Geehrt wurde Gustav Robert Kirchhoff für seine Verdienste unter anderem durch die Benennung des Mondkraters Kirchhoff und die Namensgebung „Kirchhoff-Institut für Physik“ (KIP) der Universität Heidelberg. Anlässlich seines 150. Geburtstages gab die Bundespost eine Sonderbriefmarke heraus.

Gustav Robert Kirchhoff war zweimal verheiratet. Seine erste Frau Clara Richelot, mit der er zwei Söhne und zwei Töchter hatte, starb bereits nach zwölf Jahren Ehe 1869. Drei Jahre später heiratete er 1872 Luise Brömmel, die an der Heidelberger Augenklinik beschäftigt war. Kirchhoff starb 1887 in Berlin. Sein Grab befindet sich auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg. Es ist seit 1956 als Ehrengrab der Stadt Berlin gewidmet.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zu ihrer monatlichen Zusammenkunft im Restaurant „Altdeutsche Bierstube“. Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste an der voll besetzten Kaffeetafel. Den Geburtstagskindern der letzten Monate wünschte er viel Glück und vor allem Ge-

sundheit. Nach der Vorstellung des Physikers Gustav Robert Kirchhoff durch Kulturwart Bernd Hüttner ging die Reise durch Ostpreußen mit der ehemals westpreußischen Stadt Elbing weiter. Christian Joachim spannte in seinem Vortrag einen Bogen von der Gründungszeit bis in die Jetztzeit.

Elbing liegt rund 55 Kilometer südöstlich von Danzig am Rand der Elbinger Höhe in der Elbinger Niederung im früheren Westpreußen. Nahe der Stadt münden die Flüsse Elbing und Nogat in das Frische Haff. Schon bevor der Deutsche Orden nach Preußen kam, hatten Lübecker Kaufleute in Elbing mit dem Bau einer Handelsiedlung begonnen. Die natürlichen Wasserstraßen, die sich hier treffen, bescherten der schon im 9. Jh. nachweisbaren Handelsiedlung eine frühe Blüte. 1237 errichtete der Deutsche Ritterorden eine Festung am Drausensee. 1246 erhielt die Ortschaft Stadtrechte und wurde befestigt. Bald darauf entstand auch ein Hafen, und noch im 13. Jh. wurde Elbing Mitglied der Hanse. Parallel zum wirtschaftlichen Erfolg kam es zu einer bemerkenswerten kulturellen Entwicklung. Die Stadt war im 16. Jahrhundert ein Zentrum humanistischer Studien, und am 1535 gegründeten Gymnasium lehrte der bedeutende Humanist und Pädagoge Jan Arnos Comenius.

Eine neue Blütezeit erlebte Elbing im 16. Jh. durch die Ansiedlung holländischer Mennoniten und die Niederlassung der Eastland Company. 1772 fiel die Stadt an Preußen und entwickelte sich allmählich zu einem Industriezentrum.

Im Zweiten Weltkrieg kam es zu verheerenden Zerstörungen, bei denen 90 Prozent der Bausubstanz verloren gingen. Das Markt-Tor am Ufer des Elbingflusses aus dem 14./15. Jahrhundert überstand als einziges Stadttor das Bombardement. Früher war die Stadt ein kunstgeschichtliches Schmuckstück. Die wiederaufgebauten wichtigsten Denkmäler inmitten des modernen Industriezentrums zeigen nur einen Abglanz der früheren Schönheit. Ab 1990 wurde

die Altstadt unter Verwendung historischer Bauformen wie spitzer Giebel zur Straße und Fachwerkimitationen auf den noch vorhandenen Grundrissen der alten Keller wieder neu aufgebaut. Verbliebene Kleinode sind die Marienkirche des Dominikanerordens, eine im 13. und 14. Jahrhundert errichtete Hallenkirche, in der nach dem Krieg eine Galerie moderner Kunst untergebracht ist, sowie die Pfarrkirche St. Nikolai. Diese stammt ebenfalls aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Ihr spätgotischer Altar sowie das bronzenes, 1278 von Meister Bernhauser signierte, Taufbecken sind erhalten geblieben.

Heute ist Elbing eine kreisfreie Stadt in der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren. Die Stadt hat rund 122 000 Einwohner. 1992 wurde sie zum Sitz des katholischen Bistums Elbing erhoben.

Für den Schiffsverkehr wurde im Juni 2006 ein neuer Seehafen am Elbingfluss in Betrieb genommen, in dem jährlich bis zu 750 000 Tonnen Güter umgeschlagen werden können. Der Hafen ist auch für den Personen- und Autoverkehr auf der Ostsee vorgesehen.

Elbing war schon immer ein Industriestandort mit weltbekannten Firmen. Die ehemaligen Schichau-Werke wurden 1945 in ELZAM umbenannt und gehören seit 1990 zum Asea Brown Boveri-Konzern (dann Aistom, heute General Electric). Der Betrieb produziert Turbinen und Elektromotoren. Der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt ist die Brauerei Elbrewery (Marke EB). Außerdem ist die Stadt Sitz für bedeutende Transportmittelfabriken und eine Schiffswerft. Darüber hinaus sind hier Betriebe der Milch-, Fleisch-, Leder-, Textil- und Möbelindustrie angesiedelt.

Die Stadt Elbing ist heute wieder sehr sehenswert, weil sie eine der saubersten und gepflegtesten Städte in Polen ist. Mehrfach wurden bereits Preise für Ökologie und Umweltschutz an Elbing vergeben.

Ein besonderes Kuriosum war hier sicher hilfreich: Nicht gestat-

tet sind sowohl das Wegwerfen von Müll als auch das öffentliche Fluchen.

oder per E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

**BERLIN**

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

**Bartenstein** – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

**Königsberg** – Freitag, 9. August, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

**HAMBURG**

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

**Insterburg**

Freitag, 7. August, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung. Informationen erhalten Sie bei Manfred Samel unter Telefon (040) 587585

**FRAUENGRUPPE**

**Bergedorf** – Freitag, 26. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe. Thema: „Im Garten unserer Jugend“ von Kuno Felchner. Lesung aus dem Redlichen Ostpreußen und Schmandkuchen.

**HESSEN**

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

**Kassel** – Donnerstag, 1. August, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenzentrum): Vortrag von Gerhard Scheer (Scheer-Reisen, Wuppertal): „Bilder einer Ostpreußenreise“.

**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

**Neubrandenburg** – Landestreffen der Ostpreußen. Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich am Sonnabend, dem 28. September, von 10 bis 17 Uhr im Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark. Dort werden etwa 1500 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extratischen ausgeschildert.

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 17

**So ist's richtig:**

**Magisch:** 1. dichten, 2. Chinese, 3. Geißel

**Mitteltworträtsel:** 1. Forscher, 2. Tapeten, 3. Reserve, 4. Froetner, 5. Piloten, 6. Kristall, 7. Drusen

**Schüttelrätsel:**

Verminderung d. Streikkräfte	Art des Sprechens	Eierkuchen	Schüler e. höheren Schule (ugs.)	knabbern	sich bis z. Erschöpfung beilen	Nebenfluss der Aller	Feuerkröte	Gewittergrollen	pols-tern, füttern	artig, gehorsam	Bruder Jakobs im A. T.	nordischer Hirsch, Elen	an wech-selnden Orten auftreten
tiefe Töne hervorbringen					Haarfarbe				uneingeschränkt; vollkommen				
			Nachbarschaft				Skatwort				Auto mit sportlicher Karosserie	kleinlich; kleiner Wasser-vogel	
Hautsalbe		für jmdn. nicht unterhalt-sam sein		Schwermetall		waagerechte Reihe	Fluss zur Rhone	unbedarft			bereit, ge-brauchs-fertig	Urlaubs-reisen	
das Unsterbliche		Kurz-wort für Jugend-liche(r)			unent-schieden (Schach)			Flach-land		geflügelte Kinder-gestalt, Amorette			
gewebt, gewirkt			mit den Augen wahr-nehmen		akust. Auto-signal-gerät	Vorder-asiat		ital. Kom-ponist (Giuseppe)	pflegen, um-sorgen	griech.-römi-scher Gott			
Frage- und-Antwort-Spiel		ver-gangen, ver-strichen				Lederart	schänd-lich, nieder-trächtig				schwarz-weißer Raben-vogel		Trend; Neigung
Fort-bewe-gungs-art				Nadel-baum, Kiefern-art			Betrieb, Institut		Staat in Südost-asien	Gesichts-farbe			
				Boden-fläche, Gelände					Grund-form, Muster, Idee			gälischer Name Irlands	
		Segel am hintersten Mast	Erstau-finder	als Si-cherheit Hinter-legtes				Ein-spruchs-recht, Einspruch	britische Schrift-stellerin (Jane)				
		sich ausdeh-nend							Platz, Stelle			Feld-ertrag	
		Teil von Vietnam	schwed. Pop-legenden	Stier-kämpfer	fest, wider-stands-fähig			auf sich zu	Eber-eschen-art		Dunst über Groß-städten	sich täuschen	
		Palmen-frucht					deutscher Reichs-präsident (Friedrich)			Freund (spa-nisch)	sehr nahe und vertraut	höchste Berggruppe im Bayeri-schen Wald	
		Wein-trauben-art		Gottes-haus, große Kirche	Abk. für Mittel-deutscher Rundfunk	wirt-schaftli-cher Aufschwung	Roman-figur bei Astrid Lindgren				Reiz-leiter im Körper		Gesamt-heit der Staats-bürger
										schäd-licher, toxischer Stoff		Kfz-Zeichen Bochum	
		Hoch-schule, Fach-schule	eine Ware bestellen						Leib-bürge				
		veraltet: Lärm, Unruhe					Drei-mann-kapelle				Substanz in den Knochen		

**Schüttelrätsel**

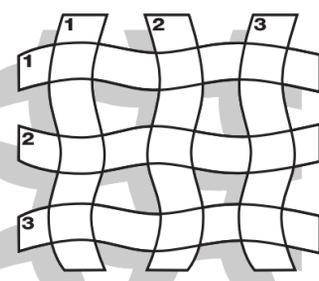
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAKKO	ENRU	AEHPS	EFRTW	AEHR	DEEN	EIRZ
			EEHR			
ABCHU		ADEE NR				
AEEGI NRST						
EEOR			ANTZ			

**Mitteltworträtsel**

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine blühende Wasserpflanze.

1	GEN					TEAM
2	MUSTER					ROLLEN
3	GOLD					RAD
4	NACHT					LOGE
5	TEST					SCHEIN
6	EIS					KLAR
7	TALG					FIEBER



**Magisch**

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 reimen, Verse schreiben
- 2 Ostasiat
- 3 landschaftlich: Peitsche

# Gemeinsames Heimatgedenken

Die LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen feiert ihr Jahrestreffen 2019 in Schloß Burg

In Schloß Burg an der Wupper (Burg ist Stadtteil der bergischen Klingenstadt Solingen) befindet sich seit 1951 die Gedenkstätte des Deutschen Ostens. Eine Bronzetafel am Eingang weist auf die Geschichte und die Bedeutung der Gedenkstätte hin. Im Innenraum des Batterieturms steht das am 2. Juni 1962 eingeweihte Mahnmal der Vertreibung. Es zeigt eine Flüchtlingsgruppe in Lebensgröße. Von einem Umgang ist der Glockenturm erreichbar. Er trägt drei Glocken, die vom Hamburger Glockenfriedhof stammen. Zwei von ihnen hingen ursprünglich in der Jakobuskirche zu Breslau, während die dritte Glocke früher im Königsberger Dom hing.

Welche Stätte wäre würdiger für ein Treffen der nordrhein-westfälischen Ostpreußen (LO NRW)? Vor mehr als 20 Jahren wurde ihr Jahrestreffen dort, in Schloß Burg, begründet. Seit einigen Jahren findet das Treffen als gemeinsame Veranstaltung dreier Landsmannschaften, nämlich der Landsmannschaften Ostpreußen

und Schlesien sowie der Pommerschen Landsmannschaft, statt. Die Federführung und Organisation obliegt allerdings nach wie vor der LO NRW.

Bei sonnigem Wetter hatten sich am 7. Juli erfreulich viele Besucher eingefunden, um gemeinsam ihrer angestammten Heimat zu gedenken. Durch den offiziellen Teil der Veranstaltung führte der stellvertretende Vorsitzende der LO NRW, Jürgen Zauner, durch den kulturellen Teil Bärbel Beutner, die Kultur- und Frauenreferentin der LO NRW.

Der offizielle Teil der Veranstaltung begann mit einer Andacht von Volker Lubinetzki, Pfarrer in Wermelskirchen. Es folgten die Begrüßungen durch die Landesvorsitzenden der drei Landsmannschaften Schlesien mit Rudi Pawelka, für Ostpreußen mit Wilhelm Kreuzer und der pommerschen Landsmannschaft mit Adalbert Raasch. Der Vorsitzende des BJO, Tobias Link, sprach als Vertreter der Jugend: „Insbesondere in Zeiten, in denen das Ehrenamt auf dem Rückzug ist, wollen wir

gemeinsam die Zukunft gestalten, dies auch im Sinne des gemeinsamen Hauses Europa, dem ganz sicher auch Ostpreußen mit seiner Geschichte und Kultur als unvergessliches Fundament angehört. Zeitgemäß nutzen wir alle sozialen Medien, Facebook, Instagram und andere, um Gemeinsamkeiten grenzüberschreitend zu vermitteln“, so Tobias Link, der Vorsitzende des BJO.

Wilhelm Kreuzer wies in seiner Begrüßungsrede auf die gegenwärtige aktuelle Diskussion in der PAZ zur Rolle der Wehrmacht und der deutschen Kriegsmarine in Ostpreußen im Winter 1945 hin. Er stellte die rhetorische Frage, ob der vernichtende Hass denn nur über den Osten herein gebrochen sei, und beantwortete die Frage mit einem klaren Nein. Vertreibungen habe es in ganz Ost-, Mittel- und Südosteuropa gegeben. Vergessen werde allzu oft, aus wie vielen Gebieten Deutsche und Volksdeutsche vertrieben wurden, geflohen sind oder schlichtweg verjagt wurden. Wilhelm Kreuzer nannte die Vertrei-

bungsgebiete: das Baltikum und das Banat, Bessarabien und das Buchenland, Danzig und die Gebiete entlang der Donauschiene, Oberschlesien und Ostbrandenburg, Ostpreußen und Pommern, die Slowakei und die Sowjetunion. Vertrieben worden seien die Sathmarer Schwaben und die Schlesier, die Siebenbürger Sachsen und die Sudetendeutschen, die Rumäniendeutschen, die aus Ungarn und die aus dem Weichsel-Warthegebiet. Und, nicht zuletzt die Westpreußen. Kreuzer folgerte daraus, dass die Gründe für die Vertreibungen nicht alleine Untaten der Wehrmacht in Russland und in Polen gewesen sein können. Doch eines sei sicher: Dass die Ostpreußen im Jahr 2019 in Schloß Burg sein könnten, hätten sie den Wehrmachtssoldaten und den Soldaten der Kriegsmarine zu verdanken, die knapp zwei Millionen Menschen vor dem sicheren Verderben gerettet hätten.

Der Ehrengast der Veranstaltung, Stephan Grigat, wies in seinem Grußwort unter anderem auf die Dauerausstellung im Landes-

museum Lüneburg hin. „Es gibt Hoffnung und gute Aussichten, unser Europa friedlich aufzubauen. Das gemeinsame Haus Europa kann gut gelingen, aber eine Voraussetzung sollte sein, die Wahrheit klar zu sagen, denn nur so können wir alle, ob Russen, Tschechen oder Polen, zu guten Freunden werden und gemeinsam ein friedfertiges Europa schaffen“.

Mit klaren Worten hob Hendriks, der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, die Bedeutung der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen hervor, die wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg in NRW und in Deutschland beigetragen haben. Das Schicksal der Deutschen, die fliehen mussten oder vertrieben wurden, verdiene auch heute noch eine besondere Aufmerksamkeit. Insbesondere, weil die Erlebengeneration kleiner werde, trüge die Landesregierung eine besondere Verantwortung dafür, die Erinnerung an das

Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu bewahren. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen sei ein Teil des gesamtdeutschen und europäischen Kulturerbes, das es zu bewahren gelte, so Heiko Hendriks.

Die musikalische Deutschlandreise gestaltete die in Deutschland lebende Mezzosopranistin Isabelle Kusari, die aus ihrem Repertoire bekannte Lieder aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien vortrug. Begleitet wurde sie am Keyboard von Jun Zhao. Als Opernsängerin hat sich Isabelle Kusari auch dem Chanson und dem deutschen Volkslied verschrieben, wofür ihr das Publikum von Herzen dankte. Bärbel Beutner fügte kurze Erläuterungen ein.

Isabelle Kusari und Bärbel Beutner erhielten zum Schluss der Veranstaltung aus den Händen von Wilhelm Kreuzer und Klaus-Arno Lemke (stellvertretender Vorsitzender der LO NRW) je einen herrlichen Blumenstrauß.

Hans-Joachim Röder und Wilhelm Kreuzer



Impressionen vom Jahrestreffen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit den Landsmannschaften Schlesien und Pommern: Anregende Gespräche führten nicht nur die Ehrengäste während des Treffens im nordrhein-westfälischen Schloß Burg an der Wupper

Bilder (4): LO LG NRW



## Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 16

dert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich sechs Chöre aus allen drei Teilen Ostpreußens (Ermland-Masuren, Königsberg, Memelland), der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde und das Blasorchester der Hansestadt Rostock. Als Ehrengast wird „Königin Louise von Preußen“ aus dem nahen Hohenzieritz erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Parkplätze ist gesorgt. Genügend Parkplätze sind gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Touristinformation

Neubrandenburg, Telefon (0395) 5595127. Mit dem Mecklenburg-Vorpommern-Ticket gibt es sehr günstige und schnelle Bahnverbindungen. Das Jahn-Sport-Forum ist vom Bahnhof Neubrandenburg in 15 Minuten Fußweg bequem erreichbar.

**Parchim** – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemnadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

Alle Seiten »Heimatarbeit«  
auch im Internet



## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 8. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel,

Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Bei diesem Monatstreffen der Gruppe hält Wolfram Wiemer einen Vortrag: „Bedeutende Ostpreußen: Johann Gottfried Herder, Lovis Corinth und andere“. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste herzlich willkommen. Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit sind beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de zu erfahren.

Hinweis: Im September findet wegen eines Ausflugs der Gruppe kein Monatstreffen statt.

PAZ wirkt!



## NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuzer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Düren** – Mittwoch, 7. August, 18 Uhr, Haus des deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Urlaubserfahrungen und Austausch. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com. Wer sich heimatisch verbunden fühlt, ist bei uns herzlich willkommen. Wir freuen uns auf neue Mitglieder und Gäste.

Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat.

**Gütersloh** – Sonnabend, 3. August: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Interessierte sind stets herzlich willkommen. Anmeldung unter Telefon (05241) 34841 bei Block oder (05241) 29211 bei Bartnik.

**Köln** – Sonnabend, 10. August, 15 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln zu einer besonderen Veranstaltung. An diesem Tag wird Isabelle Kusari in der Domstadt ein Konzert geben und ostpreußische und andere deutsche Lieder singen. Die französische Sopranistin setzt

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 18

### Landmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

sich seit Jahren für die deutsche Kultur ein. Die Veranstaltung dauert rund 45 Minuten. Der Eintritt ist frei.

Es besteht im Anschluss die Möglichkeit, einen Geldbetrag zu spenden.

Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen erhalten Sie bei Herbert Jaksteit unter Telefon (0221) 637163.

**Neuss** – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.



### SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

**Landesgruppe** – Zum nunmehr 7. Treffen kamen die Ost- und Westpreußen zu ihrem Regionaltreffen am 15. Juni im Saal des Gartenvereins „Seilbahn“ in Leipzig zusammen.

Der stellvertretende Vorsitzende der LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. und Mitglied der Kreisgemeinschaft Wehlau, Eberhard Grashoff, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste auf das herz-

lichste. Unter den Gästen befanden sich der Vorsitzende der LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. Alexander Schulz, der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Wehlau, Gerd Gohlke und der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Erwin Feige. Manfred Hellmund wurde als Geschäftsführer des „Deutsch-Russischen-Zentrum Sachsen“ herzlich begrüßt.

Das Regionaltreffen in Leipzig wird seit vielen Jahren gemeinsam mit der „LM Deutsche aus Russland/Regionalverband Nord-sachsen“ an der Spitze mit seiner Vorsitzenden Vera Klass, die auch herzlich begrüßt werden konnte, gestaltet.

Mit besonderer Beachtung wurde das MdB und Stadtrat von Leipzig, Jens Lehmann und die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping begrüßt.

Beide nutzten die Gelegenheit, den Vertriebenen und Spätaussiedlern die Anerkennung für ihre Leistung beim Wiederaufbau Deutschlands und seiner Entwicklung auszusprechen.

Unter Beifall versprochen sie, sich persönlich für die Beseitigung noch bestehender Probleme, wie die Rentenungerechtigkeit und für Regelungen gegen die Altersarmut einzusetzen. Beide stellten sich auch offen den Fragen der Anwesenden.

Nach dem Glockengeläut der Dome und Kirchen aus dem ehemaligen Heimatgebieten sprach unser Landsmann Reinhardt Beyerling die „Totenehrung“. Zuvor berichtete er von seinen Kind-

heitserlebnissen die er auf der Flucht erleiden musste. Kulturelle Erinnerungen an die Heimat weckte „Bernstein“ mit deutschen Volkslieder und Bilder aus unserer unvergessenen Heimat.

Alle Anwesenden sangen kräftig mit und hoben damit die Stimmung gewaltig an. Es war eine sehr gute „Spurensuche“ in die Deutsche Liedkultur.

Die Mittagspause nutzten alle Landsleute zum Wiedersehen und zum knüpfen neuer Kontakte. Durch die Veröffentlichung unseres Treffens im sozialen Netzwerk „Facebook“ haben wir viele erreicht, deren Existenz uns nicht bekannt war. Diese Landsleute waren besonders am Finden anderer Menschen aus ihrem ehemaligen Heimatkreisen und Orten interessiert.

Am Nachmittag gab sich das Gesangstrio Wegelin, mit ihrem Vater Peter Wegelin am Schifferklavier, die Ehre, uns mit wunderbaren Liedern zu unterhalten.

Manfred Hellmund schrieb auf Facebook: „Wer hier nicht dabei war, hat was verpasst“. Der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Erwin Feige, schrieb: „Eine hochkarätige Veranstaltung! Ich gratuliere!“

All denen, die ehrenamtlich an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren, gilt unser besonderer Dank. Sieben Jahre arbeiten Monika Kautz, Rosemarie Schaaf, Annika Grashoff, Lisamaria Tews, Barbara Tews-Grashoff und einige andere für diese gute Sache.

Auch unseren Sponsoren, Andrea Boy (Blumendekoration), Pe-

ter Linke (Bühnentechnik), Messeprojekt Leipzig (Präsentationsaufsteller) und BIG-Sicherheit (Einladungsdruck) herzlichen Dank.

Beim Verabschieden der Gäste wurde dem Organisator, Eberhard Grashoff und all seinen fleißigen Helfern gedankt und die Bitte geäußert, auf das nächste Treffen nicht warten zu lassen.

Er verspricht, die Heimat weiter leben zu lassen.

Barbara Tews-Grashoff



### SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – 29. Juli: Busfahrt in den Harz, Floßfahrt zur Rappbodetalsperre Grillen, Freizeit, Kaffeetafel in Mandelholz.



### SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Bad Oldesloe** – Mit einer spontanen Einladung zum Geburtstagskaffee fand die Juli-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe im Hause Klemens statt.

Die Vorsitzende dankte herzlich für die Einladung. Sie hatte für

den Nachmittag wieder ein Oldesloer Thema vorbereitet – diesmal also nichts Heimatkundliches.

Die Stadt Bad Oldesloe wird in nächster Zeit zwei Gedenktage begehen. Mit Beschluss des Kreistages des Kreises Stormarn vom 22. Oktober 1949 wurde Bad Oldesloe Kreisstadt. Die bisherige Kreisstadt Wandsbek kam durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1936 zu Hamburg. So befand sich die Kreisverwaltung außerhalb des Kreisgebietes. Dann war bei den Bombenangriffen auf Hamburg das Stormarnhaus zerstört worden, und die Stadt Bad Oldesloe stellte der Kreisverwaltung Büroräume zur Verfügung.

Dann sollte des Bombenangriffs auf Bad Oldesloe am 24. April 1945 am 24. April 2020 nach 75 Jahren gedacht werden. Dabei waren rund 600 Todesopfer zu beklagen, die Bahnanlagen und viele Gebäude wurden zerstört.

Dazu liest die Vorsitzende einen Zeitzeugenbericht ihrer früheren Kollegin Gerda Glaß, die den Angriff als 16-jährige Schülerin der Königin-Luise-Schule erlebte.

Wegen der Luftangriffe hatte ihr Vater am Ende ihres Gartens in den Knick eine Höhle gebaut, um bei Zerstörung des Wohnhauses im Keller nicht verschüttet zu werden. Gerda hatte an diesem Tag keine Schule und hörte Radio, das damals bei Vorwarnung von Luftangriffen eine große Rolle spielte. In diese Erdhöhle lief sie mit ihren Eltern, als schon die Bomben in der Innenstadt krachten. Eine ältere Schwester arbeitete in einer Arztpraxis, die andere

in einem Fahrradgeschäft. Um beide machte sich die Familie große Sorgen.

Die Belegschaft des Fahrradgeschäftes hatte diesmal einen neuen Luftschutzkeller aufgesucht – der alte war jetzt zerstört worden.

Der Angriff dauerte nur 18 Minuten. Sofort nach der Entwarnung gingen die Eltern als Rotkreuz-Angehörige zum Bahnhof, um dort zu helfen. Ihr Vater war Zugführer beim DRK.

Auf dem Bahnhofsgelände standen Lazarett-Züge und auch Flüchtlingszüge. Der Bahnhof Bad Oldesloe war Eisenbahnknotenpunkt in den Norden. Hier waren die meisten Toten zu beklagen. Lieschen Klemens hatte als 10-jährige den Angriff erlebt und schilderte ihre Eindrücke.

Die Besucher konnten wieder die vom Hausherrn gemalten Bilder bewundern. Gute Wünsche und Grüße gingen an die Mitglieder, die nicht dabei sein konnten. Geburtstagskind des Monats war Ulrich Klemens. *Gisela Brauer*

**Neumünster** – Vorankündigung: Der Jahresausflug findet am 14. August statt. Abfahrt hinter dem Finanzamt am Bahnhof um 13.30 Uhr nach Rendsburg.

**Uetersen** – Freitag, 9. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Das Diktat von Versailles 1919 vor 100 Jahren – und seine Folgen auch für Ostpreußen. Unser Freund, der Historiker Manuel Ruoff, PAZ, berichtet.



## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Zwei Herzen und eine schlesische Seele

## Deutsches Ehepaar prägte polnisches Nachkriegsglasdesign

Das Haus der Eheleute Trzewik-Drost im oberschlesischen Carlsruhe [Pokoj] ist voller Kunstobjekte – Bilder, Grafiken und natürlich wohin man schaut: Glasdesign. Jedes Stück hat eine eigene Geschichte. Auch die Geschichte des Städtchens Carlsruhe hat es den Eheleuten angetan.

Während Johannes-Silvester Drost historische Quellen auswertet und damit polnischen Historikern hilft, die deutsche Vergangenheit der Region zu erforschen, hält Erika Trzewik-Drost das Carlsruhe von Früher auf Leinwand fest. „Die Augen wollen nicht mehr so richtig mitmachen

ge Schloss daheim in der Stube hängen haben. Es ist ein Andenken vor allem für die Menschen, die von hier vertrieben wurden oder selbst weg wollten“, so die gebürtige Carlsruherin. „Uns wollte man damals nicht gehen lassen, denn mein Vater wurde gleich nach dem Krieg in der russischen Kommandantur beschäftigt. Er war Maler und musste Orts- und Straßentafeln mit den neuen Namen beschriften“, erinnert sich die über 80-jährige Erika.

So malt sie das nicht mehr existente Schloss zu Carlsruhe in allen Jahreszeiten oder den Schlosspark mit dem schlafenden Löwen von Theodor Kalide, der bis in die

auf die wir kletterten. Am Löwen haben wir uns oftmals fotografieren lassen. Aber ich kann mich auch an schlimme Zeiten erinnern, als im Krieg schwere Panzer hier durchfuhren. Und an das viele Militär. Zuletzt hat man die deutschen Gefangenen vorbeigeführt und wir haben versucht, ihnen Essen zu geben, aber wir durften nicht näher ran, man hat uns weggejagt“, erinnert sie sich.

Was Heimat bedeutet, lernten die Eheleute recht früh, als sie diese verließen und beruflich ins altpolnische Dombrower-Kohlebecken kamen. 40 Jahre lang entwarfen sie dort in der Glashütte Sombkowitz [Zabkowice] Muster

Johannes-Silvester gaben den Sombkowitz Erzeugnissen ihren künstlerischen Charakter und hohen Wiedererkennungswert. „Vor uns haben schon viele mit Pressglas gearbeitet: in Böhmen, Skandinavien, Deutschland. Aber damals hatten wir keinen Kontakt zu den Menschen im Westen. Wir mussten uns vieles selbst erarbeiten. Und als wir dann mit den Entwürfen aus dem Westen konfrontiert wurden, stellten wir fest, unsere waren gar nicht mal so schlecht“, erzählt der aus Klodnitz bei Cosel in Oberschlesien stammende Johannes-Silvester Drost.

In den 60er und 70er Jahren hat das Ehepaar das polnische Pressglas-Design maßgeblich geprägt. Ihre Entwürfe brachen mit der stereotypen Vorstellung von Pressglas und ihre Namen wurden weltweit in der Glaskunstbranche bekannt. „Ich kam dahinter, dass man die Formen ganz anders gestalten kann, die Flächenstruktur kann nicht nur im geschliffenen Glas, sondern auch im Pressglas beispielsweise an Sandkörner oder Baumrinde erinnern. Das haben wir in unseren Entwürfen umgesetzt. Wir haben neue Methoden entwickelt, nicht nur für Formen und Dekor, sondern auch neue Arbeitsmethoden entwickelt und dafür ein Patent bekommen“, so Johannes-Silvester, der sich aus einer Bauernfamilie stammend von Kind auf für Kunst begeisterte. Sein Talent zum Zeichnen hat Johannes-Silvester von seinem Vater geerbt, auch seine Sprachenbegabung konnte er in Klodnitz pflegen: „Russisch und Tschechisch habe ich kurz nach dem Krieg im benachbarten Cosel-Hafen gelernt, als die Schifffahrt zwischen Russen und Tschechen aufgeteilt wurde und wir Bauern sie mit Lebensmitteln beliefern mussten“. Polnisch lernte Johannes-Silvester in der Schule, später

kam Englisch dazu. Auch Erika hatte ihr Zeichentalent vom Vater geerbt. In der polnischen Mittelschule hatte Erika eine Zeichenlehrerin, die ihr auch das Polnische beibrachte und sie zur Kunstakademie nach Breslau begleitete. Dort lernte sie Johannes-

war natürlich knapp, Hans hatte kein Stipendium, als Großbauer hätte er eigentlich nicht studieren dürfen“, so die Carlsruherin.

Unzählige Ausstellungen im In- und Ausland sowie prestigevolle internationale Auszeichnungen haben sie erreicht. Ihre Glas- und



Bild: CW Wagner



Bild: S. Janiczek für spottkania-zabytkami.pl

### Zerbrechliche Kunst: Designbeispiele aus der Drost-Kollektion

Silvester kennen. „Wir hatten ein Treffen und da musste man seinen Lebenslauf erzählen. Und auf einmal höre ich einen Hans Drost aus Klodnitz sprechen. Da habe ich die Ohren gespitzt und dachte, ja das ist auch eine echte schlesische Seele. So haben wir uns langsam kennengelernt, uns gegenseitig geholfen. Das Geld

Keramik-Entwürfe findet man in Museen weltweit: in New York, Berlin, Lüttich, in Finnland oder Warschau, Krakau und Breslau. In einer Sonderausstellung „Cora, Asteroid und andere“ zeigt nun auch das Museum des Oppelner Landes bis zum 18. August ihr Glas- und Porzellandesign.

Chris W. Wagner



Am schlafenden Löwen in Carlsruhe: Hans Drost und seine Gattin Erika Trzewik-Drost Bild: CW Wagner

und die Gelenke auch nicht mehr. Aber manchmal bestellt doch jemand ein Bild mit Carlsruher Motiv. Die meisten wollen das einsti-

heutige Zeit überdauert. „Im Winter konnte man im Parkweier Schlittschuh laufen, im Sommer stand im Park eine Kletterfichte,

für Pressglas. Johannes-Silvester leitete dort bis zu seiner Pensionierung 2005 die Designabteilung. Die Entwürfe von Erika und Jo-

# Pommerns Pferde

Pferdezucht wurde zumeist auf Gutshöfen betrieben – Berühmt war das Landgestüt Labes

Pommern war ein eigenartiges Land. Es war sehr lang, aber auch schmal. Es erstreckte sich im Westen vom Fischland/Darß bei Ahrenshoop, im Osten in Hinterpommern bis Leba, vollgepackt mit landschaftlicher Schönheit.

Im Norden überall an die Ostsee angrenzend, beeinflusste das Meeresklima auch den Charakter der meisten Menschen in dieser Provinz. Ruhig, wenig aufgeregt, stark, natur- und heimatverbunden und darüber hinaus arbeitsam und evangelisch gläubig. Vielleicht hat auch die Weite der Landschaft zu dieser Charaktereigenschaft beigetragen.

Pommern mit seinen 2,39 Millionen Einwohnern war die am dünnsten besiedelte aller deutschen Provinzen. 62 Einwohner wohnten auf 1 km<sup>2</sup>, das benachbarte Ostpreußen wies 67 und das Deutsche Reich 136 Personen auf 1 km<sup>2</sup> aus.

Pommern hatte eine wechselvolle Historie hinter sich, die nicht immer von Vorteilen geprägt war. Die Schweden, die Polen, die Dänen und die Franzosen wechselten sich bei der Besetzung des Landes ab und hatten dabei ständig den Eigennutz in der Begehrlichkeit auf Pommern im Sinn. Das sind auch heute noch historisch nachweisbare

Tatsachen.

Bezogen auf die Landwirtschaft ist die Entwicklung gegenüber den westlichen Provinzen anders verlaufen. Um 1900 sagte die Statistik eindeutig die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes in Pommern mit 57,4% an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) aus.

Betriebe ab 100 ha LN in % zur Gesamt-LN der Provinz

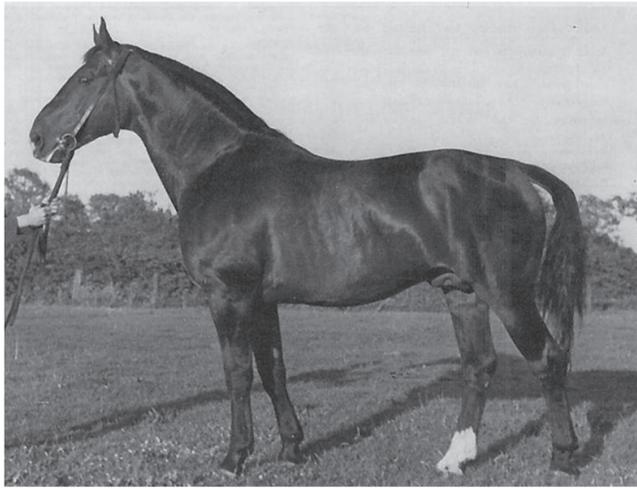
Ostpreußen	25,5
Elsaß-Lothringen	7,3
Pommern	57,4
Dt. Reich	24,4

Im Regierungsbezirk Stralsund (Vorpommern) betrug der Großgrundbesitz zur gleichen Zeit 73,0 %.

Es gab viele Gutsdörfer aber weniger Bauerndörfer. Das hatte natürlich Einfluss auf die pommersche Pferdezucht, die überwiegend auf den Gütern betrieben wurde. Damit unterschied sich die pommersche Pferdezucht von der ostpreußischen, wo eine Trennung zwischen Züchter (Bauer) und Aufzüchter (Gutsbetrieb) über Jahrhunderte erfolgreich betrieben wurde – zum Vorteil beider Partner.

Kurz vor dem 1. Weltkrieg wies die Statistik für Pommern 241.958 Pferde aus, die zu 95% in der Landwirtschaft und im Heer gehalten wurden.

Bis ca. 1850-1860 war in der



Landbeschäler „Flimmerstahl“. Zuchtgebiet Pommern (Foto: privat)

pommerschen Pferdezucht kein Hauptzuchtziel erkennbar. Mal war der leichte Schlag mal der schwere Schlag züchtungsseitig überbetont. Das wurde mit der Bildung der Landwirtschaftskammer geändert.

Nun griff der Staat helfend ein und gründete in Labes (Lobez), Kreis Regenwalde das preußische Landgestüt. Hier wurden in der Folgezeit vorwiegend Vätertiere (Hengste) gezüchtet, die dem geforderten Zuchtziel entsprachen.

In den Sommermonaten standen

diese Hengste auf den Deckstationen in den Dörfern und konnten gegen ein geringes Entgelt von den bäuerlichen Betrieben und Gütern zur Anpaarung genutzt werden. Das war eine sehr gute Maßnahme der Regierung zur wesentlichen Verbesserung der Landeszucht. Dr. Ernst Ehlert (1875-1957), in Labes als Gestütsleiter von 1921 bis 1930 tätig, schrieb in einer groß aufgemachten Veröffentlichung der preußischen Gestütsverwaltung: „Das Gestüt Labes gehörte zu den schönsten Anlagen dieser

Art.“ Hier standen 160 bis 180 Hauptbeschäler. Letzter Landstallmeister von 1931 bis 1945 war der bekannte Hippologe Althaus, der auf der Flucht mit seinem Gestüt ein Opfer des verbrecherischen Krieges wurde. Labes wird heute als Reiterhof genutzt.

Stellvertretend für die pommerschen Züchter seien in großer Dankbarkeit genannt:

Von Oppenfeld, Reinfeld, Kreis Belgard; von Plate, Voigtsdorf, Kreis Grimmen; von Xyländer, Hanshagen, Kreis Schlawe; Langenohl, Velgast, Kreis Franzburg; Neumann, Poggendorf, Kreis Grimmen; Wohltmann, Rosengarten auf Rügen.

Durch außergewöhnliche Vererbungseigenschaften zeichnete sich der Landbeschäler „Flimmerstahl“ des Aufzüchters H. Plate aus. Er erhielt u.a. folgende Auszeichnungen: Reichsschau Hamburg 1935 und Leipzig 1939, Pommernschau 1937 – jeweils den 1a-Preis. „Flimmerstahl“ gehörte zu den wenigen Hengsten des Gestüts Labes, die 1945 gerettet wurden und die auf dem volkseigenen Gestüt Ferdinandshof (DDR) nach 1945 zu den aufbauenden Hengsten der Vorpommern-Zucht gehörten.

Ein Großabnehmer der Pferde war das Heer in den verschiedensten Gesellschaftsordnungen, wel-

ches durch ihre Remondestationen vertreten wurde. 3-jährige Pferde kaufte der Remonte-Offizier auf, die dann anschließend für die militärischen Zwecke eingefahren (trainiert) wurden.

Eine Teilnehmerin des Jahreslehrganges in der Demminer Einrichtung war Margot von Schade (1923 – 2002). Als bekannt wurde, dass das Hitlerattentat am 20. Juli 1944 gescheitert war, äußerte sie ihr Bedauern darüber. Sie wurde verraten und zum Tode verurteilt. In den Wirren des Jahres 1945 ging das Urteil verloren und Margot von Schade überlebte.

Seit 60 – 70 Jahren hat das Pferd in der Gesellschaft eine völlig veränderte Rolle übernommen. Vor allem in der Landwirtschaft hat der Traktor das Pferd als Zugkraft lange abgelöst. Heute werden in Deutschland ca. 1 Mio Pferde – vorrangig für Freizeitreit- und Fahrzwecke sowie ein wenig als Serumspender genutzt.

Gerhard Fischer, Rostock  
Tel.: 0381-4000554

Quellen: Otfried Weiher und Christoph Langner Tierzucht in Vorpommern, Steffen GmbH, 17098 Friedland, 2012  
Ausstellungskatalog: Tierzucht in Pommern, Kiel 1996; Prof. Dr. O. Weiher

## Bartholomäus Suawe – einer der Hauptinitiatoren der Reformation in Pommern

Eine Schlüsselgestalt Pommerns mit Nachwirkung

Bartholomäus Suawe (auch Schwawe genannt) entstammte einer wohlhabenden Familie in Stolp und machte Karriere im Herzogtum Pommern. Er fungierte als Kanzler, gehörte zu den Hauptinitiatoren der Einführung der Reformation in seiner Heimat und wirkte als erster reformatorischer Bischof in Cammin. Er erreichte damit über seinen Tod hinaus eine große Nachwirkung und auch die Berücksichtigung in aktuellen Schriften zur Geschichte Pommerns als „neuzeitlicher Staat“.

Bartholomäus Suawe wurde Anfang August 1494 in Stolp geboren. Der Ort liegt am Fluss Stolpe in Hinterpommern, entstand aus einer kaschubischen Siedlung und wurde 1013 erstmals urkundlich erwähnt. Stolp erhielt 1265 das Stadtrecht, erwarb den Hafen Stolpmünde und war ab 1317 mit Verpfändungsunterbrechungen im Besitz der Greifen, bis Preußen nach dem Westfälischen Frieden über ganz Hinterpommern mit Stolp herrschte. Suawes Vater fungierte in Stolp um 1500 als Bürgermeister, er ermöglichte seinem Sprössling eine weiterführende Bildungsaneignung und orientierte ihn schon früh auf ein Studium. Nach erster Unterrichtung in Stolp absolvierte Suawe die Jageteufelsche Stiftung in Stettin. Sie war vom kinderlosen Stettiner Bürgermeister Otto Jageteufel im Jahr 1412 begründet worden, gedieh durch weitere Stifter zu einer zeitweilig wohlhabenden Bildungsanstalt mit gutem Ruf und bestand letztlich bis ins 20. Jahrhundert. Nach Stettin besuchte er in Löwen sowie Münster weitere renommierte Schulen, ehe er ab 1509 in Leipzig studierte. Zum Studienprogramm gehörten außer Theologie wohl auch die Rechts- und Geistes-

wissenschaften. Dank des Einflusses seiner Familie in Stolp und der guten Kontakte zum Bischof von Cammin erhielt Bartholomäus Suawe nach dem Studium eine Vikarie in seiner Vaterstadt. Dann aber erlaubte sich der Jung-Gelehrte eine Auszeit, die ihn für rund sieben Jahre während

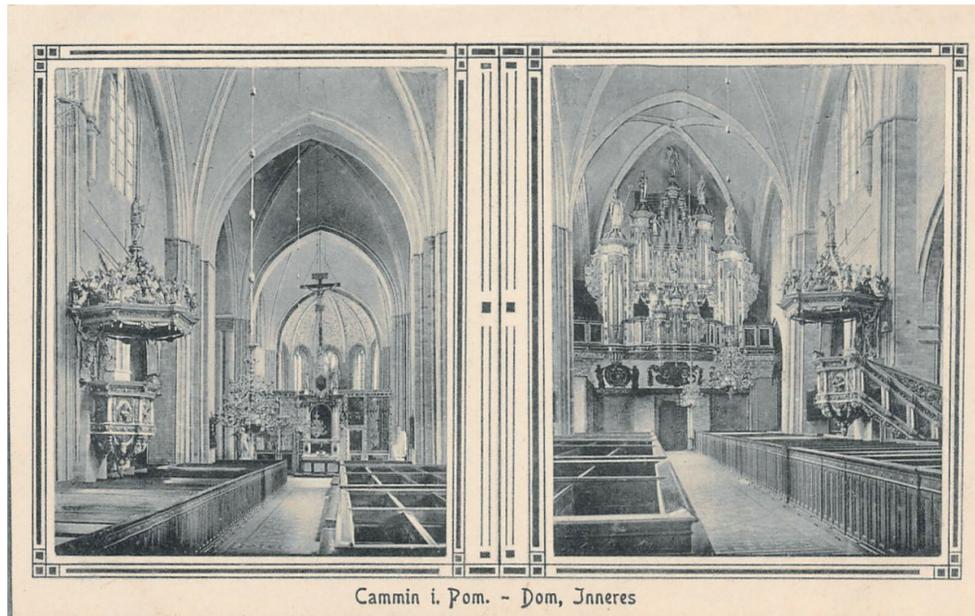
übernahm. Er wirkte nun als junger Hoffnungsträger an St. Otten, einer dreischiffigen Hallenkirche, die ab 1346 erbaut und dem Heiligen Otto von Bamberg gewidmet worden war, und rund 200 Jahre als Schlosskirche und herzogliche Grablege fungierte. Die damit verbundene

stieg der Einfluss Suawes. Er wurde Kanzler von Pommern-Stettin, schloss sich immer offener der neuen Lehre an, gewann die Greifen dafür und erreichte auf dem Trepower Landtag 1534 die Einführung der Reformation in ganz Pommern. 1535 begleitete er den Wegbereiter

zöge nach Kursachsen, wo man im Schoße des lutherischen Schmalkaldischen Bundes um Schutz ersuchte. Die Sache war problematisch, weil die Herzöge Hilfe wollten, ohne eine Gegenleistung für den Bund zu erbringen. Kanzler Suawe war nun als Diplomat gefragt. Er verhandelte auf Reichstagen und mit Erasmus von Manteuffel-Arnhausen, dem Bischof von Cammin, der sich als letzter katholischer Bischof von Cammin der Reformation widersetzte und auf seine mit der Bischofswürde verbundene Reichsunmittelbarkeit verwies. Das gedieh zum sprichwörtlichen Tauziehen, das erst Anfang 1544 durch den Tod des katholischen Bischofs ein Ende fand.

Danach wählte das Camminer Domkapitel mit Billigung des Herzogs Suawe am 12. April 1545 zum Nachfolger. Fortan wehte im Bistum Cammin ein lutherischer Wind. Er verzichtete als Bischof von Cammin auf die Reichsunmittelbarkeit des Bistums und übernahm die vom Trepower Landtag gebilligte Reformationsordnung. Das aber war dem Kaiser dann wohl doch zuviel. Karl V. zwang Pommern das Augsburger Interim auf. Suawe resignierte. Er legte sein Bischofsamt 1549 nieder, amtierte noch als „alter Bischof“ weiter bis zur Wahl des Nachfolgers Martin Weiher von Leba, und diente seinem Herzog in Stettin als Berater, ehe er sich im Alter auf das Amt Bütow zurückzog. Bütow im „blauen Ländchen“ von Hinterpommern mit mächtiger Grenzburg zum früheren Ordensstaat wurde sein Refugium, wo er nach zunehmenden Krankheiten 1566 starb.

Martin Stolzenau



Cammin i. Pom. – Dom, Inneres

Bartholomäus Suawe wurde am am 12. April 1545 zum Bischof von Cammin gewählt

(Sammlung privat)

des Beginns der Reformation nach Italien führte, wo er seine Bildung weiter vervollkommnete. Parallel etablierte sich Petrus Suawe, ein um zwei Jahre jüngerer Cousin aus Stolp, über die Stationen Leipzig, Wittenberg und Worms als früherer Gefährte Martin Luthers.

Als Bartholomäus Suawe aus Italien heimkehrte, galt er als überaus gelehrter Mann von Welt, der zunächst ein Kanonikat in Stettin

Nähe zu den Greifen- Herzögen hatte Folgen. Suawe wurde herzoglicher Rat, gedieh für die Herzöge Georg I. und Barnim IX. zur Stütze und heiratete 1534 in eine der vornehmsten pommerschen Adelsfamilien ein. Seine Frau war Gertrud von Zitzewitz, deren Familie seit 1168 nachgewiesen ist, drei maßgebliche Linien hervorbrachte und zu den größten Grundbesitzern Pommerns gehörte. Mit dieser Verwandtschaft

des Luthertums Johannes Bugenhagen bei dessen Visitationsreise durch Pommern. Dabei erlangte er zudem beste Kenntnisse über die Zustände im Land. Alles schien bestens. Doch vom katholischen Kaiser drohten wegen der lutherischen Entwicklung Strafmaßnahmen.

Deshalb begab sich Kanzler Suawe zusammen mit Jobst von Dewitz, dem Kanzler von Pommern-Wolgast, auf Geheiß der Pommernher-

Das Pommersche Landesmuseum  
Rakower Straße 9  
17489 Greifswald  
www.pommersches-landesmuseum.de

„Kinderjahre“ in Swinemünde – unterwegs mit Theodor Fontane  
Samstag, 17.08.2019

Eine Kooperation mit Dr. Frauke Fassbinder

„Es war ein wunderbar schönes Leben in dieser kleinen Stadt ...“, schrieb Theodor Fontane (1819–1898), der fünf Jahre seiner Kindheit in Swinemünde verbracht hatte, sechs Jahrzehnte danach. Die Eindrücke aus der Kindheit und spätere Informationen zur Stadt sind in verschiedenen seiner Werke, z. B. Effi Briest, eingeflossen. Es gibt leider wenige original erhaltene Gebäude aus seiner Jugendzeit, aber zahlreiche Örtlichkeiten, die er erwähnt. Diese Orte suchen wir anlässlich des 200. Geburtstags des Poeten mit Wolfgang Abraham auf und erhalten durch ihn Einblicke in Fontanes Werke.

Die Exkursion ist mit längeren Spaziergängen durch die Stadt und am Strand von Swinemünde verbunden. Entsprechende Konstitution und Kleidung sind erforderlich.

Abfahrt: 8 Uhr Greifswald, Busparkplatz Bahnhofstraße/Karl-Marx-Platz  
Rückkehr vorauss. 18 Uhr

Teilnehmerbeitrag (inkl. Busfahrt, Reiseleitung, Mittagessen, Kaffee und Kuchen am Bus, Reisebegleitung): 64 Euro (ermäßigt für Schüler: 58 Euro)

Die Anmeldung ist am Tresen des Pommerschen Landesmuseums möglich.

## Ein Versprecher?

**Zu: Hisbollah bleibt in Deutschland legal (Nr. 25)**

Die amtierende Bundeskanzlerin erklärte vor über zehn Jahren, dass „die Sicherheit Israels für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“ sei. Angela Merkel sprach dabei ausdrücklich von der „Staatsräson meines Landes“. Wenn es nun eine Gruppierung wie die Hisbollah gibt, die ganz ausdrücklich an dem Ziel festhält, den Staat Israel zu vernichten, dann ist diese Gruppierung auch eindeutig ein Feind und damit Gefährder dieses Staates.

Versprechen dieser Art sollten niemals auf das Niveau eines „Versprechers“ mutieren. Ein Versprechen gegenüber Israel ist auf jeden Fall und unter allen Umständen einzuhalten. Eine Reihe verantwortungsvoller Staaten halten es bereits so und haben die Hisbollah konsequent verboten. Wo bleibt bei uns die besondere Verantwortung und Verpflichtung Israel gegenüber?

Warum wird nicht klipp und klar gezeigt, auf wessen Seite wir stehen? Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie das Vertrauen des Staates Israel und das der jüdischen Mitbürger in unserem Land in diese Regierung schwindet. Oder wird hier jede Initiative grundsätzlich nur deshalb abgeblockt, weil sie von der AfD kommt?

Schon Jesus soll gesagt haben: „Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“ Wie würde er wohl diese deutsche Entscheidung kommentieren?

Henry Stephan,  
Himbergen

## »Rettung« auf Kosten anderer

**Zu: Rasanter Wandel (Nr. 26)**

Wenn Geistliche auf dem Kirchentag skandieren: Die Politiker waschen ihre (Unschuld)-Hände im Mittelmeerwasser der Ertrinkenden, dann ist es mehr als ein Verbrechen und gehört exemplarisch bestraft.

Aber wer sind die Auftraggeber und wer profitiert davon? Und wer schickt diese „Retter“ überhaupt dort hin? Den Schaden hat am Ende nur der deutsche Steuerzahler.

Willi Brüsewitz,  
Berlin

## Devote Speichellecker

**Zu: Merkels Pöstchen-Maschine (Nr. 20)**

Sie haben natürlich völlig recht, dass durch die Ernennung von sogenannten Beauftragten große Abhängigkeiten entstehen werden, die Güntlingswirtschaft geschaffen wird und Geld in deren Taschen fließt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es durch ihre hinterlistige,

heimplündernde und absolut unehrliche Politik geschafft, gestandene Frauen und Männer aus Politik und Wirtschaft zu devoten Speichelleckern zu machen. Auf diesem System basiert ihre gesamte heimtückische Politik. Und das Wahlvolk läuft immer noch hinter ihr her. Es ist nicht zu fassen.

Alexander Schnell,  
Steinau

## Nachhilfe nötig

**Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)**

Bezugnehmend auf den Leserbrief bin ich als 1933 Geborener doch sehr befremdet und erstaunt, wie man nach einer sogenannten Ostpreußenfahrt mit Besichtigung einer polnischen Ausstellung in Danzig über den Zweiten Weltkrieg, die Folgen, die Opfer und die Alleinschuld uns Deutschen anlastet.

Wenn sich jemand nur einseitig inspirieren lässt, ohne die kleinste Ahnung von der Geschichte, die nicht zu verzeihen ist, Deutschland die Schuld gibt, möchte ich Herrn Maußhardt raten, Nachhilfe zur deutschen Geschichte zu nehmen, ehe eine solche Schuld verlauten zu lassen.

Ich habe mit meinen Eltern, mein Vater war auf dem Fliegerhorst Stolp-Reitz stationiert, in Stolp in Pommern von 1939 bis 1945 gelebt. Im Februar 1945 mussten wir, meine Mutter, meine siebenjährige Schwester und ich bei Schneematsch vor der roten Armee auf die Flucht gehen, diese endete 28 Kilometer weiter, wo wir von den Russen eingeholt wurden. Man befahl uns, nach Stolp zurückzugehen, wo wir dann im Mai 1945 von den Polen gen Westdeutschland ausgewiesen wurden.

In der Zeit von Herbst 1944 bis Februar 1945 sind bei uns in Stolp auf beiden Ausfallstraßen Trecks aus dem Osten unseres Vaterlandes durch Stolp gezogen, mit Traktoren oder Pferden vollgepackt mit letztem Gut, Futtermittel und verzweifelten Menschen, denen Maußhardt die Schuld an dieser Weltkatastrophe in die Schuhe schiebt. Beschämend!

Ein berühmter Mann hat mal gesagt: Eine Nation erkennt man daran, wie sie mit ihren Soldaten nach einem verlorenen Krieg umgeht. Ihre Ansicht dazu habe ich gelesen. Traurig und sehr dumm!

Bei einem Krieg gibt es keinen Sieger, nur Gewinner und Verlierer, die Toten sind auf beiden Seiten. Ich kann Herrn Grigat nur zu seiner Rede gratulieren, die ich voll und ganz richtig finde und genauso deute und empfinde. Die jungen Menschen sind nicht freiwillig in den Krieg gezogen, sie mussten. **Hans-Joachim Reupert, Porta Westfalica**



**SPD-Doppelspitze: Herbert Wehner und Willy Brandt waren sich nicht immer grün. Hätten sich beide auch noch den Vorsitz der Partei geteilt, hätten sie die Sozialdemokraten wohl schon zu früheren Zeiten an die Wand gefahren**

Bild: akg images

## Wie die SPD ihr Profil verliert und die Grünen kopiert

**Zu: Fischer kritisiert Merkel (Nr. 26)**

Die SPD sieht Bundesaußenminister a.D. Joschka Fischer noch nicht am Ende. Fischer hat recht, aber eine Doppelspitze in der angelegten Form hilft der SPD nicht, eine politische Trendwende einzuläuten. Es bedarf vielmehr neuer programmatischer Inhalte der SPD jenseits der bekannten Dauerbrenner Klima, Globalisierung, Digitalisierung und mehr

Europa. Neue programmatische Inhalte erschaffen dann ein neues politisches Leitbild der SPD, denn ohne Leitbild geht es nicht.

Jede Firma, jede Einrichtung entwickelt Profil mittels inhaltlicher und personaler Profile, die nach außen getragen werden. Die gegenwärtigen Themenstellungen, besonders auch eine SPD-Doppelspitze, beispielsweise mit den ersten Kandidaten Christina Kampmann/Michael Roth, kopierte nämlich nur mühsam die

Grünen, wo sich früher jeweils ein Fundi und ein Realo persönlich begegnen mussten.

Baerbock und Habeck sind allerdings heute nur noch grüne Exponenten des Realoflügels, und die grünen Fundis sind auch keine echten Fundis mehr, denn auch der Parteilinke Anton Hofreiter würde sofort mit der CDU/CSU ins Koalitionsbett steigen.

Die SPD sollte endlich nicht jeder grünen Mode hinterherlaufen, auch das schaffte endlich

wieder sozialdemokratische Parteien-Identität. Man stelle sich einmal vor, im Jahre 1980 hätte sich Herbert Wehner den Parteivorsitz mit Willy Brandt teilen müssen. Es wäre nicht möglich gewesen, und das war auch gut so.

Im Gegensatz dazu kann heute fast jeder Sozialdemokrat mit jeder Sozialdemokratin ein Partei-führungsteam bilden. Wer aber Profil zeigt und damit nur etwas in pragmatischer Richtung vom Hauptfluss der SPD abbiegt, der

wird behindert, seine charismatische Partei-Identität zu leben.

Ein Thilo Sarrazin (der von der AfD in die Thüringer SPD übergetretene, d. Red.) Oskar Helmerich aus Erfurt dürfen am sozialdemokratischen Elitencocktail, der gerade angemischt wird, nicht teilhaben. Folglich wird sichtbar: Es eröffnet sich zurzeit weder neue personale noch frische programmatische Vielfalt in der SPD.

Dr. Frank Wolfram Wagner,  
Lemgo

## Die SPD hat sich selbst ins Abseits gestellt

**Zu: Der Bruch hat begonnen (Nr. 23)**

Die (ehemaligen?) Volksparteien stecken beide in einem Dilemma. Über Jahre haben sie sich um die wirklichen Probleme, die den Bürgern unter den Nägeln brennen und die sie an die Wahlurne locken könnten, herumgedrückt. Als Gründe dafür, auf die originären Bedürfnisse der Bürger nicht eingehen zu können, wurden immer wieder Argumente benutzt, die letztlich nicht überzeugen konnten. Immer mehr wurde die hochgelobte EU und deren Zukunft für den angeblich erforderlichen Verzicht der einzelnen Mitglieder als Argument für ausbleibenden Wohlstand ins Feld geführt.

Die Einführung des Euro hat überdies dazu geführt, dass die Lebenshaltungskosten sich nahezu verdoppelten (ein Brötchen kostete bald nicht mehr 45 Pfennig, sondern 45 Cent, und die Mieten von ehemals 800 D-Mark betragen nun bald 800 Euro). Die Segnungen der Quecksilbersparlam-

pen, der geraden EU-Gurke, des 1000-Watt-Staubsaugers und anderer Fragwürdigkeiten konnte selbst der dümmste Wähler als Lobbyistenwerk erkennen.

Letztlich stellen heute nicht nur die Politiker der AfD und der Linken fest, dass sich der Lebensstandard von Mitte der 90er Jahre bis heute nicht nur nicht weiterentwickelt hat, sondern auch durch die Zahl der ständig steigenden Leichtlohngruppen eher rückläufig ist. Hierzu waren von unseren Volksparteien, die in friedlicher Eintracht in dieser Zeit überwiegend in einer großen Koalition zusammenwirkten, keine echten und glaubhaften Argumente zu hören. Im Gegenteil, sie wirkten derart miteinander verschmolzen, dass man sich nur verwundert die Augen reiben konnte. Auf ihren Parteitag waren keine typischen und richtungsweisenden Merkmale festzustellen, die klassisch „christlich“ oder besonders „sozial“ gewesen wären.

Ebenso schien das Grundgesetz in manchen Bereichen seine Schuldigkeit getan zu haben, so galt zum Beispiel die unter dem besonderen Schutz stehende Ehe nicht mehr als besonders schützenswert und musste zum Schrecken aller Konservativen dieses Landes der Homo-Ehe weichen. Die ungehinderte und be-

sonders geförderte Einwanderung von mehreren Millionen kultur-fremden neuen Mitbürgern hat, ungeachtet der nicht erfolgten Prüfung, was das kostet und wer das alles letztlich bezahlen soll, dem sozialen Miteinander eher geschadet und in Teilen zur Wiedereinführung des Mittelalters in Deutschland geführt.

Der Stellenwert der Frauen und die Anerkennung der Vielehe, einschließlich der exorbitanten Kindergeldzahlungen für alle Abkömmlinge, sorgten beim Normalbürger, dem diese Rechte bei Strafe verboten sind, nur für ungläubiges Kopfschütteln.

Das alles mit humanitärem Engagement unter Einbeziehung unseres 1000-jährigen Schuldkultes erklären zu wollen, ist dem Bürger nicht mehr zu vermitteln. Aufgerüttelt durch die Ergebnisse der Europawahl bricht nun bei den Altparteien eine allgemeine Panik aus, wobei sich die Hauptverursacher (Nahles/Gabriel) schon aus dem Staub machten oder dabei sind, sang- und klanglos von der Bühne zu verschwinden. Mit Recht fragt sich der steuerzahlende Bürger, wozu es 709 Bundestagsabgeordneter bedarf, die bei Sitzungen meist noch durch weitgehende Abwesenheit glänzen,

um so ein minderwertiges politisches Ergebnis zu erzielen.

Unsere Altparteien haben sich ihre rückläufigen Wählerstimmen zu Recht mühevoll verdient. Wer in Chemnitz entgegen den amtlichen Feststellungen Hetzjagden entdeckte, wer Pegida-Demonstranten (die als Vorläufer die Deutsche Einheit herbeidemonstrierten) als Nazis, Arschlöcher und Idioten diffamiert, hat sich als Politiker deutlich disqualifiziert.

Wenn sich Koalitionsparteien das Recht anmaßen und vordergründig vorgeben, die Internetnutzung mit einem Netzwerkdurchsetzungsgesetz vor minderwertigen Beiträgen zu schützen zu wollen, unterschätzen sie damit potenzielle Wähler, die genau erkennen, dass hier eine staatliche Zensur unkenntlich gemacht werden soll.

Die inzwischen so lange anhaltende Kanzlerschaft von Frau Merkel hat die koalierenden Parteien dazu gezwungen, zur Machterhaltung immer mehr von ihrem eigenen Profil abschleifen zu müssen. Willfährig bis willenlos haben sie jeden auch noch so politisch unsinnigen Schwenk dieser Vorbeterin bis hin zur Logik Gender-Subkultur) mitgemacht

und wundern sich nun, dass die Wählerschaft schwindet beziehungsweise abwandert.

In der CDU gibt es offenbar keine so mutigen Männer oder Frauen, die es wagen, der eigentlich schon verschwundenen Kanzlerin Merkel den Stuhl vor die Tür zu setzen oder die sie auffordern, für das angerichtete Chaos die Verantwortung zu übernehmen.

In der SPD ist Siegmund Gabriel innerparteilich zum Antitypen geworden, weil er sich weigerte, seinen Außenministerposten einem abgewrackten EU-Politiker zu überlassen, der zu allem Unglück auch noch mit 100 Prozent der Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Zum Niedergang der Parteien führt also ihre schändliche Feigheit und Konturlosigkeit in den Parteispitzen, politische Missstände beim Namen zu nennen. Ein Franz Josef Strauß hätte von seiner CSU längst verlangt, sich bundesweit aufzustellen, damit zumindest die Konservativen in diesem Land (ähnlich wie in Ungarn und Italien) wieder eine politische Heimat finden können. Horst Seehofer ist als früherer bayerischer Ministerpräsident mit seiner gescheiterten Durchsetzung von Grenzkontrollen als Blender längst enttarnt, und der Niedergang der CSU wird ebenso nicht aufzuhalten sein.

### Die SPD ignoriert den Willen des Volkes

**Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

# Die Öko-Generation rollt heran

Kinderkram für Erwachsene – Elektro-Tretroller erobern die Städte, ganz zur Freude der einen und zum Ärger der anderen

Seit etwas über einem Monat hat sich vielerorts das Stadtbild verändert. Überall sind Menschen mit E-Scootern unterwegs. Die lautlosen batteriegetriebenen Roller machen ihren Fahrern viel Freude, anderen Verkehrsteilnehmern allerdings auch viel Ärger.

Als der Öko-Wahn noch nicht Einzug in unsere Gesellschaft hielt, war es der Ausdruck eines Lebensgefühls von Freiheit, wenn man als Motorradfahrer auf zwei Rädern mit Tempo 200 durch die Gegend dröhnte. Heute genügt Tempo 20, um auf einem elektrogetriebenen Gefährt auf zwei Rädern sein Glück zu finden. Hauptsache es ist – angeblich – „nachhaltig“ und leise.

Seit Mitte Juni sogenannte E-Scooter im deutschen Straßenverkehr erlaubt sind, nimmt die Zahl derer rasant zu, die vor allem in den Großstädten mit den akkubetriebenen Laufrädern unterwegs sind. Denn in Berlin, München, Köln, Hamburg und andernorts, wo die Kundschaft groß ist, breiten sich die Unternehmen aus, die aus Leihrollern Profit schlagen wollen.

Schaut man sich nur das Straßenbild dieser Städte an, so scheint sich hier ein gewinnträchtiges Geschäftsmodell abzuzeichnen. Kaum waren die Elektroroller am 13. Juni für den Verkehr auf Radwegen freigegeben, sieht man die flinken Zweiräder überall entlangsausen oder auf Bürgersteigen achtlos abgestellt.

Wer „hip“ und „trendig“ sein wollte, hatte schon früher den eigenen Tretroller, der seinen Namen verdiente und noch nicht batteriebetrieben war, von zu Hause aus in die U-Bahn genommen, um damit dann gemütlich zum Büro zu rollen. Das ist „out“. Wer jetzt „hip“ und „trendig“ sein will, fährt mit Akkurollern.

Es ist erstaunlich, welche Entwicklung Tretroller gemacht haben. Früher waren sie ein reines Kinderspielzeug. Dass jetzt



Hauptsache, es sieht „cool“ aus: Fahrer mit einem Elektro-Leihroller in Berlin

Bild: Imago/Andreas Gora

Erwachsene wie Kinder auf Rollern fahren, ist ein Anblick, an den man sich gewöhnen muss. In Zeiten des Jugendwahns ist es ein Zeichen, dass man sich seine Kindlichkeit bewahren will.

Das aber auch sehr zum Ärger der anderen Verkehrsteilnehmer – und zum Schaden der Umwelt, doch davon später. Da sie nur maximal Tempo 20 fahren können, behindern die Tretrollerfahrer auf Radwegen die zumeist schnelleren Radfahrer. Wo keine Radwege vorhanden sind, ist Straßennutzung erlaubt. Dass es hier zu ernsthaften Unfällen mit den noch ungeübten Fahrern kommen kann, ist offensichtlich.

Viele sind zudem ohne Kopfschutz unterwegs. In Berlin, wo es

bereits 4800 E-Scooter gibt, registrierte die Polizei in diesem Zusammenhang seit dem 15. Juni bereits 21 Verkehrsunfälle mit zum Teil schweren Verletzungen, hauptsächlich am Kopf. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es in Deutschland den ersten Rollertoten gibt. In London ist erst kürzlich eine bekannte TV-Moderatorin mit ihrem Roller tödlich verunglückt. Sie dürfte in Europa zu den ersten Rollertoten gehören. In Asien und den USA, wo Roller schon länger im Einsatz sind, ist das fast schon trauriger Alltag.

Das Gefühl, es könne mit einem so langsamen Gefährt nichts passieren, ist falsch. So rechnet die Allianz-Versicherung mit einem Anstieg der Unfallzahlen. „Wie

schon beim Pedelec (dem akkubetriebenen Fahrrad) zu beobachten, sind die Benutzer völlig ungeübt mit dem neuen Gefährt und seinen fahrdynamischen Eigenschaften“, heißt es seitens des Versicherers. Für E-Scooter gilt im Übrigen die Versicherungs- und Kennzeichnungspflicht.

Mit der Pflicht, sich an die Verkehrsregeln zu halten, nehmen es die Rollerfahrer indes nicht so ernst. Häufig fahren sie verbote-nerweise auf Gehwegen oder zu zweit auf einem Gefährt. In Berlin-Mitte hat die Polizei bei Kontrollen binnen vier Stunden 60 Verstöße geahndet. Auch alkoholisierte Fahrer wurden angehalten. Wie bei allen anderen mobilen Verkehrsteilnehmern gilt die

Promillegrenze. In München wurden bereits 36 Rollerfahrer mit mehr als 1,1 Promille erwischt. Das gilt als Straftat, die mit Führerscheinentzug geahndet wird.

Viele Rollerfahrer kümmert das wenig. Für sie gehört es zum Lebensgefühl dazu, sich lässig schlangenlinienfahrend fortbewegen zu können. Sie unterstreichen damit die Zugehörigkeit zur Smartphone-Generation. Denn das Smartphone ist der Schlüssel für diese E-Scooter. Nur per App kann man die Roller orten und mieten. In Hamburg etwa gibt es bereits vier Leihfirmen, drei weitere werden in den nächsten Wochen hinzukommen. Bei einer Grundgebühr von meist noch einem Euro kann man pro Minute

für bis zu 20 Cent fahren. Wer am Ziel ist, stellt seinen Scooter einfach irgendwo ab. Deshalb sieht man auf vielen Gehwegen solche Flitzer im Weg stehen, die darauf warten, vom nächsten Nutzer in Betrieb genommen zu werden.

Nach etwa 40 Kilometern macht der Akku schlapp. Sogenannte Juicer orten dann die im Stadtgebiet verteilten Roller, sammeln die 17 Kilo schweren Dinger ein und laden sie privat bei sich zu Hause auf. Pro Roller kriegen sie laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) fünf Euro. „Das zeigt auch, dass grüne, vermeintlich ökologische Geschäftsmodelle viel zu häufig sozialen Kriterien zuwiderlaufen und nichts anderes sind, als schnelles Geld zu machen“, kritisierte Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger.

Der Selbstbetrug in Sachen Umweltverhalten zeigt sich auch an anderen Nebenwirkungen. Dass wegen des erhöhten Energiebedarfs durch Roller den Menschen auf dem Land neue Windräder vor die Häuser gesetzt werden, bekommt der urbane Rollerfahrer ja nicht mit. Hauptsache, er hat sein „ökobewusstes“ Vergnügen.

Darüber hinaus liegt die Lebensdauer der Roller bei nur etwa sieben Monaten. Vor allem Akkus lassen sich nur schwer umweltschonend entsorgen. Auch vor Vandalismus sind die kleinen Geräte wenig geschützt. Stehlen lassen sie sich allerdings schwer, da sie sich nur per personalisierter App bedienen lassen und jederzeit zu orten sind.

In der warmen Jahreszeit sind die E-Scooter-Fahrer noch in Schwärmen unterwegs. Mal sehen, was passiert, wenn der Herbst und der Regen kommen. Mit Regenkleidung auf dem Roller sieht man nicht mehr so „cool“ aus. Dann wird man ihn lieber stehenlassen. Und kommt der Frost im Winter, bleiben die Scooter nach kurzer Zeit von selbst stehen, weil Akkus extreme Kälte nicht vertragen. *Harald Tews*

## Ein echter Winnetou

Besuch aus dem Wilden Westen – Ein Sioux in Karl Mays Heimat

Auf den Friedhöfen der sächsischen Landeshauptstadt Dresden findet sich so manche ungewöhnliche Grabstelle – darunter auch die einzige letzte Ruhestätte eines Indianerhäuptlings auf deutschem Boden. Diese liegt in der Reihe Zwölf des Feldes F auf dem Neuen Katholischen Friedhof im Stadtteil Friedrichstadt. Der Grabstein trägt die Inschrift „Sioux Häuptling Edward Two-Two 1851–1914“ sowie den Spruch „Zum Paradies mögen Engel dich geleiten“ in der Sprache des Verstorbenen.

Hier bestattet zu werden, war der erklärte Wille des Lakota-Sioux, welcher 1876 in der legendären Schlacht am Little Bighorn gegen die 7. US-Kavallerie unter George Armstrong Custer mitgekämpft hatte und dann später sein Dasein als Hilfspolizist im Reservat Pine Ridge fristen musste. Dort entdeckten ihn die „Talentesucher“ des Hamburger Zoos Hagenbeck, der nach dem Vorbild von William Frederick Cody, genannt Buffalo Bill, Wild-West-Shows unter Beteiligung echter Indianer veranstaltete. Also trat Two-Two 1910 in Hamburg als Attraktion aus dem Wilden Westen auf und kehrte 1913 mit seiner Familie nach Europa zurück. Wobei er diesmal vom Dresdner Zirkus Sarrasani für dessen „Völkerschauen“ verpflichtet wurde.

In Sachsen schlug dem Sioux mit der markanten wettergegerbten Erscheinung besondere Begeisterung entgegen, denn die ganze Region befand sich noch im Winnetou-Fieber, nachdem Karl May, der populäre Erfinder dieser Figur, erst ein Jahr zuvor in Rade-



Eine Zirkus-Attraktion: Häuptling Edward Two-Two Bild: Wiki

beul gestorben war. Der warme Empfang bewegte Two-Two, dessen eigentlicher Stammesname Nupalla lautete, ganz ungemein, da er im heimischen Reservat kaum Wertschätzung erfahren hatte. Hinzu kam das Elbsand-

steingebirge unweit von Dresden, das den Häuptling sehr an die Landschaft zu Hause erinnerte.

Allerdings erkrankte Edward Two-Two während eines Sarrasani-Gastspiels in Essen infolge des großen Tour-Stresses und starb schließlich am Abend des 27. Juli 1914. Zuvor hatte er noch dem eilends herbeigerufenen US-Konsul seinen letzten Willen in die mitgebrachte Reiseschreibmaschine diktiert. Und der lautete, in Dresden und nicht in den USA bestattet zu werden, wie es der Vertrag für die Indianerdarsteller eigentlich vorsah.

Die Todesanzeige in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ erschien am gleichen Tag wie der Aufruf zur deutschen Mobilmachung, welche den Ersten Weltkrieg ankündigte. Two-Twos Angehörigen gelang es aber noch im letzten Moment, über England in die USA zurückzukehren.

Aufgrund der Wirren der darauffolgenden Jahre wurde der Grabstein erst 1926 aufgestellt – vermutlich auf Betreiben Sarrasanis. 2000 sollte die in Vergessenheit geratene Grabstätte eingeebnet werden, blieb aber dank des Engagements des Dresdners Hartmut Rietschel erhalten. Deshalb konnte zum 100. Todestag von Two-Two im Jahr 2014 auch eine indianische Gedenkzeremonie stattfinden. *Wolfgang Kaufmann*

## Schreib mal wieder!

Weltpostkartentag am 30. Juli – Steinzeitlicher Versand von Grüßen

Ansichtskarten aus dem Urlaub sind ein Auslaufmodell. Die Smartphone-Generation versendet Feriengrüße per Instagram, WhatsApp oder Facebook. Selfies von sich vor der Badekulisse der Ostsee, vorm Matterhorn oder dem Schiefen Turm von Pisa kommen dann nur noch in elektronischer Form bei

tag und Internationalen Tag der Freundschaft am 30. Juli schafft ein Internetdienstleister Abhilfe. Mit der Postkarten-App Postando kann jeder Nutzer seine eigenen Bilder vom Smartphone aus als echte Postkarte versenden.

Die Rückkehr in die Steinzeit des Postkartensendens hat nicht allein etwas mit Nostalgie zu tun.



Da hat man was in Händen: Grußkarten von Freunden

den Verwandten oder Freunden zu Hause an.

Dumm nur, dass man solche digitalen Erinnerungen nicht mehr an den Kühlschrank oder an die Pinnwand heften kann. Denn ausdrucken lassen sich solche Fotos nur äußerst schwer. Rechtzeitig zum Weltpostkarten-

Denn die Schnellebigkeit digitaler Botschaften nimmt jenen Zauber, den eine selbst geschriebene, in den Briefkasten gesteckte und vom Briefträger überreichte Postkarte innehat. Denn hier weiß der Empfänger: Der Absender hat sich Zeit genommen, ein schönes Motiv auszuwählen und sich dar-

über hinaus Gedanken zu machen, was er auf die Karte schreibt. Und am Ende kann der freudige Empfänger die individuelle Botschaft in den Händen halten. Anders als massenhaft verbreitete Reisefotos übers Internet, zeugen individuelle Ansichtskarten von der Wertschätzung, die man für Freunde oder Familie hat.

Während digitale Bilder schnell wieder in den Untiefen des Internets verschwinden, wirft niemand so schnell eine persönliche Postkartennachricht weg. Diese analogen Botschaften sind etwas, was man sich noch einmal anschaut, noch einmal in die Hand nimmt und das noch einmal an jemanden erinnert. Und sie sind etwas, worüber man später noch einmal mit Familie und Freunden spricht. Postkarten sind wie ein kleiner Schatz, auf den man gut aufpasst und mit dem man auch nach Jahren noch viele positive Gedanken verbindet.

Mit der kostenlosen Postando-App kann man nun Grußkarten mit den eigenen Fotos selbst gestalten. Die fertigen Informationen werden an Postando übermittelt. Der Ausdruck auf hochwertigem Papier im Format 14,8 mal 10,5 Zentimeter sowie der Versand pro Karte ins In- und Ausland kostet 1,99 Euro. *H. Tews*

Infos: unter [www.postando.de](http://www.postando.de)

## Aufschlussreiche Analyse des Zweiten Weltkriegs

Über den Zweiten Weltkrieg gibt es überaus viele Bücher, wobei manche Geschehnisse noch heute mit einem geheimen Schleier verdeckt werden oder unbeantwortet bleiben beziehungsweise umstritten sind. In seinem neuen Buch „Feuersturm“ versucht Andrew Roberts, der als Großbritanniens bester Militärhistoriker gilt und Professor am Department of War Studies des King's College in London ist, einige jener Probleme vom rein militärischen Standpunkt zu untersuchen.

Nach seinen Forschungen war der Sieg der Alliierten „keineswegs unvermeidlich“. Ebenso sei „unbestritten“, dass die deutschen Soldaten „die besten Kämpfer des Zweiten Weltkriegs waren“. Umso bohrender sind seine Fragen, etwa, weshalb die britische Armee im Mai 1940 in Dünkirchen nicht insgesamt vernichtet oder gefangen genommen wurde. In diesem Falle lässt sich kaum sagen, welche Zugeständnisse dann London hätte machen müssen und ob Churchill sich als Premierminister hätte halten können, wenn er die Fortsetzung des Krieges verlangt hätte. Bei der Luftschlacht über England wurde der deutsche Angriffsschwerpunkt von den Flugplätzen zu Städte verlegt, was der RAF die überlebensnotwendige Atempause gab – die erforderlichen Langstreckenbomber dafür hatten die Deutschen viel zu spät entwickelt.

Ebenfalls stellt der Autor die bis heute hart umstrittene Frage, wes-

halb die Alliierten nicht die Eisenbahnlinie zum KZ Auschwitz bombardierten. Seit Anfang 1944 wäre dies durchaus möglich gewesen, und über die dortigen Zustände sei man wohl informiert gewesen. Entgegen der allgemeinen Ansicht, die Wehrmacht habe unmittelbar vor der Invasion in der Normandie das vereinbarte Stichwort der BBC am 5. Juni, 22.15 Uhr, an die Résistance nicht erkannt, weist er nach, dass der Kommandeur der 15. Armee dagegen sehr wohl informiert war – „aber niemand warnte die 7. Armee in der Normandie“.

Die Hoffnungen der Attentäter vom 20. Juli 1944 auf einen Friedensschluss mit Großbritannien waren eine Fehleinschätzung, denn nach der Forderung Roosevelts 1943 nach bedingungsloser Kapitulation konnte London nicht mehr allein handeln. Hätte indes Stalin den Eindruck gewonnen, dass England Kontakte zu deutschen Wehrmachtsgenerälen unterhielt, (die weiterhin gegen die Sowjetunion kämpfen wollten), hätte dieser nach Ansicht des Verfassers durchaus versucht sein können, „sich um eine erneute Einigung mit Hitler zu bemühen“.

Soweit ersichtlich, analysiert der Autor als erster Militärhistoriker den verfehlten Einsatz des von General Rommel geführten Afrikakorps. Denn statt eines Krieges mit der UdSSR hätte Hitler mit einem massiven Vorstoß in Nordafrika das Britische Empire wesentlich leichter vernichten können. Im Oktober 1942 standen die

lediglich zwölf Divisionen Rommels nur noch rund 100 Kilometer vor Alexandria. Ein Bruchteil der gegen Russland eingesetzten Streitmacht hätte genügt, um die Briten aus Ägypten und insbesondere aus dem Irak und Iran zu vertreiben. Die Eroberung Kairo hätte die Vertreibung der britischen Navy aus ihrem wichtigsten Mittelmeer-Stützpunkt Alexandria sowie zudem die Sperrung des Suez-Kanals für den alliierten Schiffsverkehr bewirkt. Das Entscheidende aber wäre die Einvernahme der fast unverteiligten Ölfelder des Nahen Ostens gewesen, denn damit hätten die Deutschen „Großbritannien von seiner Ölversorgung abgeschnitten“. Zugleich aber hätte sie „die sowjetische Kaukasusregion vom Süden her bedroht“. Die Heeresgruppe Süd hätte dabei vom Irak nur wenige 100 Kilometer nach dort zurückzulegen gehabt, anstatt, wie dann 1941–1942 geschehen, sich über 1600 Kilometer weit vorankämpfen zu müssen.

Mit dem deutschen Griff auf Baku wäre die Rote Armee von ihrer Erdölversorgung abgeschnitten und nicht in der Lage gewesen, den Krieg erfolgreich weiterzuführen.

Eine andere, zweifellos für alle Leser sehr interessante Feststellung des Autors ist, dass „zum unglaublichen Glück“ der Alliierten die Achsenmächte ihre Kriegsanstrengungen niemals koordinierten und nicht einmal Informationen über unentbehrliche Waffensysteme austauschten. Eine enge militärische Absprache hätte für einen gleichzeitigen Angriff auf Russland sorgen müssen. Das für seine Kriegsmaschinerie so dringend benötigte Öl hätte Japan dann von dort beziehen können statt von Niederländisch-Indien.

Doch Hitler habe Tokio nicht am Unternehmen „Barbarossa“ teilnehmen lassen wollen, wie man ihn auch nicht über den Angriff auf Pearl Harbor und den Kriegseintritt mit den USA informierte. Jeder wollte wohl der Allergrößte sein und blickte etwas herablassend auf die anderen.

Friedrich-Wilhelm Schломann



**Andrew Roberts:** „Feuersturm. Eine Geschichte des Zweiten Weltkriegs“, C.H. Beck Verlag, München 2019, gebunden, 896 Seiten, 39,95 Euro

## Leuchttürme entdecken

Zu Beschäftigung mit Leuchttürmen lädt der russische Autor Roman Beljajew in seinem Buch „Leuchttürme. Wegweiser der Meere“ ein. Die kleinen Leser begleiten die Schulklasse 4b und ihre Lehrerin bei einem Ausflug ans Meer zu Otto, dem Leuchtturmwärter und seinem Hund Bürschle. Natürlich haben die Kinder viele Fragen: Wieso gibt es Leuchttürme? Ist im Leuchtturm eine Lampe? Wie sehen die Türme von innen aus? Wieso heißt der Turm eigentlich so? Was macht der Leuchtturmwärter? Wie kann man Leuchttürme unterscheiden?

Geduldig beantwortet Otto jede Frage. Wie war es eigentlich in früheren Zeiten mit den Seezeichen, als es noch keine Glühlampen gab, wollen die Kinder wissen. Vor deren Erfindung kamen unterschiedliche Brennstoffe, wie Reisig, Holz, Torf, Talg, Öl, Stein- und Holzkohle, Erdöl, Petroleum, Kerzenwachs und Gas zum Einsatz, um den Schiffen in der Dunkelheit und Dämmerung zu helfen, ist zu erfahren.

Schon auf dem Umschlag kann man erkennen, wie viele verschiedene Arten von Leuchttürmen es gibt, in verschiedenen Formen

und Farben und aus unterschiedlichem Material.

Beljajew hat sein Kinderbuch selbst illustriert und führt mit Tuschebildern durch die Entwicklung der Seezeichen. Informativ geht es durch die Geschichte der Leuchtfeuer, und Beschreibungen der Funktionsweise fehlen ebenfalls nicht. Die unaufdringlichen Zeichnungen machen das Ganze anschaulich und lassen durch den leichten Pinselstrich, vornehmlich in der Farbe Blau, den Eindruck eines Urlaubs am Meer entstehen. Am Ende dürfen ganz besondere Leuchttürme nicht fehlen, wie der Herkulessturm an der Atlantikküste vor der spanischen Stadt La Coruna. Zum Schluss gibt es noch einmal eine Zusammenfassung aller wichtigen Fakten rund um die Leuchtsignale. Ein Buch, das wirklich Spaß macht und auch Erwachsenen noch einiges an Wissen vermittelt.

Silvia Friedrich



**Roman Beljajew/Thomas Weiler:** „Leuchttürme. Wegweiser der Meere“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2019, gebunden, 48 Seiten, 15 Euro

## Geschichte eines Sommers

Ein Sommer an der süditalienischen Küste: Leda, eine beruflich erfolgreiche Frau um die 50 – alleinstehend, die erwachsenen Töchter studieren im Ausland – verbringt ihren Urlaub in einer Ferienwohnung am Meer. Zur Vorbereitung auf ihre Lehrtätigkeit im nächsten Semester an der Uni liest sie viel, bis sie eines Tages auf eine neapolitanische Großfamilie aufmerksam wird, die sie ungewollt nicht mehr loslässt.

Besonders eine junge Mutter und deren kleine Tochter haben es ihr angetan – und Leda lässt sich zu einer für sie selbst unverständlichen Tat hinreißen: Sie stiehlt die Puppe des Mädchens. Gleichzeitig lässt Leda ihr eigenes Leben als Ehefrau, Mutter und erfolgreiche Karriere-

frau Revue passieren, was sie in einen Strudel widersprüchlicher Gefühle hineinzieht.

Vieles in Ferrantes bereits 2006 erschienenem Roman „Frau im Dunkeln“ deutet ihre erfolgreiche neapolitanische Saga in vier Bänden (ab 2011) voraus, erreicht deren Spannung jedoch nicht. MRK



**Elena Ferrante:** „Frau im Dunkeln“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, gebunden, 188 Seiten, 22 Euro

## Ein Richter klagt über die »schwerbehinderte Justizia«

Vor Gericht und auf hoher See befindet man sich in Gottes Hand, sagt der Volksmund. Wer allerdings das Buch des Dessauer Strafrichters Patrick Burow „Justiz am Abgrund“ gelesen hat, der würde wohl lieber mit dem Paddelboot über den Atlantik fahren, als es auf einen Prozess vor deutschen Gerichten ankommen zu lassen.

Denn Burows Aussagen sind nachgerade schockierend: Justizia sei hierzulande nicht nur blind, sondern auch noch zu 100 Prozent schwerbehindert. Gleichzeitig mache sich niemand die Mühe, ihr helfend unter die Arme zu greifen. Denn für den Staat stelle die Justiz nur das fünfte Rad am Wagen dar, für das er derzeit gerade einmal 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufwende, also weniger als die fettgemästeten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erhielten. Dabei habe der Arbeitsaufwand infolge der Asylkrise enorm zugenommen – sowohl

wegen der Klagewelle vonseiten abgelehnter Asylbewerber als auch aufgrund der steigenden Kriminalität seit 2015.

Die Konsequenzen sind dann entsprechend verheerend: extrem überlastete und zugleich unterbezahlte Richter, die immer häufiger Fehlerurteile produzieren oder fragwürdige Deals hinter verschlossenen Türen vereinbaren, überlange Gerichtsverfahren, welche in zunehmend schäbiger anmutenden Gebäuden stattfinden, vorsintflutliche Technik und fehlendes Hilfspersonal wie Justizwachtmeister, ohne die es keine Sicherheit während der Verhandlungen gibt.

Außerdem kritisiert Burow die höchstrichterliche Rechtsprechung hierzulande, nach der Strafen im Regelfall im unteren Drittel des gesetzlichen Rahmens zu liegen hätten. Ein wesentlicher Grund hierfür dürften hoffnungslos überfüllte Gefängnisse sein.

Bei der Alltagskriminalität scheint der Staat sogar ganz zu ka-

pitulieren, denn die wird oft überhaupt nicht mehr verfolgt. Mit einer Ausnahme: Verkehrsverstöße, in deren Folge Bußgelder anfallen, mit denen Haushaltslöcher gestopft werden können. Hierzu schreibt Burow: „Wenn Sie eine Straftat begehen, wird das höchstwahrscheinlich völlig folgenlos für Sie sein, außer wenn Sie auf dem Weg zum Tatort zu schnell fahren oder dort falsch parken. In diesem Fall werden Sie die ganze Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.“

Das Buch liest sich hervorragend, weil der Verfasser sehr präzise und anschaulich argumentiert. Allerdings hat es dennoch ein Manko. Das ist das weitge-

hende Ausblenden der politischen Dimensionen des Justizdramas und die nur ganz ansatzweise Bloßstellung der Verantwortlichen für die Misere. Aber etwas anderes wäre von einem engagierten Staatsdiener, der offensichtlich noch lange im Amt bleiben will, wohl auch zu viel verlangt.

Wolfgang Kaufmann



**Patrick Burow:** „Justiz am Abgrund. Ein Richter klagt an“, LangenMüller Verlag, Stuttgart 2018, gebunden, 205 Seiten, 22 Euro

## Wissenschaftliche Betrachtungen über die deutsche Frauenbewegung

Nachdem der Rat der Volksbeauftragten im November 1918 das Frauenwahlrecht beschlossen hatte, konnten in Deutschland im Januar 1919 Frauen ab dem Alter von 20 Jahren erstmals wählen. Diese Errungenschaft war nicht allein auf die Novemberrevolution zurückzuführen, sondern vielmehr ein Erfolg der Frauenbewegung, die in Deutschland, Europa und den USA eine bewegte Vorgeschichte im sogenannten „langen 19. Jahrhundert“ (1789 bis 1914) hat.

Parallel dazu wurde das Frauenrecht in mehreren europäischen Ländern eingeführt. Im Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist aus diesem Anlass ein Sammelband mit elf wissenschaftlichen Aufsätzen erschienen, betitelt

„Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa“. Unter den Autoren sind die beiden Herausgeberinnen Hedwig Richter und Kerstin Wolff. Unter Bezugnahme auf die Begriffe „Raum – Körper – Sprechen“ wird die Geschichte der deutschen und europäischen Frauenbewegung in enger Verknüpfung mit der Demokratiegeschichte neu aufgerollt, so der Anspruch.

Neben den englischen Suffragetten, die wegen ihrer teilweise aggressiven Aktionen eher eine Ausnahme darstellten, beziehen sich die Autoren auf maßgebliche Frauenrechtlerinnen und ihren Wirkungskreis in Politik und Gesellschaft. Die Anfänge der bürgerlichen Bewegung resultierten

daraus, dass die in der sozialen Arbeit engagierten Frauen ihre Tätigkeitsfelder als politisch definierten und dementsprechend ihre politischen Rechte einforderten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts forderten die Vorkämpferinnen der Frauenbewegung das allgemeine Wahlrecht für Frauen.

Offenkundig wenden sich die Autoren mit ihren Beiträgen an Fachkollegen.

Der Text des Buchumschlags verspricht jedoch etwas anderes, nämlich eine „Beschreibung der wechselvollen und spannenden



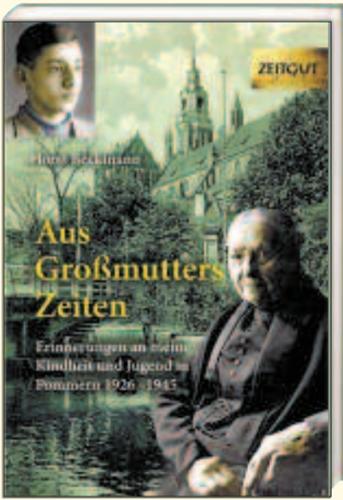
**Kerstin Wolff/Hedwig Richter (Hg.):** „Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa“, Verlag Hamburger Edition, Hamburg 2018, gebunden, 295 Seiten, 30 Euro

Geschichte des Frauenwahlrechts“ und damit ein Angebot für ein größeres Lesepublikum. Die Aufsätze kommen aber überwiegend im Fachjargon daher. Für Laien enthalten sie allzu viele Anspielungen auf ineinandergreifende Einzelaspekte sowie auf Diskurse, mit denen nur Spezialisten etwas anfangen können. So kann Wissenschaftsvermittlung für ein größeres Lesepublikum nicht funktionieren.

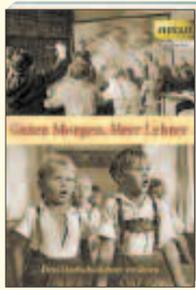
Eine von wenigen Ausnahmen bildet der Aufsatz von Susanne Schütz über die sozialkritische Schriftstellerin Louise Otto-Peters (1819–1895), eine der wichtigsten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen des 19. Jahrhunderts und Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins im Jahr 1865.

Bereits 1847 trat Otto-Peters für die politische Partizipation von Frauen ein.

Leider hat man sich dagegen entschieden, das facettenreiche Thema populärwissenschaftlich aufzuarbeiten, indem der historische Hintergrund auch tatsächlich als Hintergrund dargestellt wird. Somit wäre ein zentraler „Raum“ für mehr personalisierte Geschichten sowie überschaubare Entwicklungen geschaffen worden. Jedoch wäre ein anderes, leserfreundliches Format für den Verlag des Instituts für Sozialforschung vermutlich ein Ausschlusskriterium. Das Institut ist Arbeitgeber zahlreicher Historiker und Sozialforscher, darunter der Herausgeberin Hedwig Richter. Dagmar Jestrzemska

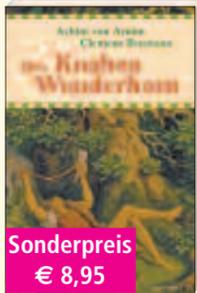


Horst Beckmann  
**Aus Großmutterns Zeiten**  
 Erinnerungen an meine Kindheit und Jugend in Pommern 1926-1945  
 Horst Beckmann verfügte schon als Kind über eine besondere Beobachtungsgabe. Seine Anekdoten aus den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts führen uns nach Stargard im damaligen Pommern. Gleichwohl hätten sie sich in jeder deutschen Kleinstadt ereignen können. Sie widerspiegeln eindrucksvoll und oft voller Humor jene Jahre, in denen die „Moderne“ ihren Einzug hielt und den damals alten Menschen oft arg zu schaffen machte. Die Großeltern der 1850er Jahrgänge waren noch tief verwurzelt in der Kaiserzeit. In den Geschäftshäusern der Handwerkerfamilien gehörten sie zum „Hausinventar“ und hatten traditionell Mitspracherechte. Das Telefon, das Radio, der elektrische Strom und auch das Auto waren zum Beispiel in den Augen der Beckmann-Großmutter „Teufelszeug“. Und so war es nicht verwunderlich, dass es in der Großfamilie hin und wieder zu Konflikten kam. Die Geschichten aus der „guten alten Zeit“ werden viele ältere Leser, aber auch deren Kinder und Enkel erfreuen und ihnen ein Schmunzeln entlocken. 128 Seiten  
 Nr. P A0390 Gebunden 12,90 €



Kirchner/Wenderoth/Busch  
**Guten Morgen, Herr Lehrer**  
 Drei Dorfschullehrer erzählen  
 Kartonierte  
 256 Seiten  
 Nr. P A0752 10,90 €

Es war einmal die einklassige Dorfschule. Wer auf dem Land groß geworden ist, kennt sie noch, die einklassige Dorfschule, in der die Schüler aller Altersgruppen gemeinsam in einem Raum unterrichtet wurden. Die Lehrer Siegfried Kirchner, Manfred Wenderoth und Egon Busch begannen Anfang der 1960er Jahre in solchen Dorfschulen ihre Laufbahn in Westdeutschland. Heiter, witzig, oft auch skurril sind die Anekdoten und Geschichten aus dieser Zeit, als der Herr Lehrer neben dem Bürgermeister und dem Pastor noch zu den hochgeachteten Persönlichkeiten im Dorf zählte. Egon Busch schildert am Ende des Buches, wie der Wandel des Schulsystems auch das Dorf erreichte. 1968 kam dann das endgültige Aus für die „Zwergenschulen“.

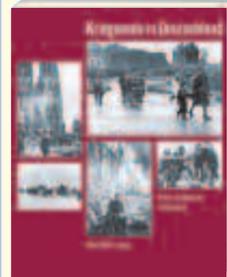


Achim von Arnim und Clemens Brentano  
**Des Knaben Wunderhorn**  
 Alte deutsche Lieder  
 928 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1064 8,95 €

Clemens Brentano und Achim von Arnim gaben dieses „wohlfeile Volksliederbuch“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts heraus. Es enthält 723 Liebes-, Soldaten-, Wander- und Kinderlieder vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert. Ähnlich wie die Brüder Grimm mit ihrer Märchensammlung haben die beiden Dichter der Romantik darin einen Schatz zusammengetragen und vor dem Vergessen bewahrt: „alte deutsche Lieder“ aus mehreren Jahrhunderten, lyrische Dichtung von der hohen Verskunst bis zum Abzählreim, vom Liebeslied über die Ballade bis zum Volksglauben. „Des Knaben Wunderhorn“ ist eine unerschöpfliche Fundgrube, die in ihrer Vielfalt staunen lässt.



Heike Specht  
**Ihre Seite der Geschichte**  
 Deutschland und seine First Ladies von 1949 bis heute  
 Mildred Scheel brachte die Protokollchefs ins Schwitzen. Rut Brandt wickelte Breschnew um den Finger. Hannelore Kohl feilte am 10-Punkte-Programm zur Einheit. Doris Schröder-Köpf legte bei George W. Bush ein gutes Wort ein. In der Verfassung sind die First Ladies gar nicht vorgesehen, dabei sind wenige so nah an der Macht wie sie. Aber wie setzten sie ihren Einfluss in den letzten 70 Jahren um und prägten damit das Land? Heike Specht hat zahlreiche Interviews mit den First Ladies, ihren Nachfahren und Weggefährten geführt und akribisch recherchiert. Sie lässt uns hinter die Kulissen der Staatsführung blicken und entwirft ein faszinierendes Panorama deutscher Geschichte. Und natürlich geht es auch um den ersten First Husband: Joachim Sauer. 400 Seiten  
 Nr. P A1347 Gebunden 24,00 €



Frank Bajohr/Mathias Beer/  
 Nicolas Berg  
**Kriegsende in Deutschland**  
 Mit einer Einleitung von Arno Surminski  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A0856 19,95 €

Im Frühjahr 1945 ging für die Deutschen der von ihnen entfesselte Zweite Weltkrieg zu Ende. Der Einmarsch der alliierten Truppen bedeutete die Befreiung vom nationalsozialistischen Terror, das Ende der Kämpfe und Bombennächte, für viele aber auch den Beginn von Flucht, Vertreibung und Gefangenschaft. Historiker und Zeitzeugen schildern in diesem Buch die politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und militärischen Operationen der letzten Kriegsmomente. Informative Karten und eine Chronologie ergänzen den mit historischen Fotos reich illustrierten Band. Eine Auswahl der Autoren: Frank Bajohr, Mathias Beer, Nicolas Berg, K. Erik Franzen, Ulrich Herbert, Heinrich Jaenecke, Axel Schildt, Manfred Zeidler.



Lothar Frenz  
**Ein Jahr mit Loki**  
 Botanikerin, Naturschützerin, Lehrerin: Loki Schmidt war immer mehr als die Frau an Helmut's Seite. Hier erzählt Lothar Frenz, der eng mit ihr zusammenarbeitete, von ihrem wechselvollen Leben: Lokis Kindheit und Jugend, dem Krieg und der Bonner Republik, davon, wie sie sich immer wieder neu erfand und dabei doch sie selbst blieb. Mit großem Selbstbewusstsein ausgestattet, wusste sie genau, wer sie war und was sie wollte. Als „armer Leute Kind“ hatte sie feste Standpunkte und hegte durchaus Unverständnis gegenüber Leuten, die ihre Chancen nicht sahen – und dennoch begegnete sie den Menschen immer auf Augenhöhe. „Ein Jahr mit Loki“ ist nicht nur das persönliche Porträt einer beeindruckenden Frau – es ist auch ein Buch über das Leben. 224 Seiten  
 Nr. P A1344 Gebunden 20,00 €

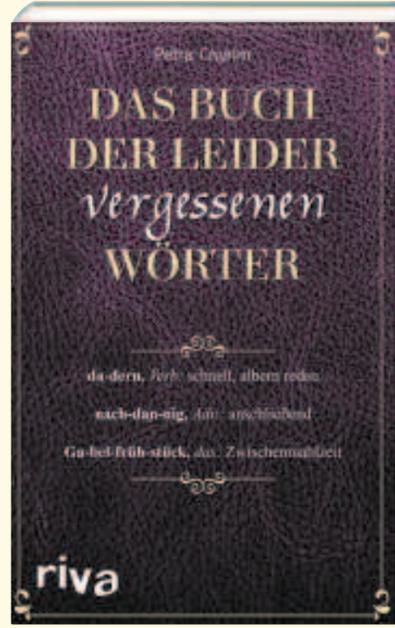


Erika Steinbach  
**Flucht Vertreibung Mahnung**  
 Menschenrechte sind nicht teilbar – Erfahrungen meines Lebens  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A0991 22,00 €

Das Schicksal der Heimatvertriebenen bewegt auch mehr als 70 Jahre nach Kriegsende die deutsche Gesellschaft. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die direkt Betroffenen angeht, sondern nach wie vor alle betrifft: „Die Katastrophe der Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen mit allen nur denkbaren Grausamkeiten und Begleiterscheinungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist schmerzlicher und unauslöschbarer Teil unserer Nation.“ Erika Steinbach zeigt auf, wie diese Menschenrechtskatastrophe dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt, und macht gleichzeitig die europäische Dimension und Bedeutung beeindruckend anschaulich.



Petra Cnyrim  
**Das Buch der fast vergessenen Wörter**  
 Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding“ aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettenscanner, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmunzeln. 200 Seiten  
 Nr. P A1215 Taschenbuch 14,99 €



Petra Cnyrim  
**Das Buch der leider vergessenen Wörter** (200 Seiten)  
 Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während heute der Babo eine nice WhatsApp kriegt, erreichte dereinst womöglich eine poussierliche Depesche den Offizianten – natürlich nur, sofern diese unterwegs nicht gefringst wurde. Petra Cnyrim hat mit ihrem Bestseller Das Buch der fast vergessenen Wörter bereits gezeigt, wie spannend es ist, alte Wörter wieder hervorzukramen, sich zu wundern und zu erinnern. Mit ihrem neuen Buch begibt sie sich nun in die Welt der Wörter, die komplett in Vergessenheit geraten sind. Was zum Beispiel ist ein Schlotbaron? Was ein Ehegaumer? Und was bedeutet der Ausdruck weidlich? Eine spannende Zeitreise durch die (Sprach-)Geschichte unseres Landes.  
 Nr. P A1216 Taschenbuch 14,99 €



Harald Jähner  
**Wolfszeit**  
 Deutschland und die Deutschen 1945-1955  
 Ausgezeichnet mit dem Preis der Leipziger Buchmesse 2019  
 Harald Jähners große Mentalitätsgeschichte der Nachkriegszeit zeigt die Deutschen in ihrer ganzen Vielfalt: etwa den „Umerzieher“ Alfred Döblin, der das Vertrauen seiner Landsleute zu gewinnen suchte, oder Beate Uhse, die mit ihrem „Versandgeschäft für Ehehygiene“ alle Vorstellungen von Sittlichkeit infrage stellte; aber auch die namenlosen Schwarzmarkthändler, in den Taschen die mythisch aufgeladenen Lucky Strikes, oder die stilsicheren Hausfrauen am nicht weniger symbolhaften Nierentisch der anbrechenden Fünfziger. Das gesellschaftliche Panorama eines Jahrzehnts, das entscheidend war für die Deutschen und in vielem ganz anders, als wir oft glauben. 480 Seiten  
 Nr. P A1360 Gebunden mit Schutzumschlag 26,00 €



Daniel Stelter  
**Das Märchen vom reichen Land**  
 Wie die Politik uns ruiniert  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1293 22,99 €

Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie auch konkrete Wege auf, wie wir dem Alptrauerszenario entgehen können.

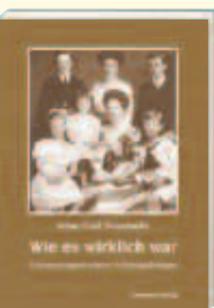


Petra Durst-Adam  
**Ein langer unbarmherziger Weg nach einer schönen Kindheit**  
 114 Seiten/Kartonierte  
 Nr. P A1128 13,90 €

Vertreibung, Flucht und ein Wiedersehen der schönen Heimat nach 59 Jahren. Ostpreußen – Schwarzwald und zurück. Geliebtes Ostpreußen! Aus dem Nachlass Ihrer Mutter hat die Autorin die wohl eindrucksvollsten Momente deren Lebens sortiert und festgehalten. Nicht nur Vertreibung, Flucht und Grauen hat die Menschen damals geprägt sondern auch eine wunderbare und freie Kindheit mit einer unaufhörlichen Liebe zur Heimat und letztendlich ein freudvolles Wiedersehen. So vieles wäre noch zu erzählen gewesen!



Bertold Wawrzik (Hrsg.)  
**Schlesischer Schulatlas von 1912**  
 Reprint der Originalausgabe von 1912.  
 Mit diesem Atlaswerk lernten die Kinder Schlesiens ihre Heimat und die Welt kennen. Nach Karten über die Heimatregion führten Karten des Deutschen Reiches zu den Nachbarstaaten und dann hinaus in die weite, weite Welt. Um den Kindern eine noch bessere Vorstellung von den Gebieten unserer Erde zu vermitteln, erhielt der Atlas einen umfangreichen Bildteil, der die Sehenswürdigkeiten und Menschen der Kontinente und Nationen vorstellte. Format 21 x 29 cm, 40 Kartenseiten mit 40 Haupt- und 60 Nebenkarten. 32 Seiten geographische Bilder. 72 Seiten.  
 Nr. P A0725 Gebunden 19,95 €



Artur Graf Strachwitz  
**Wie es wirklich war**  
 Erinnerungen eines Achtzigjährigen  
 516 Seiten/Kartonierte  
 Nr. P A1130 19,80 €

Die Biographie des Autors Dr. Artur Graf Strachwitz erzählt über das Leben eines schlesischen Adligen und seiner weitverzweigten Familie, von seiner unbeschwertten Kindheit auf schlesischen Landgütern, von jugend- und gesellschaftlichen Erlebnissen der zwanziger und dreißiger Jahre und seinem interessanten, langen beruflichen Werdegang. Das Buch berichtet in humorvoller, schonungslos offener Weise von bisher noch nicht veröffentlichten Begebenheiten einer großen schlesischen Adelsfamilie. Als besonders interessant kann der historische Exkurs unter der Überschrift „Meine Vorfahren“ angesehen werden.



Thilo Sarrazin  
**Feindliche Übernahme**  
 Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht  
 496 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1292 24,99 €

Das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa, die Unterdrückung der Frauen und der Geburtenreichtum der Muslime sind eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. Das zeigt Thilo Sarrazin in seinem neuen Buch. Alle Tendenzen, den Islam zu reformieren und ihn historisch-kritisch zu interpretieren, sind bisher weitgehend gescheitert. Thilo Sarrazin hat den Koran selbst komplett gelesen und zeigt, dass die Reformhemmnisse im Koran selber angelegt sind. In keinem Land, in dem Muslime in der Mehrheit sind, gibt es Religionsfreiheit und eine funktionierende Demokratie. Die islamische Welt als Ganzes leidet unter einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, und ihre Fanatisierung nimmt ständig zu. Darin liegt eine Bedrohung unserer Kultur und Gesellschaft.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**  
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG  
 Beethovenstraße 5 B  
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12  
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29  
 Email info@rautenberg-buch.de  
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## MELDUNGEN

## Schlepper und »Retter« vereint?

Rom – Laut Italiens Innenminister Matteo Salvini stehen kriminelle Schlepperbanden im Mittelmeer in unmittelbarem Kontakt zu sogenannten Seenotrettern. Die Recherche italienischer Reporter scheint diese Sicht zu stützen. Wie das verdeckte Telefonat eines Lockvogels ergab, werben die Schlepper sogar damit, ihre Aktivitäten mit den „Seenotrettern“ zu koordinieren. Ein libyscher Immigrant hat dies ebenfalls bestätigt. *H.H.*

## Volvo will weg aus Göteborg

Göteborg – Der schwedische Autobauer Volvo erwägt, seinen Hauptsitz aus Göteborg abzuziehen. Dies berichtet der „Deutschland-Kurier“. Grund sei die Kriminalität in der Stadt, welche es laut Volvo-Chef Håkan Samuelsson immer schwieriger mache, ausländische Spezialisten anzuwerben. Göteborg hat, wie Stockholm und Malmö, ein massives Problem mit kriminellen Immigranten aus dem Orient. *H.H.*

## ZUR PERSON

## Im Krieg mit der Regierungspartei

Vor bald 80 Jahren ging von der Danziger Westerplatte der Zweite Weltkrieg aus. Kurz vor dem Jahrestag am 1. September bekriegen sich nun die Stadt Danzig und die polnische Regierung um die sandige Halbinsel.

Polens nationalkonservative PiS-Regierung plant die Enteignung der von Danzig verwalteten Westerplatte. Grund ist der Streit um die Errichtung einer Außenstelle des Danziger Weltkriegsmuseums, der sich Danzigs neue Bürgermeisterin **Aleksandra Dulkiewicz** widersetzt. Die liberale Politikerin fürchtet eine einseitige Interpretation der Geschichte ganz im Sinne der patriotischen Regierungspropaganda.

Dulkiewicz wurde erst Anfang März von den Danzigern mit über 80 Prozent der Stimmen ins Amt gewählt. Ihr Vorgänger war Pawel Adamowicz, der 20 Jahre lang das Stadtoberhaupt war und der im Januar von einem Kriminellen während einer Veranstaltung auf offener Bühne erstochen wurde.

Der Mord wurde damals mit der Hasskampagne in Verbindung gebracht, welche die PiS-Partei gegen den Bürgermeister angestachelt hatte, auch weil er hinter dem Direktor des von Anfang an umstrittenen Weltkriegsmuseums stand, der 2017 gegen einen strammen Parteisolddaten der PiS ausgetauscht wurde.

Adamowicz' langjährige Assistentin Dulkiewicz wird seine politische Linie eins zu eins fortsetzen. Die 40-jährige Juristin, die in Danzig und Salzburg studiert hat und die bei den Wahlen für die von Adamowicz gegründete Wählervereinigung „Alles für Danzig“ antrat, hofft darauf, dass Polens Staatspräsident Andrzej Duda das Enteignungsgesetz stoppt oder zumindest dafür sorgt, dass sie beim neuen Museum mitreden darf. Ihren Plan, auf der Westerplatte ein eigenes Museum unter Obhut des Danziger Stadtmuseums zu errichten, wird sie wohl begraben müssen. *H. Tews*

*Bild: image/featurenews*



Signale richtig deuten

## Problematisch

Wozu der Reichstag einen »Westwall« benötigt, warum die Wirklichkeit viel zu rechts ist, und was absolut notwendig bleibt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Denen muss ja furchtbar die Muffe gehen. Wovor haben die nur so viel Angst? Wie Sie auf Seite 1 lesen, soll der Reichstag mit einer Art „Westwall“ gegen den Platz der Republik abgeschirmt werden, einem befestigten Graben von der Bauweise, wie man sie früher gegen Durchbruchversuche mit schwerem Gerät errichtet hat. Droht aus dem Berliner Tiergarten eine Panzerattacke auf das deutsche Parlamentsgebäude?

Wohl eher nicht. Vielleicht hat die Kommission des Ältestenrates auch nur eine Entwicklung erkannt, die sich in unserem Land immer mehr ausbreitet.

Wie wir lesen, haben Horden junger Männer aus wärmeren Weltregionen die Innenstadt im saarländischen Saarlouis vorübergehend in eine Bürgerkriegszone verwandelt. Die Spezialeinheiten der Polizei waren machtlos und mussten laut Bürgermeister Peter Demmer den „geordneten Rückzug antreten“. Klingt wie: Die Staatsmacht hat die Beine in die Hand genommen und die Bürger mit der orientalischen Gewaltorgie alleingelassen. Aber so sagt man das natürlich nicht, denn in Deutschland gibt es bekanntlich keine rechtsfreien Räume.

Sozialdemokrat Demmer hat in einem „Brandbrief“ an Landesinnenminister Klaus Bouillon von der CDU die schlimme Situation in seiner 35 000-Einwohner-Gemeinde geschildert. Das Ärgerteste an der Sache ist: Die Eskalation ereignete sich zur vollen Unzeit. Kaum drei Wochen zuvor hatte sich die Landeshauptstadt Saarbrücken mit den Stimmen aller Ratsfraktionen mit Ausnahme von ... – Sie wissen schon – zum „sicheren Hafen“ erklärt, der gern noch mehr Asylsucher aufnehmen möchte. Wie sieht das denn jetzt aus? Zum Glück haben die überregionalen Medien die Vorgänge von Saarlouis weitgehend übergangen.

Demmer war wenigstens so taktvoll, bei der Landesregierung bloß um mehr Polizei zu betteln. Er belässt es also bei der Bearbeitung der Symptome. Was wäre wohl gewesen, wenn er stattdessen die Ursachen angerührt und weniger Immigration, sichere

Grenzen und mehr Abschiebungen gefordert hätte?

Du liebe Zeit! Das hätte übel auf die Stimmung geschlagen, die sich gerade erst wieder aufzuheben beginnt und stellenweise sogar in die selige Euphorie von 2015 umzuschlagen scheint. Rostocks scheidender Bürgermeister Roland Methling verkündet: „Wir können jederzeit auch 1000, 2000, 10 000 oder 20 000 Flüchtlinge aufnehmen.“ Und das gelte für „jede deutsche Stadt“.

Wir dürfen zuversichtlich davon ausgehen, dass die herzliche Einladung von der Warnow über das (außerhalb Deutschlands) gut ausgebaute globale Mobilfunknetz längst bis in die hintersten Winkel Afrikas und des Orients vorgedrungen ist: Habt ihr gehört? Die deutschen Bürgermeister haben uns gerufen!

Wir dürfen auch nicht alles in einen Topf werfen. Die Furcht der Bundestagsabgeordneten mit der Angst der Bürger von Saarlouis auf eine Stufe zu stellen, hieße, Äpfel mit Obst zu vergleichen. Im Reichstag hegt man begründete Sicherheitsbedenken aufgrund einer realen Gefahrenlage. Der Ruf nach mehr Polizei für die saarländische Kleinstadt entspringt dagegen einer nur gefühlten Unsicherheit, welche einer diffusen Angst entspringt, die auf einem vorurteilbelasteten Blick auf Migrantinnen und Migranten aus bestimmten Erdteilen fußt.

Der Bürgermeister von Saarlouis hat sich anstecken lassen von dieser verzerrten Sicht auf die wahre Wirklichkeit. Damit ist er nicht allein, wie Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik entdecken musste.

Sie wittert „rechte Einstellungen“ bei ihren Polizisten und hat auch schon den Grund für diesen Abgrund ergründet: Wenn man über Jahre in problematischen Kiezen unterwegs sei und dort mit Respektlosigkeit und Widerstand konfrontiert werde, könne das „zu problematischen politischen Meinungen führen“, so Slowik. Oder, wenn man es täglich

mit Gewalt in Familien zu tun habe, immer wieder die gleichen Kinder aus den gleichen Familien rausholen und nach drei Tagen und fünf Tagen wieder vorfahren müsse, dann nerve das irgendwie. Auch Polizisten, die ständig mit Clans oder kriminellen Jugendlichen zu tun haben, dächten im Dienst nicht unbedingt an die Vorteile von Multikulti, sagte ein Polizeimeister aus Neukölln laut „Berliner Zeitung“.

Daher sollen die Beamten nach Slowiks Plan künftig nur noch zeitweise in Problem-Stadtteilen arbeiten und dann durch die Stadt rotieren. Außerdem will die Polizeipräsidentin die politische Einstellung der Berliner Polizisten gründlicher überwachen.

Wir könnten es auch so ausdrücken: Polizisten, die zu lange an einem Fleck bleiben, kriegen irgendwann heraus, was da wirklich los ist. Die Wirklichkeit ist einfach viel zu rechts, als dass man die Sicherheitskräfte damit dauerhaft konfrontieren darf, ohne dass sie sich einen Reim darauf machen.

Um das zu verhindern, schickt man sie nach einiger Zeit besser wieder weg, damit sie nur noch per Medien über die Lage in ihrem ehemaligen Wirkungsbereich unterrichtet werden. Beispielsweise über das fabelhafte Gelingen aller der vielen bunten Integrationsprojekte, die Vorzüge der Clan-Auffüllung durch Familien nachzug und den stetigen Rückgang der Kriminalität.

Überraschenderweise haben Polizisten aus den eher deutschen Stadtteilen wie Köpenick oder Zehlendorf dem Rotationsplan wenig abzugewinnen. Man kenne die Leute dort und sei bekannt, das erleichtere die Arbeit, so ein Betroffener. Na? Ist das auch alles? Oder hat der Polizist auch aus der Ferne einiges mitbekommen von den Zuständen in Neukölln und denkt bereits „problematisch“?

Wir wollen es nicht hoffen. Allerdings hat Slowik womöglich einen heiklen Aspekt ihres Rotationsplans übersehen. Könnte es

sein, dass ein bislang ganz multikulturfreundlicher, also „unproblematisch“ denkender Uniformierter aus dem Villenviertel erst durch seine zeitweise Versetzung in die bunten Ecken der Metropole von „problematischen“ Gedanken infiziert wird?

Beruhigenderweise stellen die Polizisten nur einen kleinen Teil des Wahlvolks, das in seiner Mehrheit stets die Themen für wichtig hält, die es für wichtig halten soll. Den Klimawandel nämlich. Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht von „Fridays for Future“, fordert weitere einschneidende Maßnahmen. So sollten Inlandsflüge verboten werden, findet die 23-Jährige.

Das hatten wir irgendwie erwartet, denn wie vor einem Jahr bekannt wurde, fliegt Neubauer sowieso lieber ins Ausland, etwa nach Kanada, China und Hongkong, Marokko, England, Namibia, Tansania oder Indonesien. Darüber hatten wir ja schon berichtet. Freundlicherweise lässt sie uns allen noch ein kleines Schlupfloch, um auch weiterhin innerhalb Deutschlands fliegen zu dürfen. Bedingung für das Verbot sei der Ausbau der Deutschen Bahn.

Uff, da haben wir ja noch mal Glück gehabt, denn darauf können wir lange warten. Und es kommt noch besser: Sie selbst nutze auch „hin und wieder“ das Flugzeug. Dafür schäme sie sich auch. Außerdem nehme sie den Flieger nur aus „einer absoluten Notwendigkeit“. Kurz mal nachdenken: Wofür muss eine Hamburgerin, die in Göttingen Geografie studiert, mit „absoluter Notwendigkeit“ in den Flieger steigen? Um die Inseln von Indonesien selber nachzuzählen?

Auf jeden Fall sollte sie von ihren vielen notwendigen Fernreisen über den ganzen Globus wieder solche lustigen Urlaubsfotos ins Netz stellen wie letztes Jahr, auf denen sie derart herzerfrischend lacht, dass jeder spüren kann, wie sie sich „schämt“. Apropos Urlaub: Wo verbringt Neubauers Klimakampfgenosse „Rezo“, der kurz vor der EU-Wahl so viel Furore im Internet gemacht hat, die schönste Zeit des Jahres? Wieder auf den Malediven wie schon 2018?

## MEINUNGEN

Dass die „Identitäre Bewegung“ nunmehr vom Verfassungsschutz beobachtet wird, ist in den Augen von **Thorsten Hinz** ein Skandal. In der „Jungen Freiheit“ (17. Juli) gibt er zu bedenken:

„In der DDR wären manche von ihnen gewiss in der Bürgerrechtsbewegung gelandet; andere wären Teil der Subkultur gewesen, die das Regime als ‚feindlich-negativ‘ einschätzte. Auf der Suche nach Weiße-Rose-Potenzial dürfte man bei ihnen leichter fündig werden als in den Stiftungen, Organisationen und Initiativen des staatsfinanzierten Antifaschismus.“

**Beat Balzi**, Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, warnt in seinem Magazin (19. Juli) vor der gesellschaftlichen **Sprengkraft der Euro-Zinspolitik der EZB**:

„Mit dem Nullzins wird ein ungeschriebener Gesellschaftsvertrag aufgekündigt. Während sich das Sparen früher für alle lohnte, gilt das heute nur noch für die Oberschicht. Sie spart über Aktien und Immobilien und macht dank der Inflation der Vermögenspreise permanent Profit. Die Mittelschicht geht mit Lebensversicherungen und Sparkonten leer aus.“

Auf seinem Blog „Liberale Werte“ (22. Juli) kommentiert **Ramin Peymani** das Vorhaben, den **Reichstag** durch einen **zehn Meter breiten und 2,5 Meter tiefen Verteidigungsgraben zu verbarrieren**:

„Es ist die Bankrotterklärung einer ‚politischen Elite‘, die derart fern von den Bürgern lebt, dass sie diese nicht mehr als Verleiher einer zeitlich begrenzten politischen Macht sieht, denen sie Rechenschaft schuldet, sondern als Gefahr, gegen die sie sich wappnet. Befestigt wie eine Burg, wird der Reichstag zum Sinnbild für die Machtlosigkeit des auf Abstand gehaltenen Souveräns.“

Für den österreichischen Publizisten **Andreas Unterberger** kann die **EU** nur überleben, wenn sie sich selbst auf **Wesentliches und Machbares beschränkt**. In seinem Blog (23. Juli) schreibt er:

„Wer jenseits der vielen hohlen Worte ehrlich um die Zukunft der EU besorgt ist, sollte deren Ziele auf das beschränken, wo die Union sinnvoll und erfolgreich sein kann und ist: also auf die Rolle einer Wirtschaftsgemeinschaft und eines Binnenmarktes. Das Träumen von einer Weltmachtrolle ist genauso Zeitverschwendung wie der Glaube, die EU habe die Aufgabe, das Pensionsalter von Richtern in Polen oder die Zulassung von Privatuniversitäten in Ungarn diktatorisch zu regeln.“

In der „Welt“ (22. Juli) sucht **Andrea Seibel** nach Erklärungen für die **Verwahrlosung des öffentlichen Raums in Deutschland**:

„Der Staat lebt die Lieblosigkeit vor. Er mischt sich in alles ein und macht nichts richtig. So wie er Sozialstaat ist ohne Maß und Mitte, so zittern die Städte unter der Last der primären Aufgaben, denn selbst diese (Transport, Wohnen) bewältigen sie kaum noch. Die Ordnungsämter kommen nicht an gegen die Unordnung und den Vandalismus. Die Gesetze sind da, aber können ob der Fülle nicht angewandt werden. So wird alles Bagatelle.“